Marc Forster, Vitus Huonder, Recep Tayyip Erdogan, Christian Wanner

Nummer 24 - 13. Juni 2013 - 81. Jahrgang - Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) - Euro 4.90





Weissgeldstrategie stoppen, Bankgeheimnis retten!

Wie der Schweizer Finanzplatz erfolgreich bleiben kann. Ein Essay von Martin Janssen

Französische Mütter

Das Geheimnis der Frauen im Land mit der höchsten Geburtenrate in Europa. Von Daniela Niederberger











Intern

Der Andrang war gross, als Martin Janssen, Professor am Institut für Banking und Finance, am Mittwochabend in der Aula der Universität Zürich seine Abschiedsvorlesung gab. Janssen ist in verschiedener Hinsicht ein aussergewöhnlicher Akademiker. Er ist zugleich Unternehmer, und er vertritt auf einer freiheitlichen Weltanschauung fussende Thesen, die im universitären Justemilieu nicht nur auf Zustimmung stossen. Wir erinnern uns an Seminare, bei denen geschätzte 95 Prozent der Studenten entsetzt waren über die liberalen Ansichten ihres Professors. Das machte ihn interessant. Für die Weltwoche hat Janssen



Scharfe Analyse: Bankenprofessor Janssen.

seine Abschiedsvorlesung in eine grosse Titelgeschichte verarbeitet. Darin zeigt der scharfsinnige Analytiker des Schweizer Finanzplatzes auf, wie sich die Banken aus den aktuellen Turbulenzen in die Zukunft retten können. Seite 20

Als Provinzpolitiker im Thurgau (SP) bewunderte Bundeshaus-Redaktor Markus Schär immer, wie der Machtklüngel der CVP um Regierungs- und Ständerat Philipp Stähelin personalpolitisch die Strippen zog. Die Partei schaffte es auch acht Jahre lang, den schwerbehinderten Journalisten Christian Lohr als Stimmenfänger zu nutzen, ihn aber vom Bundeshaus fernzuhalten. 2011 liess sich das Nachrutschen in den Nationalrat jedoch nicht mehr vermeiden. Und der Mann im Elektrorollstuhl brachte gleich bei der IV-Revision die CVP-Fraktion und damit den Nationalrat zum Kippen. Warum kämpft er, der sein schwieri-

ges Leben ohne IV-Rente meistert, gegen das Sparen bei der Invalidenversicherung? Seite 26



Leben ohne IV-Rente: CVP-Politiker Lohr.

Das Thema beherrscht die Schlagzeilen: Barack Obamas US-Regierung ist in eine beispiellose Beschnüffelung von Landsleuten und Ausländern im Namen der Terrorbekämpfung verwickelt. Grundlage der Überwachungsoffensive ist der «Patriot Act», der im Gefolge der Terroranschläge von 9/11 lanciert wurde. Interessanterweise hat der frühere USA-Korrespondent der Weltwoche, Martin Kilian, ein Jahr nach den Attacken eine Coverstory verfasst unter dem Titel «Das perfekte Alibi». Frühzeitig wies die Weltwoche auf das enorme Missbrauchspotenzial der Paragrafen hin. In dieser Ausgabe berichtet unser Kollege Matthias Rüb von der erstaunlichen Tatsache, dass der Bush-Kritiker Obama seinen Amtsvorgänger punkto Schnüffelstaat noch übertrifft. Seite 36

Die Türkei geriet in den letzten Wochen wegen blutiger Ausschreitungen in die Schlagzeilen. Beinahe vergessen ging darob, dass das Land unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ein atemberaubendes Wirtschaftswunder erfahren hat. Boris Kálnoky, seit 2005 in der Türkei als Korrespondent für die Welt, skizziert, wie Erdogan die Türken in den letzten zehn Jahren wohlhabender machte, aber auch neue Probleme schuf, die es vorher nicht gegeben hatte: etwa die Überschuldung vieler privater Haushalte. Die jetzige Protestbewegung trifft das Land just in einem Moment abflauenden Wachstums. Wenn Erdogan nicht weise agiert und die Proteste über Wochen andauern, wird das die Wirtschaft empfindlich treffen. Und das kann politische Folgen haben. Seite 40 Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 235.— (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.— (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957) Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*) Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur, Urs Gehriger, Andreas Kunz, Christoph Landolt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Markus Schär, Beatrice Schlag (Los Angeles), Florian Schwab, Lucien Scherrer, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Markus Gisler, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (New York), Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring Bildredaktion: Adam Schwarz (Leitung), Verena Tempelmann, Joël Hunn (Assistent) Layout: Tobias Schär (Leitung), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempter (Leitung), Viola Antunovits, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Geschäftsführer: Sandro Rüegger Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung) Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (Leitung), Christine Lesnik (Leitung WW-Magazin), Brita Vassalli

Inga-Maj Hojaij-Huber, Raymond Kaufmann

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*) Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch Online-Vermarktung: Adextra Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch **Druck:** Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





AVENGER II



Funktionalität, zeichnen sich durch ihre ultrarobuste Konstruktion

und ihre Wasserdichtheit von 300 bis 3000 Tiefenmetern aus. In diesen authentischen Instruments for Professionals ticken von der COSC – der höchsten offiziellen Instanz in Sachen Zuverlässigkeit und Präzision – Chronometer-zertifizierte Automatikwerke. Willkommen in der Welt

von Breitling.

Macht und Recht

Was die US-Schnüffel-Affäre für die Schweiz bedeutet. Der unselige «Bankendeal». Von Roger Köppel

rei Lehren aus der amerikanischen Spitzelaffäre. Erstens: «Nie mehr sollen US-Bürger überwacht werden, nur weil sie gegen einen irregeleiteten Krieg protestieren.» Mit diesen beherzten Worten protestierte Senator Barack Obama einst gegen die Anti-Terror-Massnahmen des damaligen Amtsinhabers George W. Bush. Mittlerweile übertrifft der weltumspannende Datenhunger der Obama-Behörden die Anstrengungen von Bush bei weitem. Der smarte Rhetoriker in Washington ist näher bei seinem Vorgänger, als er eingestehen würde. Daraus folgt: Egal, wer regiert, der Staat missbraucht irgendwann die Macht, die er eigendynamisch an sich reisst. Es braucht dagegen einen wirksamen Schutz der bürgerlichen Privatsphäre.

Zweitens: Zwingend verwendet der Staat Informationen, wenn sie ihm in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen, früher oder später gegen Vertreter der Opposition. Die Datenfülle allein befördert die Willkür. Das belegen die Angriffe der US-Steuerbehörden auf republikanische Kreise, namentlich die Tea Party. Aber keine Illusionen: Wären die Republikaner an der Macht, würden sie die Demokraten behelligen. Der Demokrat Kennedy ging mit seinen Steuerbehörden gegen die Republikaner vor. Der Republikaner Nixon bekämpfte auch mit geheimen Steuerunterlagen die Demokraten. Daraus ist abzuleiten: Die Privatsphäre muss geschützt werden, vor allem die finanzielle.

Drittens: Die Schweizer stehen beim Bankkundengeheimnis vor der gleichen Frage wie die Amerikaner bei der nationalen Sicherheit: Wie viel Staat ist gesund? Die Amerikaner rudern mühevoll zurück. Die Instrumente, die sie dem Staat angesichts der Terrorgefahr in bester Absicht übertragen haben, werden zusehends parteiübergreifend in Frage gestellt. Das ist die positive Nebenwirkung der Affäre. Die urdemokratisch-rechtsstaatlichen Instinkte der Amerikaner sind intakt – auch wenn man sich im Bankenstreit mit der Schweiz etwas mehr davon wünschte.

Was aber macht die Schweiz? Ihre Finanzministerin geht in die Gegenrichtung. Der erfolgreichste, weil liberalste Kleinstaat der Welt soll zum Leviathan der Steuerhinterziehungsbekämpfung aufgerüstet werden – obwohl die Schweiz kein Problem mit dem Thema hat und bei der Steuerehrlichkeit besser abschnei-



«Die tollkühne Weltfremdheit des Bundesrats.»

det als alle anderen Industrienationen. Es mag ja sein, dass die Steuerjuristen des Bundesrates gute Argumente für Änderungen zu haben glauben. Tatsache bleibt: Der Staat soll ausgebaut, die Privatsphäre des Bürgers abgebaut werden. Macht und Souveränität drohen gegen alle schweizerischen Traditionen von unten nach oben verschoben zu werden. Es wäre ein Irrweg.

Der Bundesrat sollte die Pläne der Finanzministerin schleunigst beerdigen. Die Schweiz hat mit ihrem differenzierten Steuersystem gute Erfahrungen gemacht. Dass man diese Qualitäten gegenüber dem Ausland fallenliess, ist noch lange kein Grund, den Fehler im Inland zu wiederholen. Der Fall Obama/USA beweist zudem mit hinreichender Deutlichkeit: Heute braucht es mehr, nicht weniger Schutz der bürgerlichen Privatsphäre, auch der finanziellen. Das Bankkundengeheimnis, auch von vielen Schweizern inzwischen kurzsichtig verteufelt, ist eine zivilisatorische Errungenschaft des freiheitlichen Rechtsstaats.

an ist fast ein bisschen unschlüssig, ob man die tollkühne Weltfremdheit des Bundesrats bewundern oder bedauern muss. Die oberste Behörde ist doch tatsächlich der Meinung, dass man einem über 150 Jahre alten Parlament in einer der ältesten Demokratien der Welt ein eiligst zusammengeschustertes Bundesgesetz vorlegen kann, damit es die Gesetzgeber im Eiltempo verabschieden, wobei sie den Inhalt des Gesetzes, das sie unter Umgehung herkömmlicher Verfahren bejahen sollen, noch nicht einmal kennen. Allein durch die Art seiner beabsichtigten Inkraftsetzung ist der «Bankendeal» des Bundesrates mit den USA das unheilvolle Doku-

ment einer institutionellen Selbstauflösung. Der Skandal ist nicht das Gesetz, sondern die Art und Weise seiner geplanten Installierung.

Welcher andere Rechtsstaat würde es akzeptieren, wenn eine fremde Macht von ihm verlangte, seine demokratischen Abläufe ausser Kraft zu setzen? Mehr noch als der unbekannte Inhalt schockiert das Verfahren. Die Schweiz ist ein Rechtsstaat, dessen Rechtsstaatlichkeit gerade eine Folge seiner sorgfältig und gezielt entschleunigten Prozesse der Rechtssetzung ist. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen.

Nur im Krieg oder in Zeiten höchster Not rufen Regierungen den Ausnahmezustand aus, in dem sie ungehindert walten können. Mit seiner apokalyptischen Begleit- und Rechtfertigungsrhetorik trägt der US-«Bankendeal» Züge einer Notverordnung. Die Legalität bleibt gewahrt, doch die hastige Vorlage umweht ein Ungeist des Durchgreifens und Durchpeitschens, als ob fremde Armeen an der Landesgrenze stünden.

Der US-Bankendeal wird zum erschütternde Zeugnis diplomatischer Unfähigkeit. Er ist das Resultat eines kommunikativen Versagens, das auf schwere Führungsdefizite in der Regierung hinweist. Offensichtlich ist es der Schweiz und ihren Unterhändlern nicht gelungen, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass die Schweiz – wie die USA – ein Rechtsstaat ist, mit dessen Würde ein auf Druck importiertes Hauruckverfahren zur beschleunigten Rechtssetzung nicht vereinbar ist.

Schlimmer noch: Indem der Bundesrat seinen Chefudiplomaten Michael Ambühl den windigen Deal machen liess, sendete er ein unheilvolles Signal: Die Regierung der ältesten Demokratie der Welt ist nicht nur erpressbar, sie ist auch in den Herzkammern der Demokratie erpressbar und zu Zugeständnissen bereit, die den Kern ihrer politischen Identität betreffen, nämlich die Art und Weise, wie in der Schweiz Gesetze zustande kommen.

Bei der UBS vor fünf Jahren, als der Bundesrat per Notrecht Bankdaten in die USA verschob, konnte angesichts der Finanzkrise und der taumelnden Grossbank mit einer gewissen Berechtigung noch von einer nationalen Notlage gesprochen werden. Heute soll die Ermächtigungsrhetorik nur noch den peinlichen Tatbestand vernebeln, dass der Bundesrat mit seinen Strategien auf der ganzen Linie gescheitert ist.

Hat man wirklich fünf Jahre lang verhandelt, um am Schluss bei einer Lösung anzukommen, die auf ein Diktat der USA hinausläuft? Eine Kapitulationsurkunde hätte man gleich am Anfang unterzeichnen können. Die Schweiz kann als Kleinstaat am Ende nur einen Standpunkt einnehmen: Gegen die Macht muss sie das Recht für sich in Anspruch nehmen. Gibt die Schweiz ihren Rechtsstandpunkt auf, gibt sie sich selbst auf.

Die Ablehnung des «Bankendeals» ist ein Gebot der Vernunft. Und eine Frage der Ehre.



Wirtschaftswunder: Premier Erdogan. Seite 40



Zombie-Film: Forster, Pitt. Seite 44



Sind Französinnen die besseren Mütter? Seite 38



Im Gegenwind: SBB-Chefin Pilloud. Seite 24

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 11 Kommentar Au-Heerbrugg und das Kopftuch-Verbot
- 11 Im Auge Raffaele Guariniello, Staatsanwalt
- 12 Iran Handverlesene Reporter an den Wahlen
- 12 Justiz Dealen geht vor
- 13 **Personenkontrolle** Rinderknecht, Gehrig, Hildebrand, Wolff
- 13 Nachruf Esther Williams, Schauspielerin
- 14 Die Deutschen Agrarnation
- 14 Wirtschaft Hohe Löhne, hohe Preise
- 15 Ausland Der Überwachungsstaat wuchert
- 16 Mörgeli Neues aus der Uno-Post-2015-/SDG-Agenda
- 16 Bodenmann Mit 0,2 Promille den Wolf retten
- 17 Medien Maulhelden am Sonntag
- 17 **Gesellschaft** #FreeJahar
- 18 Darf man das?/Leserbriefe

Hintergrund

20 Bankgeheimnis statt Weissgeldstrategie

Dringende Massnahmen für einen krisenfesten Bankenplatz

24 Es stapeln sich die Probleme

Die Euphorie über SBB-Chefin Jeannine Pilloud ist verflogen

25 Bahn Teure Asylbewerber ohne gültiges Billett

26 Siegeszug im Rollstuhl

Porträt des schwerbehinderten Nationalrats Christian Lohr

28 Verliebt in die schöne Spionin

Die delikate Affäre des Thurgauer Grossrats Rudolf Huber

30 Lizenz zum Geldverdienen

Sonderregeln für den Solothurner Regierungsrat Wanner

32 «Die Katholiken essen Gott»

Der Churer Bischof Vitus Huonder steht in der Kritik

- 34 Finanzplatz Die seltsamen Standards der Finma
- 35 **Zeitgeschichte** *Weltwoche*-Artikel vom 12. Februar 1971

36 Big Brother O

Die unheimliche Mutation von US-Präsident Obama

- 37 Fall Snowden Die CIA und das Bankgeheimnis
- 38 Französische Mütter

Wie sie Kinder, Karriere und Ehe vereinbaren

40 Süpertürk des 21. Jahrhunderts

Der fragile Erfolg des türkischen Premiers Erdogan

42 Was dem Islam fehlt

Die Religion der Muslime auf dem Weg in die Moderne

44 Apokalypse der Gerüchte

«World War Z» – Regisseur Marc Forsters riskantester Film

46 3360 Kilometer Schwerstarbeit

Sportreporter Sepp Rengglis Hommage an die Tour de France

- 50 Essay Das Fehlen herausragender jüdischer Schriftsteller
- 51 Replik Lob für den Philosophen Sloterdijk

YOUR TURN.

Nur JAGUAR kann einen Sportwagen wie den neuen F-TYPE erschaffen. Wir haben unser ganzes Know-how und unsere ganze Leidenschaft für sportliche Fahrdynamik und atemberaubende Eleganz in seine Entwicklung gesteckt. Jetzt sind Sie dran, mit dem neuen F-TYPE den ersten wahren Roadster seit dem legendären E-TYPE zu erleben.

Starten Sie jetzt zu einem Test-Drive bei Ihrem JAGUAR-Fachmann.

WWW.F-TYPE.CH









«Der weltweite Energiebedarf wird sich verdoppeln»: Geologe Burri. Seite 52

Interview

52 «Viele Anzeichen für Gas»

Die Förderung von Schiefergas kann sich auch in der Schweiz lohnen, sagt Peter Burri, Präsident der Vereinigung von Energie-Geowissenschaftern

Stil & Kultur

- 54 Stil & Kultur Stern-Portfolio: Mario Sorrenti
- 56 Bestseller

56 Nach allen Regeln der Kunst

Der Genfer Autor Joël Dicker hat einen vibrierenden Krimi geschrieben

57 Jazz Andy Scherrer, William Evans, Stephan Kurmann, Jorge Rossy

58 Aufklärer als Revolutionsgegner

Neues vom französischen Royalisten und Moralisten Antoine de Rivarol

- 60 Top 10
- Kino «Olympus Has Fallen» 60
- Fernseh-Kritik «Tatort»
- 62 Namen Blondinen und Zigarren
- Hochzeit Corina Merz und Steve Kamer
- 63 Thiel C wie Cheerleader
- Wein Ronco Bain Sauvignon bianco 2012
- Die Besten Erfrischend und Grell-pastell
- Auto Grünen-Politiker Bastien Girod testet den Chevrolet Volt
- 66 MvH trifft Luciano Castelli, Künstler

Autoren in dieser Ausgabe

Sepp Renggli



Der legendäre Schweizer Sportreporter und Buchautor war Sportchef von Radio DRS und Leiter des DRS-Radiostudios Zürich. In die-

ser Ausgabe erinnert sich der 89-Jährige an die Tour de France, die er 42-mal live kommentierte – und die am 29. Juni zum 100. Mal gestartet wird. Seite 46

Bastien Girod



Der 32-jährige Umweltwissenschaftler und Nationalrat der Grünen sorgte mit seiner Forderung nach einem Verbot von Offroadern auf

Schweizer Strassen für Schlagzeilen. Für die Weltwoche hat er einen elektrisch angetriebenen Chevrolet Volt getestet. Seite 65

Neu im iKiosk!





Lesevergnügen jetzt auch unterwegs. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff auf alle Artikel, Bilder und Grafiken.

DIE@WELTWOCHE **80 JAHRE QUALITÄT**











Gourmet-Reise auf der Donau

Erleben Sie Genuss pur vom 27. Oktober bis 1. November auf der «MS Excellence Royal». Kulinarisch verwöhnt werden Sie vom Spitzenkoch Bernhard Bühlmann und dem Weinexperten Peter Riegger.

Kunst, Kultur, vorzügliches Essen und feine Weine prägen das Erlebnis auf dem schwimmenden Grandhotel.

1. Tag – Sonntag, 27. Oktober:

Fahrt mit Königsklasse-Luxusbus nach Passau. Einschiffung und Welcome-Cocktail an Bord. Abfahrt stromabwärts.

2. Tag - Montag, 28. Oktober:

Besichtigung im Stift Melk. Mittagessen an Bord in der Wachau, die als die schönste Donaustrecke gilt. In Krems Busfahrt zum renommierten Weingut Ehmoser in der Weinregion Wagram. Besichtigung und Degustation. Gala-Gourmet-Dinner an Bord; dazu auserlesene Weine.

3. Tag - Dienstag 29. Oktober:

Geführte Stadtrundfahrt in der charmanten Donaumetropole Wien. Mittagessen an Bord. Nachmittags Busfahrt ins Burgenland. Kellereibesichtigung mit Degustation im Weingut Umathum. Wiedereinschiffung in Bratislava und Abendessen an Bord; dazu auserlesene Weine.

4. Tag - Mittwoch 30. Oktober:

Führung durch Bratislava mit seiner liebevoll renovierten Altstadt. Mittagessen an Bord und

Rückfahrt nach Wien. Gala-Gourmet-Dinner; dazu auserlesene Weine.

5. Tag – Donnerstag 31. Oktober:

Busfahrt ins Weingebiet Carnuntum an der slowakischen Grenze. Kellereibesichtigung mit Degustation im Weingut Trapl. Wiedereinschiffung in Krems. Abendessen an Bord; dazu auserlesene Weine.

6. Tag, Freitag 01. November:

Nach dem Frühstück Ausschiffung in Linz und Rückfahrt zu den Einsteigeorten.

Unsere Gastgeber:

Peter Riegger, Weinhändler:

«Bald ist es ein halbes Jahrhundert her, seit ich in den Weinhandel eingestiegen bin. Ich weiss nicht, wie viele Tropfen ich in all diesen Jahren probiert habe. Heute vertreiben wir etwa 1200 verschiedene Weine.»

Bernhard Bühlmann, Spitzenkoch:

«Seit 23 Jahren bin ich selbständig und kann meine Kreativität mit frischen, hochstehenden, saisonalen Produkten ausleben. Seit 5 Jahren sind wir im Bären Mägenwil zuhause, mit neuem Konzept und 15 Gault-Millau-Punkten.»

Weltwoche Spezialangebot

Spezialpreise für Weltwoche-Abonnenten*

- 2-Bett-Kabine, Hauptdeck Fr. 1595.– statt Fr. 1885.–
- 2-Bett-Kabine mit frz. Balkon, Mitteldeck Fr. 1895. – statt Fr. 2220. –
- 2-Bett Kabine mit frz. Balkon, Oberdeck Fr. 2095. statt Fr. 2440. –
- * Preise pro Person bei Doppelbelegung

Reisedatum:

Sonntag, 27.10.2013 - Freitag 1.11.2013

Leistungen

- Fahrt mit Königsklasse-Luxusbus
- Schifffahrt in gebuchter Kabine
- Vollpension an Bord
- Auserlesene Weine zum Abendessen
- Welcome-Cocktail
- Gebühren und Hafentaxen
- Eintritt und Führung Stift Melk
- Geführte Stadtrundfahrt Wien und Bratislava
- Kellereibesichtigung mit Degustation im Wagram, Burgenland und Carnuntum

Detailliertes Programm unter www.weltwoche.ch/platinclub

Bedingungen

Gültiges Weltwoche-Abonnement

Beratung & Buchung:

Telefon: 056 484 84 84, Stichwort: «Weltwoche»

www.weltwoche.ch/platinclub





Die Kunst des klaren Denkens.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.





Gott eins, Gesetz null

Von Lucien Scherrer — Nach einer Medienkampagne hat eine St. Galler Schulgemeinde ein Kopftuch-Verbot kurzerhand abgeschafft. Ein fragwürdiger Entscheid.



Ein Verbot kann die Integration fördern: Schülerinnen Nafiso und Naimo Mahamed.

Schule, Gott und Behörden: Diesen Instanzen dankt die Somalierin Fartun Ali Mahamed, als sie von «10 vor 10»-Reportern erfährt, dass ihre beiden Töchter Nafiso, 11, und Naimo, 12, wieder am Unterricht in der Primarschule Au-Heerbrugg SG teilnehmen dürfen. Tatsächlich bedurfte es nicht Gottes Hilfe, sondern einer kurzen, aber heftigen Medienkampagne, um die Schule zum Einknicken zu bringen.

Die Schulleitung hatte die muslimischen Mädchen vor etwa einem Monat vom Unterricht ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, ihr Kopftuch abzulegen. Denn in der Schulordnung hiess es damals klar: «Das Tragen von jeglichen Kopfbedeckungen ist in den Räumlichkeiten der Primarschule Au-Heerbrugg untersagt.» Ende letzte Woche greift «10 vor 10» den Fall auf. Es folgt eine mediale Empörungswelle, in der alle vom Hilfswerk Heks über den Lehrerverband bis zum Islamischen Zentralrat auf die St. Galler Schulbehörden eindreschen. Tenor: Islamophobe Hinterwäldler diskriminierten arme Mädchen, hinderten sie an der Integration.

Am letzten Montag, vier Tage nach dem ersten Bericht von «10 vor 10», tritt Schulpräsident Walter Portmann (CVP) als reuiger Sünder vor die Kamera des Schweizer Fernsehens. Jeder habe das Recht, klüger zu werden, erklärt er zerknirscht. Deshalb habe sich die

Schule entschlossen, die Mädchen wieder in die Regelklassen aufzunehmen und das Kopfbedeckungsverbot aus der Schulordnung zu kippen. Die «10 vor 10»-Moderatorin frohlockt: «Der Druck war wohl zu gross», sagt sie, dann werden Bilder gezeigt, wie die Mädchen lachend ihre Schulsachen packen.

«Subtil ans Herz gelegt»

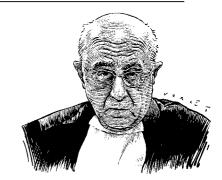
Den Mädchen, die sichtbar unter dem Medienrummel litten, ist das Happy End zu gönnen. Sie können nichts dafür, dass ihre Kleidung zu einem Politikum wurde. Der Entscheid der Schule, im Kopftuch-Streit nachzugeben, ist dennoch falsch. Walter Portmann begründet ihn so: «Wir wollten keinen Rechtsstreit führen, das hätte nur viel Geld gekostet, und das Bundesgericht wird ohnehin bald einen Grundsatzentscheid fällen.» Tatsächlich ist in Lausanne ein Fall aus der Thurgauer Gemeinde Bürglen hängig, in dem es ebenfalls um ein Kopftuchverbot geht. Der Entscheid wird im Herbst erwartet.

Dass die Schule keine Lust hat, sich in einen Rechtsstreit zu stürzen, ist verständlich. Doch die Botschaft, die sie mit ihrem Verhalten an Immigranten aussendet, ist kläglich. Übersetzt lautet diese: «Ihr braucht bloss zu protestieren, dann ändern wir unsere Regeln.» Mit ihrem Entschluss setzt sie sich nämlich nicht einfach

>>> Fortsetzung auf Seite 12

Im Auge

Volle Lautstärke



Raffaele Guariniello, Staatsanwalt.

Tachts, wenn die Säle und Korridore des Justizpalastes in Turin verwaist sind, wälzt der Strafverfolger Raffaele Guariniello, 72, im Büro seine Dossiers und fühlt, wie grossartig Italien sein kann. Er dreht die Lautsprecher voll auf und hört seine geliebten Opern. Der Staatsanwalt hat das absolute Gehör für Paukenschläge, für Prozesse, die Widerhall erzeugen. Wenn er etwa die Carabinieri in die Spielerkabine seiner eigenen Lieblingsmannschaft Juventus Turin schickt und dort eine Apotheke beschlagnahmen lässt, «die zur Versorgung einer Kleinstadt ausgereicht hätte». Der Dopingprozess versandete, wie viele Gerichtsverfahren in Italien, in der Verjährung. Sein Triumph über die Trägheit des Systems gelang ihm, als er nach einem Arbeitsunfall mit sieben Toten die Manager von Thyssen-Krupp in der Rekordzeit von zwei Monaten und neunzehn Tagen vor Gericht stellte. Sein Feld ist weit gefächert: Arbeit, Gesundheit, Umwelt. Die Themen findet der workaholische Aktenleser als eine Art Wünschelrutengänger für soziale Ungerechtigkeiten und Gefahren im ganzen Land. So untersuchte er den Einfluss von Haarfärbemitteln auf die Lebenserwartung von Coiffeusen; Ergebnis nicht bekannt. Die Erkenntnis, dass Fussballspieler ein fünfzigfach höheres Risiko tragen, an der tödlichen amyotrophischen Lateralsklerose zu erkranken, gewann er aus der Auswertung von 24 000 medizinischen Dossiers; aber die Ursache bleibt offen. Momentan erforscht er den Zusammenhang von Handykonsum und Hirntumoren.

Die Mutter all seiner Prozesse aber ist der Fall Eternit (Ewigkeit), der Versuch, ein Kapitel der Industriegeschichte mit den Mitteln der Justiz aufzuarbeiten und einen einzigen Schuldigen zu stigmatisieren: Stephan Schmidheiny, achtzehn Jahre in zweiter Instanz, verantwortlich befunden für die tödlichen Spätfolgen bei Tausenden Arbeitern, die mit dem einstigen Wunderbaustoff Asbest (bedeutet: unvergänglich) in Berührung kamen. Seinen Rückschlag erlebte Guariniello, als er 2008 nicht leitender Staatsanwalt wurde und sich nach Rom versetzen lassen wollte. Es erklärt vielleicht diesen Furor. Peter Hartmann

über eine «Empfehlung des Erziehungsrates» hinweg, wie das Schweizer Fernsehen und andere Medien behaupten. Zwar hat der St. Galler Erziehungsrat unter Regierungsrat Stefan Kölliker (SVP) im Juli 2010 ein «generelles Verbot» von Kopfbedeckungen für «zulässig» erklärt. Ob es angewendet wird, ist jedoch den Gemeinden überlassen. Und Au-Heerbrugg hat sich im letzten Januar dafür entschieden, das Verbot in der Schulordnung festzuschreiben. Der Entwurf wurde im letzten Frühling dem fakultativen Referendum unterstellt. Einspruch dagegen hat niemand erhoben.

Ein demokratisch gefällter Entscheid, der nun wegen zweier Schülerinnen, die gerade mal vor acht Monaten als Flüchtlinge in die Schweiz kamen, ausgehebelt worden ist. «Es ist ein grosser Fehler, dass die Schule jetzt zurückkrebst», sagt die St. Galler FDP-Kantonsrätin Helga Klee, «für was erlässt sie überhaupt eine Schulordnung, wenn sie diese gar nicht umsetzen will?» Klee gilt als «Mutter» aller Bestrebungen im Kanton St. Gallen, Kopfbedeckungen im Unterricht zu verbieten. Während ihrer Amtszeit als Präsidentin der Oberstufe Mittelrheintal (OMR) führte sie ein Verbot ein, das bis heute gilt. Ihre Erfahrungen waren positiv: «Viele muslimische Schülerinnen waren uns dankbar, dass sie das Kopftuch nicht tragen mussten. Sie wollen gleich behandelt werden wie alle anderen auch.»

Diese Meinung teilen auch liberale Muslime. Im Koran ist nämlich nichts von einer Pflicht zu lesen, den Kopf zu bedecken. Saida Keller-Messahli vom Forum für einen fortschrittlichen Islam erklärte denn auch 2010 gegenüber dem Tages-Anzeiger, dass die Jugendlichen «kaum Probleme» mit Verboten hätten: «Das Kopftuch wird ihnen fast immer von den Eltern vorgeschrieben – oder subtil ans Herz gelegt.» Mit anderen Worten: Ein Verbot, den Kopf während des Unterrichts zu bedecken, kann die Integration von Kindern fördern.

Wer in den Behörden von Au-Heerbrugg islamophobe Hinterwäldler sieht, liegt denn auch falsch. Ihr Ziel war es, den Schülern die Integration zu erleichtern, indem sie für alle die gleichen Regeln festlegten: keine Baseball-Caps, keine Wollmützen, keine Kopftücher. Über ein Drittel der Primarschüler sind in Au-Heerbrugg muslimischen Glaubens. Sie alle durch «diskriminierende» Vorschriften auszuschliessen, wäre ein schwieriges Unterfangen. Offenbar haben die meisten Muslime mit dem Verbot keine Probleme. Streit gab es bisher nur einmal. Eine Schweizerin, die zum Islam konvertiert war, begehrte mit Unterstützung des fundamentalistischen Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) gegen das Kopftuchverbot an der OMR auf. Da sie die Gemeinde verliess, konnte ein Eclat verhindert werden.

Iran

Ausgeschlossen

Von Urs Gehriger — Bei Wahlen im Iran sind Reporter so handverlesen wie die Kandidaten.

Im Iran herrsche vor der Präsidentschaftswahl vom Freitag angespannte Stimmung, berichten Reporter aus Teheran. Das sei verständlich. Schliesslich seien vor vier Jahren Hunderttausende von Wahlverlierern während Monaten protestierend durch die Strassen gezogen. Damit sich die Sicherheitskräfte nicht wieder ihre Hände blutig schlagen müssten, so melden Berichterstatter, habe der Wächterrat vorgesorgt. Er habe aus 686 Aspiranten acht Präsidentschaftskandidaten auserkoren, die mit dem Revolutionsführer Ayatollah Chamenei auf einer Linie stünden.

Möglicherweise sind solche Nachrichten Elaborate böswilliger Diffamierungsjournalisten. Denn iranische Staatsmedien ihrerseits berichten von einem lebhaften Wahlkampf mit zukunftsweisenden Debatten. Davon wollte sich die *Weltwoche* ein eigenes Bild machen. Und von der aktuellen Stimmung in der faszinierenden Hochkultur, wo uns bei jedem Besuch in den letzten fünfzehn Jahren aufs Neue eine schöpferische Spannung überwältigte. Um unter keinen Umständen den Grossanlass zu verpassen, haben wir bereits vor zwei Monaten einen Visumsantrag gestellt.

Es fehlen die Betten

Vor Redaktionsschluss erreicht uns nun überraschend Folgendes: «Sie müssen davon ausgehen, dass es nicht klappt.» In Teheran, wo über das Schicksal sämtlicher Anträge entschieden wird, habe man nur fünf Visa für die Schweiz genehmigt, allesamt für das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Eine Begründung für den Ausschluss der Weltwoche und aller anderen Schweizer Reporter gibt es keine, nicht einmal eine offizielle Absage. «Teheran erteilt keine Absage, um keine falschen Signale auszusenden», so ein Botschaftssprecher.

Trotz so viel rücksichtsvoller Zurückhaltung flackert ein unziemlicher Gedanke auf: Fürchtet die iranische Staatsführung etwa die nichtstaatlichen Schweizer Medien? – Natürlich nicht! Es gebe aber leider nicht genug Platz. «Das Hotel ‹Laleh›, in dem sämtliche Journalisten aus aller Welt einquartiert werden, ist komplett ausgebucht.»

Packen wir unsere Koffer also wieder aus, tauchen ein in die Ledercouch und lassen uns vom Gesandten Ulrich Tilgner auf SRF über den Iran von morgen instruieren – ganz im Sinne des persischen Meisterdichters Hafiz (1320–1389): «Meine sanften Worte kannst du wie ein Kissen unter deinen Kopf legen.»

Justiz

Dealen geht vor

Von Philipp Gut — Das Bundesgericht stellt sich gegen Volk und Verfassung.

as muss ein verurteilter ausländischer Drogenhändler tun, der mehrfach mit Heroin und Kokain dealte, um trotzdem in der Schweiz bleiben zu können? Er muss a) eine Schweizerin heiraten und b) vor Bundesgericht ziehen. Die Lausanner Richter geben in einem jüngeren Urteil einem Afghanen recht, der zuvor bei sämtlichen Instanzen abgeblitzt war. Das Kreisgericht Toggenburg hatte den Mann wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu zwei Jahren bedingter Freiheitsstrafe verurteilt. Darum verweigerte ihm das Zürcher Migrationsamt die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Diese hatte er erhalten, weil er nach einem abgewiesenen Asylgesuch noch während des Rechtsmittelverfahrens eine Schweizerin heiratete.

Der Afghane rekurrierte bei der Zürcher Sicherheitsdirektion. Doch diese lehnte den Rekurs ab. Auch mit einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht hatte der verurteilte Dealer keinen Erfolg.

Jetzt aber stützt ihn das Bundesgericht. Es heisst die Beschwerde gut und verknurrt den Kanton Zürich überdies zu einer Entschädigungszahlung an den Ex-Dealer. Wofür selbstverständlich die Steuerzahler aufkommen.

Eine Ausweisung sei nicht «verhältnismässig», heisst es im Urteil, das je zwei Richter von SP und SVP sowie ein CVP-Kollege fällten. Zerstört würde bei einer Ausschaffung des Afghanen ein harmonisches Familienidyll: Die Ehefrau müsste dann «das gemeinsame Kind alleine betreuen und grossziehen, was eine erhebliche Erschwernis darstellen würde und der Entwicklung des Kindes jedenfalls nicht zuträglich wäre». Ein interessanter Punkt, werden offizielle Stellen doch sonst nicht müde zu betonen, dass Patchwork-Familien und alleinerziehende Mütter gleichwertig seien wie die klassische Familie.

Vor allem aber setzen sich die Richter mit einem Federstrich über Volk und Verfassung hinweg. Den nach Annahme der Ausschaffungsinitiative in der Bundesverfassung verankerten Passus, wonach rechtskräftig verurteilte Dealer ihr Aufenthaltsrecht verlieren, negierten die Richter unter Berufung auf ältere Urteile. Die Bestimmungen seien «nicht hinreichend klar formuliert, um eine direkte Anwendbarkeit begründen zu können». Was unklar sein soll an der Bestimmung, verurteilte ausländische Drogenhändler seien auszuweisen, bleibt das Geheimnis der Höchstrichter im Palais de Justice.

Personenkontrolle

Rinderknecht, Gehrig, Hildebrand, Wolff

Kiffen, Klauen und One-Night-Stands gestand die neue Miss Schweiz nach der Wahl. Ihr schmutziges Geheimnis aber verriet Dominique Rinderknecht, lange zuvor, nur der Zürcher Studierendenzeitung: Sie arbeitete während ihres Publizistikstudiums zwei Jahre für Avenir Suisse, den liberalen Think-Tank der Schweizer Wirtschaft. Und sie teilte sogar weitgehend dessen Haltung: «Viele junge Menschen merken, dass liberale Perspektiven ihre Interessen besser schützen.» Was sie on the job über den Wettbewerb lernte, setzte sie bei der Wahl erfolgreich um. Der Think-Tank feierte sie deshalb nicht nur als «Avenir-Suisse-Miss», sondern - wegen ihres Entscheids, die lange blonde Mähne abzuschneiden – auch als «Miss



Zu liberal: Miss Schweiz Rinderknecht.

Strategie». Aber eben: Davon durften die Medien nichts wissen. Denn die Schweiz hat lieber eine Miss, die keinen Bundesrat erkennt, als eine, die seine Politik kritisiert. (*sär*)

Nachdem die Weltwoche vor den Wahlen 2011 über die Machenschaften des St. Galler BDP-Ständeratskandidaten Jürg Gehrig berichtete, hagelte es Klagen. Viele der Quellen, die über das Gebaren des Unternehmers Auskunft gaben, wurden von Gehrig mit Anzeigen eingedeckt. So auch ein Angestellter des Elektrizitätswerks Walenstadt, der sich mit der Aussage zitieren liess, er sei von Gehrig mit dem Tod bedroht worden. Er wurde wegen Verleumdung, eventuell übler Nachrede angezeigt. Doch das Untersuchungsamt Uznach stellte das Verfahren letzten August ein. Gehrig zog den Fall bis vor das Bundesgericht. Doch auch dieses hat die Verfahrenseinstellung nun bestätigt. Der EW-Mitarbeiter kann nicht wegen Verleumdung verfolgt werden - weil er tatsächlich mit dem Tod bedroht worden war. (cal)

«Der Sheriff hat gesprochen, und die Schweiz muss liefern». Unter diesem Titel führte Philipp Hildebrand, ehemaliger Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in der Financial Times aus, warum sich Schweizer Ban-



System John Wayne: Ex-SNB-Chef Hildebrand.

ken möglichst rasch mit den US-Behörden ins Einvernehmen setzen sollten. Hildebrand, der jetzt für den Vermögensverwalter Black Rock tätig ist, tritt überraschend dafür ein, den UBS-Vertrag, aufgrund dessen im Jahr 2009 umfangreiche Kundendaten ausgeliefert wurden, als Vorlage zu nutzen. Am Anfang seines Artikels berichtet Hildebrand von «lebhaften Erinnerungen, wie ich mit meinem Vater Western-Filme angeschaut habe, in denen John Wayne seinen Willen bekam». Die Lehre daraus: Macht setze sich durch. «Die Schweiz und ihre Banken haben diese Wahrheit nur langsam kapiert.» Macht vor Recht - ein erstaunliches Credo für den gewesenen obersten Währungshüter der Schweiz. (fsc)

Seinen ersten Auftritt als Zürcher Polizeivorstand absolvierte der neugewählte Stadtrat Richard «Richi» Wolff (Alternative Liste, AL) an der «Zurich Pride», einem Homosexuellen-Festival. Der Tages-Anzeiger zitierte aus seiner «fröhlichen» Rede: «Die Woche hat mit dem friedlichen Ende in der Binz gut angefangen.» Die dreissig bis fünfzig Personen, die das Gelände seit 2006 illegal bewohnten, hatten ihre Besetzung Anfang Woche aufgegeben. Weniger Grund zur Freude als der alternative Polizeidirektor haben die Steuerzahler: Die Binz-Besetzer haben Berge von Abfall hinterlassen. Die Kosten für die Räumung betragen ein Mehrfaches der von ihnen deponierten 20 000 Franken. Es besteht auch keine Aussicht darauf, die Mehrkosten später einzutreiben, denn die Polizei kennt die Namen der Besetzer nicht. Zur Kostenfrage wollte sich Wolff gegenüber dem Tages-Anzeiger nicht äussern. Bei dem Thema nahm er die hunderttägige Schonfrist in Anspruch. (fsc)



Berge von Abfall: Polizeichef Wolff.

Nachruf



Betörend: Schauspielerin Williams.

Esther Williams (1921–2013) — Sie wurde zum Star in der Ära der Eisenhower-Bigotterie, in jener Zeit, in der Leinwand-Heroinen wie Deborah Kerr, Grace Kelly, Audrey Hepburn den Eindruck erweckten, als seien sie schon von Geburt an mit den Kleidern verschmolzen, die sie so gravitätisch trugen. Ein trockener Kuss war der Gipfel der Sinnlichkeit. Obwohl Esther, eine Olympia-Schwimmerin, die bereits mit sechzehn Jahren Weltrekorde erzielte, häufiger aus- als angezogen war, blieb auch sie zugeknöpft, ein Torso, von Beinen getragen, die nicht nackt, sondern marmorn waren.

Ihre Badeanzüge – mit genau kalkuliertem Dekolleté und Beinschnitt – wirkten, als seien sie von einem Team von Bauingenieuren entworfen worden. Sie war das radikale Gegenteil einer Ursula Andress, die bei Bond wie schaumgeboren, aber sexy dem Meer entstieg. Esther tummelte sich dagegen im Wasser wie in einem Deo-Bad.

Sie war die Ikone einer neuen Hygiene, eines Wohlstandsappells (täglich duschen), der in der Nachkriegszeit mit dem wirtschaftlichen Aufschwung einsetzte. Neben Johnny Weissmüller, der das Deo in den Dschungel brachte, hat Metro-Goldwyn-Mayer 1942 sie als Schwimm-Ass ins Rennen geholt und als «Badende Venus», «Neptuns Tochter», «Wasserprinzessin» Triumphe feiern lassen. Anmutig kraulte und pflügte sie sich durch Studiotankwellen, spielte mit ihren Beinen – meistens als Krönung einer ganzen Gruppe. Die Wasserballette, beeinflusst von Busby Berkeley, waren das Charakteristikum der Esther-Williams-Filme, harmlos, bunt, aber betörend in der Nierentisch-Ära. Wolfram Knorr

Agrarnation

Von Henryk M. Broder — Lebensmittel aus der Westbank sollen speziell markiert werden.



In der Bundesrepublik wird derzeit diskutiert, wie man die Rechte der Konsumenten gegenüber den Produzenten stärken kann. Im Mittelpunkt steht die «Ermöglichung

informierter Kaufentscheidungen», so nennen es zumindest die Grünen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, was sie der deutschen Sprache antun. Was sie meinen, ist: Israelische Produkte, die in der Westbank hergestellt wurden, sollen gesondert gekennzeichnet, also nicht unter dem Label «made in Israel» angeboten werden. Wobei die Grünen ganz offensichtlich an landwirtschaftliche Produkte wie Tomaten, Gurken, Avocados und Mangos denken und dabei übersehen, dass Israel inzwischen vor allem Hightech-Produkte exportiert. Einer der grössten Pharma-Produzenten der Welt, die Firma Teva, hat seinen Hauptsitz in Israel, er stellt Generika her, die man in Deutschland und der Schweiz unter dem Namen Ratiopharm kaufen kann. Aber so weit denken die Grünen nicht, sie halten Israel noch immer für eine Agrarnation, die mit Obst und Gemüse Geschäfte macht.

Fairerweise muss man zugeben, dass die Idee, Produkte, die in der Westbank hergestellt wurden, gesondert zu kennzeichnen, nicht von den Grünen erfunden wurde. Es war die Fraktion der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, die im November letzten Jahres den Antrag stellte, «palästinensische und israelische Produkte» zu kennzeichnen und «klare Herkunftsbezeichnungen» einzuführen. Die kleine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag vom April dieses Jahres ist ausführlicher und detaillierter, im Kern aber identisch: «Importe von Produkten aus israelischen Siedlungen in der Westbank in die Europäische Union und nach Deutschland» sollen als solche erkennbar sein.

Beide Initiativen, sowohl die der NPD in Mecklenburg-Vorpommern wie die der Grünen im Bund, gehen auf ein historisches Vorbild zurück: den reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933: «Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!»

Die NPD und die Grünen bestreiten jede geistige Verwandtschaft. Beiden geht es nur um die «Ermöglichung informierter Kaufentscheidungen».

Schizophrenie auf der Glücksinsel

Von Silvio Borner — Konsumenten lieben hohe Löhne. Gleichzeitig klagen sie über die hohen Preise in der Schweiz. Doch beide sind untrennbar miteinander verbunden.

Die Schweiz sieht sich gerne als Insel der Glückseligen. Dafür ist in erster Linie der Wohlstand verantwortlich. Dieser ist jedoch auf der politischen Ebene durch eine Flut von Vorlagen gefährdet. Eine eigentliche Schizophrenie zeichnet sich ab: nämlich der Umgang mit der Lohn- und der Preisinsel.

Während die Hochlohninsel zu einem paradiesischen Eiland verklärt wird, das weiter gedeihen soll, wird die Preisinsel als eine Belastung angesehen, die abgetragen werden muss: Was die Politik nicht bedenkt: Die beiden Inseln sind untrennbar miteinander verbunden: Wächst die Lohninsel, wächst die Preisinsel mit. Schrumpft die Preisinsel, schrumpft auch die Lohninsel.

Ich war kürzlich im grenznahen Frankreich beim Coiffeur. Mit achtzehn Euro zahlte ich für den Haarschnitt ziemlich genau die Hälfte dessen, was es in Basel gekostet hätte. Es ist anzunehmen, dass der Löwenanteil der Preisdif-

ferenz auf die unterschiedlichen Löhne zurückgeführt werden kann. Meine Coiffeusen in Basel sind auch Französinnen, aber dort verdienen sie halt Schweizer Löhne – alles andere wäre ja Lohndumping. Dabei ist schon dieser Begriff verfehlt, weil «Dumping» heisst, dass man die Preise unter die Herstellungskosten senkt, um Mitbewerber aus dem Markt zu drängen.

Analog dazu kann man nur dann von Lohndumping sprechen, wenn die französische Coiffeuse in Basel für weniger Lohn arbeiten würde, als sie zu Hause bekäme. Der freisinnige Bundesrat Johann Schneider-Ammann ist beim Lohndumping aber mit den Gewerkschaften auf einer Linie. Die flankierenden Massnahmen der Personenfreizügigkeit müssten jetzt mit fast allen Mitteln erzwungen werden. Das bedeutet, dass wir mit tripartiten und paritätischen Kommissionen eine Art Lohnpolizei auf Baustellen, Gaststätten und andere Gewerbebetriebe loslassen.

Rotes Tuch für Lohn-Sittenwächter

Diese muss jetzt aber nicht (wie bei den Managern) nach zu hohen Löhnen fahnden, sondern nach zu tiefen. Verstösse werden streng geahndet, wobei ein Generalunternehmer gleich für die gesamte Kette von ausgelagerten Arbeitsstufen haftet («Solidarhaftung»). Ein besonders rotes Tuch für unsere

Lohnsittenwächter sind die «Scheinselbständigen». Das wirtschaftspolitische Paradigma scheint zu sein: Wenn wir Arbeitskräfte importieren, dann bitte zu den hierzulande geltenden hohen Preisen, sprich Löhnen. Doch wem schadet es eigentlich, wenn ein polnischer «scheinselbständiger» Kundenmaler in der Schweiz für, sagen wir, zwölf Euro pro Stunde malt anstatt für nur vier Euro wie zu Hause?

Eine Million für die Putzfrau

Billigimporte von Arbeit werden verboten. Gleichzeitig will die Linke die Lohninsel weiter fördern, indem sie einen landesweiten Minimallohn von 4000 Franken verlangt oder die Lohnspanne auf 1:12 limitieren will. Der ABB-Chef kann dann ruhig seine zwölf Millionen Jahresgehalt weiter kassieren. Der Lohn der Putzfrau muss dabei allerdings auf eine Million ansteigen. Diese beiden Ini-

tiativen würden Tausende von Arbeitsplätzen vernichten und gleichzeitig unser Land für legale und illegale Einwanderer noch attraktiver machen.

Bei den Güterimporten ist plötzlich alles ganz anders: Hier will man bei der Revision des Kartellgesetzes von allen Lieferanten aus der gesamten OECD verlangen, dass sie bitte schön

zum Billigstpreis in die Schweiz liefern. Nur so könne man die ärgerliche Preisinsel Schweiz zum Verschwinden bringen. Ganz abgesehen von der praktischen Undurchsetzbarkeit, offenbart dieser Vorschlag eine Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge. Das Ziel ist offensichtlich: bei den Löhnen weltweit Spitzenreiter zu bleiben, aber bei den Preisen auf das Niveau des jeweils ärmsten OECD-Landes abzusteigen.

Dabei beruht unser hoher Wohlstand darauf, dass wir ziemlich viele Güter aus Billigländern mit Billiglöhnen importieren und demgegenüber Güter aus Sektoren mit extrem hoher Produktivität in die Welt exportieren. Eine Folge dieser hohen Arbeitsproduktivität im Export ist, dass auch im Binnensektor hohe Löhne bezahlt werden, die aber, wie beim Coiffeur, mit hohen Preisen einhergehen. Wenn die Politik gleichzeitig die Preisinsel mit administrativen Zwängen zu kappen und die Lohninsel mit umgekehrten Vorzeichen aufzubauen versucht, dann ist das schizophren.

Der Überwachungsstaat wuchert

Von Hansrudolf Kamer — Ein Whistleblower hat die überbordende Daten-Akkumulation der NSA enthüllt, die jeden Rest von Privatsphäre zerstört. Terrorabwehr als Motiv überzeugt kaum mehr.



Langsam verbreitet sich orwellscher Zweifel. Das Informationszeitalterzerstörtschrittweise jede Privatsphäre, und die nominell der Freiheit verpflichteten Regierungen tun wenig, um diese

Entwicklung zu stoppen. Der Überwachungsstaat dringt vor: auf vielen Pfaden, offenbar unaufhaltsam.

«Ich kann nicht zulassen, dass die amerikanische Regierung die Privatsphäre, die Freiheit im Internet und die grundlegenden Freiheiten für alle auf der Welt zerstört mit dieser gigantischen Überwachungsmaschine, die sie im Geheimen aufbaut.» Das sind die Worte des letzten Whistleblowers.

Ob Idealist, enttäuschter Egomane oder verwirrter Geist, Edward Snowden passt nicht ins Schema. Der Highschool-Aussteiger, Computerspezialist, Ex-CIA-Mann, Mitarbeiter von Booz Allen Hamilton mit einem Auftrag für die Abhorch- und Datensammlungsagentur National Security Agency (NSA) hatte Zugang zu Daten von sehr hoher Geheimhaltungsstufe.

Es ist kein Zufall, dass Snowden erste Zweifel bekam, als er in Genf entdeckte, mit welchen Methoden die CIA einen Banker dazu brachte, geheime finanzielle Daten preiszugeben. Snowden behauptet unumwunden, die NSA habe eine Infrastruktur aufgebaut, die ihr erlaube, fast alles abzufangen. Er ist nicht allein. Der Technikchef der CIA wird zitiert mit der Aussage, man sei praktisch so weit, dass man jede von Menschen generierte Information sammeln und auswerten könne.

Bald zwölf Jahre sind vergangen seit 9/11, den grossen Terrorattacken in New York und Washington. Es war der Anfang einer neuen und intensiven Welle der physischen, aber auch elektronischen Überwachung im Zeichen der Sicherheit. Seither ist ein vergleichbarer kriegsähnlicher Anschlag vermieden worden.

Doch andere Täter wie jene von Boston oder der islamistische Amokläufer in Fort Hood schlüpften durch die Maschen. Muss man nun geradezu hoffen, dass die Kontrolle doch nicht lückenlos funktioniert?

Der Vorgänger von Präsident Obama, George W. Bush, hatte den Schutz vor Anschlägen als Krieg gegen den Terrorismus deklariert. Klar war seit Beginn, dass dies den Amerikanern ein ungewohntes Überwachungssystem zur Terrorabwehr aufzwang, das durch eine Ausnahmesituation begründet war. Diese hat ein Verfallsdatum, auch wenn Umfragen anzeigen, dass die Begründung der Freiheitseinschränkung noch immer Mehrheiten findet.

Obamas allumfassende Beschnüffelung

Bei Obama kommt dazu, dass er seit seiner Wiederwahl viel Vertrauen verspielt hat – die Bengasi-Affäre, das politisierte Vorgehen der Steuerbehörde IRS und die Beschattung von Journalisten. Letzte Woche erst erklärte Justizminister Holder in einem Hearing auf die direkte Frage, ob er denn auch Kongressabgeordnete unter die Lupe nehme, dass dies nicht der richtige Ort sei, um über diese Frage zu diskutieren. Ein klares Nein wäre beruhigender gewesen.

Unter Obama, dem Anti-Bush, bleibt Guantánamo in Betrieb, wird der Drohnenkrieg ausgeweitet und ein grossangelegtes Informatikzentrum der NSA in Utah gebaut. Die jüngste Enthüllung über die allumfassende Beschnüffelung des Telefon- und Internetverkehrs lässt ihn alt aussehen. Er ist, genau genommen, schlimmer als das linksliberale Zerrbild von Bush/Cheney.

Unter jedem Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Bürokratie gewachsen. Sie ist unüberblickbar, nicht zu managen, oft Hort der Willkür und der Inkompetenz. Geheimhaltung ist ein Fetisch geworden. Die Dienste und Agenturen schlängeln sich durch das Labyrinth der *checks and balances*. In der Regel lassen sich die Überwacher der Überwacher ins System einspannen. Das Ganze hat internationale Dimensionen. Obama versuchte letzte Woche abzuwiegeln. Das Datensammeln betreffe keine amerikanischen Bürger und auch nicht Personen, die in den USA lebten.

Das Ausland ist nun gar nicht beruhigt. Dass der Iran und Pakistan besonders im Fokus stehen, überrascht nicht. Doch von den europäischen Staaten weist Deutschland das grösste gesammelte Datenvolumen auf. Was unter wahlkämpferischen deutschen Politikern bereits den Ruf erschallen liess, Bundeskanzlerin Merkel müsse bei Obama auf den Schutz deutscher Bürger vor Bespitzelung drängen.

Drängen kann sie, doch ein Erfolg wird ausbleiben, und das weiss die Kanzlerin. Die Staaten betreiben seit je Auslandsspionage. Den klassischen Spion («humint») gibt es noch, doch die Technik («sigint») dominiert. Auch unter Verbündeten wird das zweitälteste Gewerbe praktiziert. Es wirkt deshalb scheinheilig, wenn hier mit der höchsten Empörungsstufe hantiert wird.

Snowden brachte es gegenüber dem *Guardian* auf den Punkt. Er wolle nicht in einer Welt leben, in der es keine Privatsphäre mehr gebe und deshalb auch keinen Raum für intellektuelle Unabhängigkeit und Kreativität. Die Aussage geht weit über linksliberale und rechtslibertäre Paranoia hinaus. Sie betrifft das Wesen und Selbstverständnis der westlichen Demokratien.

Mehr zum Thema: Seite 36



Orwellscher Zweifel: amerikanischer Präsident Obama (l.), Justizminister Holder.

Neues aus der Uno-Post-2015/SDG-Agenda

Von Christoph Mörgeli

E s ist kaum zu fassen, wie effizient die Uno unsere Zukunft verwaltet. Für organisatorische Nachhaltigkeit sorgen laut bundesrätlichem Bericht zur Uno-Entwicklungsagenda Projekte wie Rio+20, Post-2015-Ziele, Agenda 21, POI, MDGs, Aktionsplattform Beijing, Beijing+20, ICPD, Geneva Declaration, GEGs, New Deal für fragile Staaten, CPD+20, Post-Hyogo-Aktionsrahmen. Jetzt die Pointe: «Der Bundesrat bekennt sich zu einem ganzheitlichen Entwicklungsansatz.»

Was, bitte, ist ganzheitlich an diesem Chaos? Ganzheitlich ist die Kreativität der internationalen Bürokraten bei der Namengebung. Unbegrenztes Guttun bedeutet für sie unbegrenzte Betriebsamkeit und unbegrenzten Kongresstourismus. Den Vorteil haben nicht die Benachteiligten, Verfolgten, Hungernden und Kranken dieser Welt. Sondern die davon profitierenden, gutausgebildeten Eliten. Speziell jene aus Entwicklungsregionen, die lieber in Uno-Pöstchen drängen, statt sich in der dortigen Wirtschaft zu betätigen und Wohlstand zu schaffen.

Der Glaube an die kommandierte Planbarkeit unserer Zukunft und an papierene Konzeptionen ist erschreckend. Wie viel guter Wille, Arbeit und Geld versumpfen für Unsinniges, Unnützes, Unheilvolles. Wenn es den Ärmsten bessergeht, ist dies nicht das Verdienst irgendeines Uno-Projektes. Sondern einzig der wirtschaftlichen Globalisierung. Wenn heute weniger Menschen verhungern, dann nur deshalb, weil es dem Markt gelang, das zur Verfügung stehende Kapital zu vervielfachen. Wenn es Afrika etwas bessergeht, dann nicht wegen der Uno, sondern wegen der investierenden Chinesen.

Doch unser Bundesrat interessiert sich kaum für die unsichtbar tätige Hand der Marktwirtschaft. Viel mehr am Herzen liegt ihm die sichtbare hohle Hand der Uno-Planwirtschaft. Noch nie seit 1848 hat die Schweiz an einer dermassen marktfernen Regierung gelitten. Sie will die weltweiten Wasserflüsse ebenso regeln wie die weltweiten Geldflüsse. Doch dort, wo die Uno Sinnvolles regelt, höre ich vom Bundesrat kein Wort. Etwa zum Uno-Schutz der eingeborenen Bevölkerungen. Ich zum Beispiel gehöre zu den etwa zwei Prozent meiner Gemeinde, die dort geboren wurden und heute noch immer dort wohnen. Ich verlange energisch Uno-Schutz gegen die Massenzuwanderung. Denn ich bekenne mich zur Minderheit der bedrohten Stäfner Indigenen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Mit 0,2 Promille den Wolf retten

Von Peter Bodenmann — Der Winter ist vorbei. Die Schafe dürfen wieder auf die Weiden, und die Wölfe müssen nicht mehr hungern.



Tischmanieren mit etwas Gummischrot: Wolf im Goms.

Im Lötschental gibt es keinen Wolf mehr. Genauso wenig wie im Unterwallis. Schafe werden hier keine gerissen. Dies dank nachtaktiven Walliser Wilderern. Anders im Goms, wo die Bauern und Jäger lieber jammern statt schiessen. Meine Gommer Vorfahren würden sich in ihrem Grab umdrehen. Wenn es ein Leben nach dem Tod gäbe.

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will möglichst viele Wölfe in den Alpen. Die direkt betroffenen Schafbauern wollen von Wölfen nichts wissen. Was tun?

Jeden Sommer kommen in den Schweizer Alpen – ohne Einwirkung auch nur eines Wolfes – 5000 Schafe um. Niemand weint den Unglücklichen eine Träne nach. Obwohl der schnelle Tod durch den Wolf in der Regel schöner ist. Jedes Jahr subventioniert der Bund die Schweizer Bauern direkt und indirekt mit 7500 Millionen Franken. Wer will, dass 150 Wölfe familiär in Rudeln durch die Alpen streifen, muss nur 15 Millionen Staatsknete anders einsetzen, muss nur 2 Promille der Subventionen umleiten.

Schon Lenin wusste: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Deshalb erhalten alle Schweizer Wölfe einen kleinen Sender. Dies zwingt die Wildhüter zu etwas Bewegung im Gelände. Die Touristen können – dank über den nächstens so oder so über den Alpen kreisenden Armeedrohnen – im Internet verfolgen, wo sich welcher Wolf gerade aufhält.

Die betroffenen Bauern ihrerseits erhalten für jene Tage, an denen sich ein Wolf in ihrer Region aufhält, 270 Franken Kurtaxe von der Pöstlerin.

Für Begriffsstutzige geht es konkreter: Auf dem Gebiet der Gemeinde Simplon Dorf gibt es vierzehn Bauern. Sie halten vorab Kühe und produzieren in der dorfeigenen Sennerei feinen Bergkäse. Im Simplon-Gebiet hat es locker Platz für mindestens vierzehn Wölfe, denen man mit etwas Gummischrot problemlos ein wenig Tischmanieren beibringen könnte.

Wenn jeder der vierzehn Bauern aus Simplon Dorf pro Jahr 100000 Franken erhält, damit sich die vierzehn Wölfe in ihrer neuen und gemeinsamen Heimat wohl fühlen, wird sich niemand mehr über das eine oder andere gerissene Schaf aufregen.

Im Gegenteil, denn Schaffleisch isst – mit Ausnahme der Menschen aus dem Balkan – fast niemand mehr in der Schweiz. Ausser eben der Wolf.

Alle hätten, was sie wollten. Die Städter ihre Wölfe. Die Wildbiologen ihre Forschungsobjekte. Und die Bauern ihre Subventionen. Die Bauern würden neu ihre Wölfe sogar vor
jenen Jägern schützen, die Angst um ihre Gämsen hätten.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Maulhelden am Sonntag

Von Kurt W. Zimmermann — Nie gibt es mehr geheim-exklusive Enthüllungen als am Sonntag. Sagt zumindest die Sonntagspresse.

Manchmal schlägt man die Zeitung auf, und unversehens stellt sich gute Laune ein. Die gute Laune stellt sich ein, wenn der Zeitung wieder mal ein schönes Beispiel von unfreiwilligem Humor gelungen ist.

Bei mir stellte sich die gute Laune am letzten Sonntag ein, als ich die fette Titelzeile der Schweiz am Sonntag las:

«Exklusiv: Geheimpapier nennt Details des US-Deals mit Schweizer Banken».

Exklusiv und geheim. Potzblitz. Es kommt selten vor, dass eine Redaktion sich traut, diese beiden grössten Reizwörter des Journalismus in eine einzige Headline zu backen.

Wenn man die Journalisten ein bisschen kennt, dann kennt man die zwei Techniken, mit denen sie sich am liebsten wichtig machen.

Zuerst einmal machen sich Journalisten damit wichtig, dass sie Dinge wissen, die sonst niemand weiss. Dieser Informationsvorsprung wird der staunenden Leserschaft mit den Adjektiven «exklusiv», «geheim» und «vertraulich» signalisiert.

Zum Zweiten machen sich Journalisten damit wichtig, dass sie ganz besonders gute Schnüffelnasen sind, vor denen nichts verborgen bleibt. Diese Detektivkunst wird der staunenden Leserschaft mit den Ausdrücken «wie unsere Recherchen ergaben», «wie uns vorliegende Dokumente beweisen» und «wie unsere Enthüllungen zeigen» signalisiert.

Ein richtig guter Artikel entsteht also nur, wenn die eigenen Recherchen rund um vorliegende Dokumente zu exklusiv-geheimen Enthüllungen führen. Am meisten richtig gute Artikel erscheinen am Sonntag.

Nicht nur die Schweiz am Sonntag ist exklusiv und geheim. Auch die Sonntagszeitung schreibt dann: «Geheime Zahlen zeigen: Migros und Coop verzeichnen ein Umsatzplus.» Der Sonntagsblick schreibt dann: «Exklusiv: Serienvergewaltiger Markus Wenger». Die NZZ am Sonntag schreibt dann: «Das interessiert die Wettbewerbskommission, wie Recherchen der NZZ am Sonntag zeigen.»

Bevor wir zur Erklärung dieser sonntäglichen Enthüllungsschwemme kommen, gehen wir die Frage wissenschaftlich und nüchtern an. Wir erstellen den Geheim-Index und den Enthüllungs-Index der Sonntagspresse. Wir werten dazu die letzten drei Monate aus.

Der Geheim-Index zählt, wie häufig die Sonntagsblätter in den letzten drei Monaten ihre Artikel mit den Wörtern «geheim» und «exklusiv» anpriesen. Der Enthüllungs-Index zählt, wie häufig die Sonntagsblätter ihre



Gute Laune: Konkurrenz am Sonntag.

Artikel mit dem Verweis auf «eigene Recherchen» anpriesen.

«Ist geheim» «Wird enthüllt»

Sonntagsblick	31	21
Sonntagszeitung	15	65
Schweiz am Sonntag	16	42
NZZ am Sonntag	6	8

Wir sehen also: Die *Sonntagszeitung* blufft am meisten mit der eigenen Recherchekraft. Der *Sonntagsblick* blufft am meisten mit der eigenen Exklusivität.

Die Maulhelden am Sonntag widerspiegeln letztlich eine erfreuliche Marktsituation. Die Sonntagszeitungen sind der einzige Markt, wo die Konkurrenz noch richtig spielt. Auf nationaler Ebene treten hier vier gutgemachte Titel gegeneinander an. In allen anderen Pressesegmenten wie Regionalblättern, Wochenzeitungen, Gratistiteln, People- und Frauenmagazinen gibt es maximal noch zwei Wettbewerber.

Der Sonntag als der letzte Markt in der Presse, wo für Journalisten eine intensive Konkurrenz spürbar ist. Darum braucht es Marketing in eigener Sache. Darum muss man das Maul aufreissen.

Darum sind die Artikel am Sonntag ausnahmslos geheim-vertraulich-zugespielt-recherchiert-enthüllend-exklusiv.

#FreeJahar

Von Beatrice Schlag — Gefangene erhalten Briefe; manche sogar Fanpost.

Seit Dschochar Zarnajew in Unters uch ung shaft sitzt, hat er Tausende von Fans. Vor allem weibliche Teenager begeistern sich für den 19-Jährigen, der unter Verdacht steht, mit seinem bei der



Fahndung erschossenen älteren Bruder Tamerlan in Boston vier Menschen getötet und 282 verletzt zu haben.

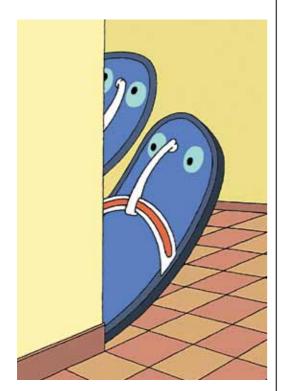
Die Fans nennen ihn «Jahar». Das ist der Name, den Dschochar selbst im Internet benutzte. Auf Twitter gibt es Dutzende von Hashtags wie #FreeJahar mit Tausenden von Followern. Es sind keine Islamisten oder Bürger, die an der amerikanischen Justiz Zweifel haben. Es sind vor allem Schwärmerinnen. Eines der beliebtesten Argumente für «Jahars» Freilassung: «Too pretty to be guilty!» Wer so knubbelig und rehäugig unter dunklen Locken in die Kamera blickt, kann kein Attentäter sein. Zumal jeder wusste, dass der Student dauernd zugedröhnt war. Wenn er tatsächlich dabei war, glauben viele seiner Fans, dann nur, weil ihn sein Bruder da mit hineingerissen habe.

Fast alle waren als Teenager Fan von jemandem. Der Enthusiasmus von damals ist im Nachhinein manchmal etwas schwer verständlich. Aber mutmassliche Attentäter waren nicht unter den Idolen – wenn man von Che Guevara absieht, der damals bei Linken nicht als Verbrecher, sondern als Befreier galt. Was also motiviert Tausende meist unpolitischer junger Frauen, für Zarnajew zu schwärmen?

Psychologen haben eine so unerwartete wie einleuchtende Antwort: An dem Gefangenen interessieren weder das Bombenattentat noch sein gutes Aussehen, sondern die Tatsache, dass er berühmt ist. Die im Internet oft geäusserte Besorgnis, ob er einen fairen Prozess bekomme, ist Augenwischerei. In Wahrheit geht es darum, selber berühmt zu werden. Oder zumindest auffällig anders als die Erwachsenen ringsum zu sein. «Wie Vampire, von denen Girls im Teenageralter fasziniert sind, sind auch dunkle Charaktere attraktiv, weil man sich mit ihrer Hilfe heimlich oder offen von Autoritätspersonen absetzen kann», sagt die Psychologin Jill Weber. «Das meiste davon ist in dem Alter normal.» Trotzdem rät sie, Verbündete eher bei den Vampiren als in Gefängnissen zu suchen.

Darf man das?

Leser fragen, die Weltwoche antwortet



Darf man in einem Fitnessklub verschwundene Badeschlarpen wortlos zurückadoptieren? Alex R. E. Meyer, Egg bei Zürich

Natürlich dürfen Sie, ein Fitnessklub ist schliesslich kein Hort der Anarchie, denn heute ist es vielleicht nur ein Schuh, aber schon morgen könnte es das Duschmittel sein, und wollen wir unsere Kinder wirklich in einer Welt aufwachsen sehen, in der man sich seines Duschmittels nicht mehr sicher sein kann? Schauen Sie deshalb nicht tatenlos zu, wie alles in Niedergang und Chaos versinkt, erheben Sie sich für Ihr Eigentum, adoptieren Sie wortlos Ihre Badeschlarpen zurück! Nun ja. Es ist nicht gerade heldenhaft. Aber alles andere ist wahnsinnig unangenehm. Vielleicht war's ja keine böse Absicht. Und wenn doch, dann wird der Badeschlarpen-Räuber wohl kaum sagen: «Klar, die hab ich dir gestohlen, entschuldige!» Und vielleicht ist er ja auch gross und stark, wie das in Fitnessklubs so vorkommt. Jetzt mal ehrlich: Ist er gross und stark? Dann sollte die stärkste Information hier sein: Sie dürfen, aber Sie dürfen die Badeschlarpen danach nie wieder im Fitnessklub tragen. Denn da hat es einen grossen, starken Mann, der glaubt, Sie hätten ihm die Schuhe geklaut. Dominique Feusi

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Seien wir also den Amerikanern dankbar, dass sie unsere Arbeit machen!» Peter Kofmehl



«Untragbare Situation»: Bundesrat mit Bundeskanzlerin (r.).

Überschuss von 13 Milliarden

Nr. 23 – «Mit der ganz heissen Nadel gestrickt»; Florian Schwab über den Bankenstreit mit den USA

Wir können uns nicht beklagen über die Amerikaner: Letztes Jahr hat die Schweiz im Wert von 22 Milliarden Franken in die USA exportiert, während wir nur für 9 Milliarden importierten. Dies ergibt also einen Überschuss von 13 Milliarden zu unseren Gunsten. Das ist das eine. Andererseits machen die Amerikaner die Arbeit für uns, indem sie diese längst fällige Entsorgung der kriminellen Steuerhinterziehung vorantreiben. Dazu waren unsere Parlamentarier und die Regierung leider nicht fähig, obgleich diese untragbare Situation seit Jahren bekannt ist. Draus entsteht ein unermesslicher Imageschaden für unser Land. Seien wir also den Amerikanern dankbar, dass sie unsere Arbeit machen! Peter Kofmehl, per E-Mail

Noch vor wenigen Wochen lobte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ihr ausgehandeltes Abkommen mit den USA als gelungen. Doch kurz darauf erfolgte die Ernüchterung: Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und den USA wurden nicht mit «gleich langen Spiessen» (vom Bundesrat so gerne hochgehaltenes Unwort) geführt; das Abkommen ist ein reines Diktat der Grossmacht auf der anderen Seite des Atlantiks. Einmal mehr bestätigt sich die Aussage von Bundespräsident Ueli Maurer

am diesjährigen World Economic Forum in Davos, wonach die grossen Staaten mit Druck versuchten, die kleineren in die Knie zu zwingen. Als ob das nicht schon ärgerlich genug wäre, soll nun das Parlament diese Gesetzesänderung im Eiltempo durchwinken, ohne Informationen zu möglichen Folgen zu erhalten. Solches Einknicken gegenüber den USA schadet dem Ruf der Schweiz und lädt andere Länder dazu ein, ebenfalls Druck auf unser Land auszuüben, um die Gesetzeslandschaft nach ihrem Gusto zu gestalten. Frau Widmer-Schlumpf hat als bundesrätliche Vertreterin einer nicht bundesratslegitimen Kleinstpartei zu viele Freiheiten, die sie dazu nutzt, um der Schweiz nachhaltigen Schaden zuzufügen. Mit ihrer nachgiebigen Art hat sie einmal mehr auf ganzer Strecke versagt.

Marco Weber, Tuttwil

Falsches Beispiel Nr. 23 – «USA, Athen»;

Editorial von Roger Köppel

Auch wenn ich inhaltlich längst nicht immer einverstanden bin, so lese ich die Weltwoche und insbesondere Ihr Editorial regelmässig und mit Vergnügen. In dem der heutigen Ausgabe haben Sie sich allerdings vertan. Sie berufen sich auf das unter zivilisierten Ländern geltende Prinzip der doppelten Strafbarkeit, was im Zusammenhang mit den in den USA begangenen Handlungen schweizerischer Banker ein Unsinn ist. Würde dieses Prinzip

gelten, so könnte ein Täter aus einem Land, wo das nicht strafbar ist, in der Schweiz einen Ehrenmord begehen, ohne dass die schweizerischen Strafbehörden ihn zur Rechenschaft ziehen könnten. Wenn Sie einwenden, dass das wohl kein zivilisiertes Herkunftsland sei, so verweise ich auf das von Ihnen falsch angewendete Beispiel des Autofahrens. Wenn nämlich ein Deutscher bei uns mit 180 km/h geblitzt wird, so erhält er eine wackere Strafe und kann sich nicht darauf berufen, dass dies in Deutschland nicht strafbar sei.

Bernhard Burkhardt, Zürich

Bürger-Bashing

Nr. 23 – «In der Zeitspar-Tretmühle»; Essay von Mathias Binswanger

Der Text ist völlig deplatziert. Ich kenne den Autor nicht, der Artikel zeigt ihn aber als einen weltfremden, abgehobenen, intellektuellen Besserwisser. Ich kenne keinen Arbeitnehmer, der freiwillig einen langen Arbeitsweg wählt oder sucht und zum Vergnügen pendelt. Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt diktieren den Arbeitsweg. Und nicht jeder kann oder will alle paar Jahre nach einem Stellenwechsel sein Eigenheim verkaufen, die Kinder in einer neuen Umgebung einschulen und das ganze soziale Umfeld aufgeben. Aber diese Problematik ist unseren Schweizer Professoren und

Politikern gleichgültig, da sie in ihrer geschützten Werkstatt nicht betroffen sind. Einmal mehr wird der einfache Bürger und Arbeiter bestraft mit Reduktion des Steuerabzugs für den Arbeitsweg, Roadpricing, Verkehrsfehlplanungen, verdeckten Steuern, Verkehrsbussen und so weiter. Bei diesen Schikanen sind Politiker und Professoren kreativ und treiben so immer mehr Personen ins Sozialschmarotzertum. Bitte in Zukunft fairere Artikel ohne Bürger-Bashing durch Intellektuelle. Danke. Robert Meyer, Scheuren

Wie die Kartoffeln

Nr. 23 – «Glauben an die Wende»; Markus Schär über die Schweizer Energiepolitik

Dass wir heute immer noch eine zuverlässige und wirtschaftliche Versorgung mit elektrischer Energie haben, ist im Wesentlichen das Verdienst der Ingenieure – links-grüne Politiker haben seit der Ära Leuenberger kaum etwas dazu beigetragen. Ingenieure haben seit je akzeptiert, dass die einem Stromversorgungsnetz zugrundeliegenden Gesetze Naturgesetze sind, die sich nicht beliebigen politischen Wunschvorstellungen anpassen. Wenn unsere zukünftige Energieversorgung dennoch auf dem Glauben an die Anpassungsfähigkeit dieser Gesetze und auf politischem Opportunismus beruhen soll, gehen wir in der

Tat spannenden Zeiten entgegen. Doch ich bin zuversichtlich, dass es nicht so weit kommen wird, denn die Schweizer haben bekanntlich mit den Kartoffeln eines gemein: Wenn sie mal im Dreck sind, dann gehen ihnen die Augen auf. So wie es zurzeit aussieht, muss die Schweiz energiepolitisch allerdings noch etwas tiefer in den Dreck fahren, bevor die Vernunft zurückkehrt. Aber irgendwann werden wieder die Ingenieure dran sein, um dann den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Dem Autor gebührt Dank für seine ernüchternde Beurteilung des bisher Erreichten.

René Marolf, Baden

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der Weltwoche erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.





Sturmfest: Bankenexperte Prof. Martin Janssen auf dem Dach des Hotel «Savoy» am Zürcher Paradeplatz, fotografiert von Christian Schnur.

So hat der Finanzplatz eine Zukunft

Wie kann die Schweiz ihren Bankensektor wieder zur Blüte führen? Erstens: Das Bankkundengeheimnis muss verteidigt werden. Zweitens: Die Weissgeldstrategie ist sofort zu beerdigen. Drittens: Der Staat muss die Kantonalbanken privatisieren. Ein Essay des Bankenexperten Martin Janssen

Seit dem Frühjahr 2007 wissen wir, dass der Bankenplatz Schweiz nicht so im Gleichgewicht ist, wie viele geglaubt haben. Unser Bankenplatz hat insbesondere nicht die Flexibilität, die einem Kleinstaat angemessen wäre, damit er ohne übermässigen Schaden an seiner Souveränität und an seiner Wirtschaft auf die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Umwelt reagieren könnte.

Die Krise, die uns in allen Medien begegnet, betrifft nicht das inländische Kredit- und Firmengeschäft oder den Zahlungsverkehr, sondern den exportorientierten Teil des Anlagegeschäfts. Die Lage, in der dieser Bereich des Finanzplatzes steckt, hat mit Fehlern der Marktteilnehmer zu tun, mit der Bankenkrise der westlichen Welt, mit der Struktur-, Schulden-, Euro- und Rechtskrise der Europäischen Union, mit dem Verhalten der USA und nicht zuletzt mit Eigenheiten der schweizerischen Politik.

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise hat die Schweiz, gerade bei den systemisch relevanten Banken, viel verändert. Verglichen mit anderen Ländern stehen wir gut da. Aber es ist offensichtlich, dass wir weit weg sind von einer krisenfesten Struktur des Bankenplatzes. Die Schweiz muss rasch, aber überlegt politische, regulatorische und bankinterne Massnahmen treffen, um die Anforderungen der Zukunft zu meistern. Diese Massnahmen müssen gemäss Bundesverfassung im Rahmen einer freiheitlichen Marktordnung mit Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerb getroffen werden.

Im Vordergrund der Überlegungen stehen die Rolle des Staates als Eigentümer von Banken, die Bedeutung des Bankgeheimnisses für die Anlageberatung, der automatische Informationsaustausch und der Steuerstreit mit den USA.

Die Rolle des Staates

Im Unterschied zum Tourismus, zur verarbeitenden Industrie und zu anderen Exportsektoren verkaufen Banken im exportorientierten Anlagegeschäft vor allem auch die Stabilität und Rechtssicherheit der Schweiz als Bestandteil ihrer Dienstleistung. Stabilität und Rechtssicherheit müssen von den Banken nicht eingekauft werden, sondern werden von der schweizerischen Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zudem haben die grössten Marktteilnehmer – die Grossbanken, Postfinance und die Kantonalbanken – implizite oder explizite Staatsgarantien. Dieser Umstand ist mit vielen Konsequenzen verbunden. Eine Konsequenz besteht darin, dass diese Institute ihr Fremdkapital zu günstigeren Konditionen beschaffen können, als wenn sie keine Staatsgarantie hätten. Rechnet man mit einem Zinsabschlag von 0,3 Prozent pro

Weltwoche Nr. 24.13

Jahr zwischen dem, was eine Bank mit und ohne Garantie des Staates bezahlen muss, ergibt das allein bei den beiden Grossbanken, die zusammen rund 2000 Milliarden Franken Fremdkapital haben, einen Betrag von 6 Milliarden Franken pro Jahr, der in Form von nicht bezahlten Versicherungsprämien an die beiden Grossbanken fliesst.

Aus Sicht des Steuerzahlers stellen sich drei Fragen: Werden mittels solcher impliziter Zahlungen die richtigen Anreize gesetzt, damit die Banken sich so verhalten, wie der Steuerzahler das will? Aus welchem Grund unterstützt der Steuerzahler die Banken mit

Die Grösse der Banken wird mit einem Verzicht auf Marktwirtschaft erkauft.

solchen Beträgen, zumal die Grossbanken überwiegend in ausländischem Besitz sind und diese Beträge praktisch vollständig als Boni an Mitarbeiter auch im Ausland verteilt werden? Wird die Schweiz nicht genau wegen solcher impliziter und expliziter staatlicher Garantien im politischen Streit, zum Beispiel jetzt mit den USA, verletzlicher?

Es geht nicht darum, die Banken sozialistisch in Gemeinbesitz zu überführen, im Gegenteil! Es geht darum, dass dieser Zustand aus der Sicht einer freiheitlichen Marktordnung mit Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerb hinterfragt werden muss. Aus dieser Sicht müsste die Eidgenossenschaft die Versicherungsprämien in Rechnung stellen (und andere Steuern um den gleichen Betrag kürzen). Die Konsequenzen bei den Grossbanken wären: Sie würden kleiner und sicherer. Neid-Initiativen wie die 1:12-Initiative oder die Erbschaftssteuer hätten im Volk keine Chance mehr. Die too big to fail-Problematik würde innert weniger Jahre deutlich entschärft oder verschwände sogar ganz. Dann würden auch die Versicherungsprämien wieder kleiner. Analog dazu verlören die Kantonalbanken ihre Staatsgarantie. Sie würden sich zu zwei oder drei grösseren gesamtschweizerisch tätigen Grossbanken zusammenschliessen.

Klar, unsere grossen Banken würden im internationalen Wettbewerb geschwächt, wenn wirklich eine freiheitliche Marktordnung mit Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerb auch im Finanzplatz zum Tragen käme. Aber als kleines Land, dessen Grossbanken-relativ betrachtet-fünf-bis zehnmal grösser sind als in anderen vergleichbaren Ländern, muss man sich der Risiken einer nichtmarktwirtschaftlichen Ordnung, gerade auch für den Werkplatz Schweiz, genau bewusst sein. Die Grösse der Banken wird mit einem Verzicht auf Marktwirtschaft erkauft, der sich für einen Kleinstaat zum untragbaren Risiko auswachsen kann. Untragbar deshalb,

weil Firmen, die zu gross sind, den Kleinstaat im Krisenfall mit in den Abgrund reissen.

Bankgeheimnis als Produktionsfaktor

Versetzt man sich gedanklich in die Beziehungen, die eine Person zu ihrem Arzt, zu ihrem Anwalt, zu ihrem Beichtvater oder zu ihrer Bank hat, fällt auf, dass diese Beziehungen oft über ein ganzes Leben dauern. Und es ist ja nicht so, dass das nur für einen Arzt, einen Anwalt, einen Beichtvater oder eine Bank gilt. Nein, es gilt überall dort, wo das Persönliche ein wichtiges Element der Dienstleistung ist. Und darum ist das Bankgeheimnis etwas Essenzielles für das Bankwesen. Wer das Bankgeheimnis abschaffen möchte, zerstört einen wichtigen Teil der Bankdienstleistung. Auch wenn das Bankgeheimnis nicht als Teil der Dienstleistung erfunden wurde.

Der Produktionsstandort Schweiz und die einzelnen Banken haben ein herausragendes Interesse, das Bankgeheimnis zu verteidigen. Dabei geht es nicht um Steuerhinterziehung; es geht um Dienstleistungsqualität. Steuerhinterziehung ist auch bezüglich des Bankgeheimnisses etwas Übles, weil das Argument «Steuerhinterziehung» im wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb um die weltweiten Anlagegelder immer wieder gegen die Schweiz verwendet wird. So wird ein zentraler Produktionsfaktor unserer Banken und damit der Standort Schweiz beschädigt. Solange Bundesrat und Bankiervereinigung sich nicht vehementer für das Bankgeheimnis und dessen sachliche Rehabilitierung einsetzen, gefährden sie bedeutende Standortvorteile.

Dass es beim Kampf ausländischer und inländischer Gruppen gegen das schweizerische Bankgeheimnis nicht um die Moral geht, zeigen die Situationen in Delaware, Miami, auf den Kanalinseln oder bei englischen Trusts deutlich. Und in Deutschland ist die Steuerhinterziehung, nach allem, was man weiss, etwa doppelt so umfangreich wie in der Schweiz. Und das, obwohl die Strafbestimmungen dafür in Deutschland etwa gleich scharf sind wie bei uns für Totschlag. Auf der Website des deutschen Parlaments kann man zudem über Anhörungen im Oktober 2012 lesen, dass Deutschland das Geldwäschegesetz auch neunzehn Jahre nach seinem Inkrafttreten nicht umgesetzt habe, dass Deutschland die EU-Geldwäscherichtlinie verletze und die EU über die Umsetzung täusche. Roberto Scarpinato, leitender Oberstaatsanwalt im Anti-Mafia-Pool in Palermo, bezeichnete Deutschland noch im Oktober 2012 gar als «eines der gefragtesten Geldwäsche-Länder».

Das Bankgeheimnis hat die Devisenbewirtschaftung und die Kapitalverkehrskontrollen in der Weltwirtschaftskrise, den Zweiten Weltkrieg und die Holocaust-Diskussion unbeschadet überstanden. Noch am 19. März 2008 sagte Bundesrat Merz in Richtung EU: «An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch noch die Zähne ausbeissen.» Erst der Verstoss der UBS gegen amerikanisches Recht hat dem Bankgeheimnis einen dauerhaften Schaden zugefügt. Der Bundesrat sah sich im Februar 2009 gezwungen, UBS-Kundendaten im Notrecht an die USA zu überstellen. Am 12. März 2009, weniger als ein Jahr nach dem denkwürdigen Satz vom Zähneausbeissen, wird die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung durch die Übernahme von Artikel 26 des «OECD-Musterabkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung»



Dammbruch: Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

aufgehoben. Im Februar 2011 stellt Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf den Informationsaustausch mit der EU in einen direkten Zusammenhang mit dem Marktzutritt in die EU.

Der eigentliche Dammbruch in Bezug auf das Bankgeheimnis gegenüber Ausländern erfolgt im März 2012, als der Bundesrat darauf verzichtete, in der OECD das Veto gegen Gruppenanfragen einzulegen. Die damalige Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf sagte, dass die Schweiz zwar ein Veto einlegen könne, dass das aber nicht gut wäre für die Unternehmungen in unserem Lande. Im gleichen Monat versichert die Bundespräsidentin unmissverständlich, dass Gruppenanfragen erst dann in Kraft gesetzt werden, wenn im Steuerstreit mit den USA eine Gesamtlösung auf dem Tisch liege. Ohne Gesamtlösung stimmten Ständerat und Nationalrat den Gruppenanfragen auf Antrag des Bundesrates dann aber noch im gleichen Monat zu. Auf den 1. Februar 2013 hat der Bundesrat den Erlass in Kraft gesetzt.

Automatischer Informationsaustausch

Der automatische Informationsaustausch führt zu einer weiteren Schwächung des Bankgeheimnisses und damit zu einer Beschädigung der Dienstleistungen der Schweizer Banken. Die Schweiz mit ihrem international bedeutsamen Bankenplatz, der relativ zur Grösse des Landes eine überragende Rolle spielt, hat allen Grund, den automatischen Informationsaustausch erst dann einzuführen, wenn sie dazu tatsächlich gezwungen wird und wenn die grossen Länder, die im Bereich der Steuerhinterziehung viel schlechter abschneiden als die Schweiz, nämlich die USA, Grossbritannien und Deutschland, den Informationsaustausch eingeführt und gezeigt haben, dass sie sich an die Abmachungen halten.

Aus dieser Sicht ist die OECD das richtige Gremium, um Fragen des Informationsaustausches zu diskutieren, nicht die EU. Mit den einzelnen Ländern kann die Frage der Vergangenheitsbewältigung erörtert werden, mehr nicht.

Aus strategischer Sicht ist es für die Schweiz seit Ausbruch der Finanzkrise – politisch und wirtschaftlich – denkbar schlecht gelaufen. Die Schweiz hat freiwillig und ohne wirklichen Druck – das Schlimmste war die Drohung mit einer grauen Liste – fast alle Verteidigungslinien des Bankgeheimnisses aufgegeben, ohne gleichzeitig für eine wettbewerbsorientierte Bankenstruktur zu sorgen, die man der Unbill der politischen Witterung aussetzen könnte.

Die Privatbank Wegelin & Co. hat man den USA quasi auf dem Silbertablett ausgeliefert, statt diesen Fall angesichts der Bedrohungslage als Exerzierfeld für das operationelle



«Kavallerie»: Kanzlerkandidat Steinbrück.

Überleben einer liquiden und solventen Bank zu nutzen. Die Schweiz ist so gegenüber den USA unnötig verletzlich geworden.

Der Steuerstreit mit den USA

Im Steuerstreit mit den USA hat der Bundesrat vor wenigen Tagen das «Bundesgesetz über Massnahmen zur Erleichterung der Bereinigung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den Vereinigten Staaten» präsentiert.

Der Gesetzesentwurf ist aussergewöhnlich: Das Gesetz soll nur ein Jahr gelten, damit kein fakultatives Referendum stattfinden kann. National- und Ständerat sollen dem Gesetz zustimmen, obwohl sie wenig Informationen darüber haben, welches die Konsequenzen des Gesetzes sind. Auf der Basis dieses Gesetzes

Die Schweiz hat ohne wirklichen Druck fast alle Verteidigungslinien des Bankgeheimnisses aufgegeben.

werden die Banken faktisch aufgefordert und von der Finma dann wohl auch «eingeladen», Listen von Mitarbeitern und von Dritten zu liefern, die mit einer Geschäftsbeziehung mit einer Person aus den USA in einem Zusammenhang stehen.

Schliesslich müssten die Banken sogenannte Leaver-Listen («Abschleicher»-Listen) aushändigen, in denen statistische Daten über das Verhalten der Kundschaft und die Finanzströme bei der Schliessung von Konten und den Transfer der Gelder festgehalten sind. Mit Hilfe dieser Informationen erreichen die Amerikaner zwei Dinge: Zum einen erhalten sie Informationen über jene Banken, die sich dieser Erpressung nicht unterziehen wollen; zum anderen erhalten sie Verhaltensmuster von Personen aus den USA, mit denen dann im Rahmen von Gruppenanfragen rückwirkend Kundennamen in Erfahrung gebracht werden können. Und zu dem allem sagt der Bundesrat, dass es auf der Basis der schweizerischen Rechtsordnung geschehe.

Wie sich die Sache weiterentwickeln wird, ist offen. Möglicherweise wird sich am Verhalten der Banken mit und ohne Gesetz nichts ändern. Die Banken, die bereits in Verhandlung mit den USA stehen, werden ihre Verhandlungen weiterführen. Die anderen Institute können sich den USA, falls sie das für richtig halten, freiwillig stellen, zulässige Informationen liefern und für etwas bezahlen, was möglicherweise das amerikanische Recht nicht verletzt hat und/oder für das keine Beweise existieren.

Der Sache und der Beziehung der Schweiz zu den USA wäre eher angemessen, ordentliche Verfahren mit Anklage, Beweiswürdigung, Verteidigung und Urteil durchzuführen. Dabei hätten die USA dafür zu sorgen, dass die Unschuldsvermutung während der Prozessdauer auch de facto gilt und angeklagte und nicht verurteilte Banken nicht aus dem internationalen Zahlungsverkehr ausgeschlossen werden.

Es kann aber auch sein, dass die USA eine oder mehrere Banken anklagen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) wäre auf diesen Fall, trotz gegenteiliger Antwort des Bundesrates vom 15. Mai 2013 auf das Postulat Freysinger, sehr gut vorbereitet. Die SNB wird ihre Pflicht im Rahmen der Artikel 5 und 9 des Nationalbankgesetzes wahrnehmen und den angeklagten Banken bei der Liquiditätsversorgung mit US-Dollar – natürlich gegen entsprechende Sicherheiten – beistehen.

Sollte das Parlament den anderen Weg gehen und das Gesetz verabschieden, werden die europäischen Staaten direkt eingeladen, es den USA gleichzutun. Die Schweiz ist gewarnt: Der damalige Finanzminister und heutige Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück sagte am 14. März 2009: «Die Kavallerie in Yuma muss nicht unbedingt ausreiten. Die Indianer müssen nur wissen, dass es sie gibt.» Der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering doppelte am 9. Mai 2009 nach: «Früher hätte man dort Soldaten hingeschickt – aber das geht heute nicht mehr» (er meinte damit Luxemburg, die Schweiz und Österreich).

Schliesslich hat sich die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel am 22. Mai dieses Jahres an einer Pressekonferenz wie folgt vernehmen lassen: «Wir gehen jetzt den Weg der Verhandlungen, und ich denke, dass wir das Beispiel der Vereinigten Staaten und der Schweiz sehr wohl im Auge haben. Wir schauen jetzt einmal, ob die Dinge in den Verhandlungen machbar sind. Ansonsten wird man sicherlich versuchen, alle Möglichkeiten einzusetzen, um genau zu diesen Ergebnissen zu kommen.»

Strategien für den Bankenplatz

Die Entwicklung des Bankenplatzes Schweiz hängt in erster Linie von den Rahmenbedingungen und den Anreizstrukturen ab, welche die Politik vorgibt. Das heisst, dass weder Washington noch Berlin, noch Brüssel die Entwicklung bestimmt, sondern Bern. Klar, das Ausland gibt uns mit Fatca und mit anderen Forderungen wichtige Rahmenbedingungen vor. Aber am Schluss bestimmen wir selber, wohin die Reise mit den Banken geht.

Eine Strategie auf der Grundlage einer freiheitlichen Marktordnung würde konservative und progressive Massnahmen umfassen:

Die implizite Garantie für die grossen Banken wäre den Instituten jährlich in Rechnung zu stellen. Die Kantonalbanken müssten innerhalb weniger Jahre – beispielsweise als diversifizierte nationale Grossbanken – an die Börse gebracht werden. Das Bankgeheimnis würde im Inland und im Ausland mit allen Mitteln verteidigt. Eine Weissgeldstrategie, die nirgendwo sonst auf der Welt zur Anwendung kommt, würde nicht eingeführt, und die Banken würden nicht zu Vollzugsanstalten der Steuerämter umfunktioniert.

Die Sorgfaltsvereinbarung der Bankiervereinigung würde in Sachen Beihilfe zur Steuer-

hinterziehung schärfer gefasst. Der automatische Informationsaustausch käme nur im Rahmen der OECD zur Anwendung, und zwar erst dann, wenn die grossen Länder USA, Grossbritannien und Deutschland gezeigt haben, dass sie sich an die Abmachungen halten. Die Banken selber würden die Beratungsqualität durch eine Ausbildung ihrer Mitarbeiter und durch eine Industrialisierung des Anlagegeschäfts erhöhen. Im Zentrum der Bemühungen stände die Individualisierung der Beratung.

Alternative Strategien

Wie sich der Bankenplatz entwickeln wird, hängt von der gewählten Strategie ab. Hier wird zwischen zwei Strategien, der Angst-und Appeasement-Strategie zum einen und der Aufbruchsstrategie zum anderen, unterschieden. Bei der Angst- und Appeasement-Strategie wird unterstellt, dass der Bundesrat die in den letzten Jahren eingeschlagene Politik des Nachgebens beibehält. Der Bankenplatz wird sich dann zunehmend so bewegen, wie sich die Finanzplätze von Deutschland, Frankreich und Italien entwickeln: gleichgeschaltet und rückläufig. Die Bürokratie würde zunehmen, die Anleger würden weniger Ertrag erzielen, die Löhne würden sinken, die Zahl der Mitarbeiter würde kleiner. Aber wir würden in Europa nicht mehr so auffallen; auch nicht mehr positiv als Lieferanten guter Bankdienstleistungen.

Die Aufbruchsstrategie ist völlig anders: Im Bankwesen würde gemäss Bundesverfassung eine freiheitliche Marktordnung mit Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerb gelten. Transparenz wäre von grosser Bedeutung; Regulation und Aufsicht würden im Gegenzug deutlich reduziert. Die Grossbanken würden kleiner und schlagkräftiger, die Kantonalbanken würden zu zwei oder drei inländischen Grossbanken fusionieren. Das Bankgeheimnis würde beibehalten, eine Weissgeldstrategie gäbe es nicht. Der automatische Informationsaustausch würde frühestens dann eingeführt, wenn die grossen Länder, welche die Rangliste der Steuerhinterzieher anführen, sich diesem Diktat unterzogen haben. Die Beratungsqualität der Banken würde dank neuen Technologien und besser geschulten Mitarbeitern deutlich zunehmen.

Es ist offensichtlich, dass die zweite Strategie mehr Risiken birgt als die erste. Aber die Arbeit würde interessanter, die Produkte und Dienstleistungen würden individueller und besser, die Kunden zufriedener, und die Bürokratie würde kleiner. Es wäre eine deutlich bessere Welt.

Martin Janssen ist Professor am Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich sowie Gründer und Eigentümer der Ecofin-Gruppe. Der vorliegende Artikel ist eine für die Weltwoche hergestellte Fassung seiner Abschiedsvorlesung vom 12. Juni 2013.



Es stapeln sich die Probleme

Mit Vorschusslorbeeren ist Jeannine Pilloud 2011 bei den SBB gestartet. Die Euphorie ist verflogen. Die Leiterin Personenverkehr kündigt immer neue Nebensächlichkeiten an, während echte Schwierigkeiten ungelöst bleiben. Sie verstehe zu wenig vom Bahngeschäft, sagen Kritiker. *Von Alex Reichmuth*

Bergpanorama, Waldlandschaft, Wolkenhimmel – wer als Bahnpassagier künftig das stille Örtchen aufsuchen muss, kann sich an bunten Tapeten erfreuen. Zu verdanken haben die Bahnkunden die Aufpeppung von 728 Bahn-WC Jeannine Pilloud. «Die Reisenden finden die Toiletten so deutlich angenehmer», sagte sie im letzten Februar, als die SBB die Verschönerungsaktion ankündigten.

Im April vor zwei Jahren übernahm Pilloud die Leitung der Abteilung Personenverkehr bei den SBB und wurde damit zur Nummer zwei im Unternehmen, hinter SBB-Chef Andreas Meyer. Bei ihrer Ernennung war die Überraschung gross. Kaum jemand kannte die damals 46-Jährige. Und wer sie kannte, brachte sie nicht mit dem Bahngeschäft in Verbindung. Zuvor war Jeannine Pilloud jahrelang als IT-Spezialistin und Managerin tätig gewesen etwa beim Technologiekonzern IBM, als Informatikchefin bei der Bon-Appétit-Group und zuletzt beim Telekommunikations-Unternehmen T-Systems. Pilloud sei zwar keine Bahnspezialistin, stellte SBB-Verwaltungsratspräsident Ulrich Gygi sie damals vor, aber sie verfüge über grosses Verständnis für Technik und wisse, wie man «Kunden anlacht». Von den Medien wurde die «Aufsteigerin» mit Vorschusslorbeeren bedacht und als erste Frau in der SBB-Geschäftsleitung gefeiert.

Waren am Gepäckschalter abholen

Hat die ehemalige Spitzenschwimmerin die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, erfüllt? Seit Pillouds Amtsantritt fällt die Abteilung Personenverkehr vor allem mit der Ankündigung von Nebensächlichkeiten auf. Die bunten Tapeten in den Bahntoiletten sind nur ein Beispiel. Daneben ermöglichen die SBB es ihren Passagieren künftig auch, während der Bahnfahrten Einkäufe zu tätigen und die bestellten Waren am Gepäckschalter eines Bahnhofes abzuholen. Weiter bekommen die Reisenden Verspätungsmeldungen direkt auf ihr Handy, wenn sie es wollen, und können an den Bahnhöfen möglicherweise schon bald kostenloses WLAN benützen.

Auch wenn solche Neuerungen gewissen Bahnkunden sicher gefallen: Sie ändern nichts daran, dass sich die Probleme der SBB im Bereich Personenverkehr stapeln. Da sind die Verspätungen, die zugenommen haben. 2012 waren nur noch 88 Prozent der Züge pünktlich oder erreichten ihren Zielort höchstens drei Minuten zu spät. Ein Jahr zuvor waren es noch



«Offener Dialog»: SBB-Managerin Pilloud.

89,8 Prozent gewesen. Weiter müssen die Reisenden befürchten, auf manipulierte Billett-automaten zu stossen. Betrüger haben einen Teil dieser Automaten so bearbeitet, dass sie an die Daten von Bank- und Kreditkarten herankommen. Erst am letzten Wochenende mussten die SBB eingestehen, dass solche Skimming-Fälle nicht nur am Hauptbahnhof Zürich vorgekommen sind, sondern an vielen Bahnhöfen der ganzen Schweiz.

Wenig vertrauensfördernd war auch eine unheimliche Serie von Entgleisungen und Zusammenstössen Anfang Jahr. Obwohl die SBB-Spitze einen Zusammenhang zwischen diesen Unfällen negierte, wurde man den Eindruck nicht los, dass die Sicherheit vernachlässigt worden war.

Nichts hat die Reisenden aber wohl mehr verärgert als das strenge Bussenregime, das die SBB unter Jeannine Pilloud durchgesetzt haben. Wer seit Ende 2011 in einem Schnellzug ohne Billett unterwegs ist, kann nicht mehr beim Zugbegleiter eines nachlösen, sondern bekommt einen Zuschlag von neunzig Franken aufgebrummt. «Über 95 Prozent der Kunden wissen gar nicht, dass man im Fernverkehrszug ein Billett lösen kann», hatte Pilloud vor der Einführung dieser Bussenpflicht noch gesagt. Doch seither büssen die SBB jeden Tag über tausend Schnellzugpassagiere und nahmen so allein 2012 dreizehn Millionen Franken ein. Zur Kasse kamen bis vor kurzem auch viele Fahrgäste, die an den Anforderungen der Billettautomaten gescheitert sind und ein falsches Ticket gelöst haben. Diese Automaten bieten oft derart viele verschiedene Reiserouten an, dass es ohne vertiefte Geografiekenntnisse fast unmöglich ist, die richtige Variante zu wählen.

Im letzten April protestierte die Kundenvereinigung Pro Bahn gegen die Bussen und die Kriminalisierung von Passagieren. Daraufhin krebsten die SBB zurück. Reisende, die in guter Absicht einen falschen Reiseweg gelöst haben, dürfen nun laut SBB mit Kulanz rechnen – ebenso Passagiere mit einem Online-Ticket, deren Handy-Akku leer ist.

Mit dem übertrieben harten Bussenregime habe Pilloud jedes Fingerspitzengefühl vermissen lassen, sagen Kritiker. «Dieses Vorgehen zeigt, dass sie kein Verständnis für die Kunden hat», sagt ein profunder Kenner des Schweizer Bahngeschäftes. Überhaupt ist er von Pilloud enttäuscht. «Sie hat nach zwei Jahren auf ihrem Posten noch immer keine Ahnung von Eisenbahnen. Darum bringt sie auch nichts.» Die Folge davon sei, dass es mit wichtigen Projekten im Bereich Personenverkehr nicht vorwärtsgehe. Der definitive Ersatz der Cisalpino-Züge sei noch immer nicht geregelt. Die Anschlüsse nach Italien seien weiterhin «eine Katastrophe». Und auch die neuen Doppelstockwagen liessen auf sich warten.

Ähnlich kritisch beurteilt ein anderer Kenner der SBB die Leistung Pillouds. Bei allen Be-

stellungen und Beschaffungen im Bereich Personenverkehr stimme der Fahrplan nicht. Was die schlechten Verbindungen nach Italien angehe, habe sich Pilloud «sehr defensiv» verhalten. Beim Personal komme sie nicht gut an, weil sie vom Bahngeschäft nach wie vor zu wenig verstehe. «Das Bild von Pilloud in der Öffentlichkeit ist besser, als sie wirklich ist.»

Bei zentralen Beschaffungsprojekten der SBB gibt es Rückschläge. Im letzten Sommer kündigten die Bundesbahnen zwar an, dass der pannenanfällige Cisalpino ab 2015 nicht mehr zum Einsatz komme. Im letzten April wurde aber bekannt, dass die Italiener über 2015 hinaus weiterhin mit dem Cisalpino in die Schweiz fahren. Es harzt auch mit dem Ersatz des Cisalpino: Während eine provisorische Lösung in Form von acht Neigezügen des Typs ETR 610 gefunden worden ist, geht es mit dem definitiven Ersatz nicht richtig voran. So mussten die SBB den Unternehmen, die am Auftrag interessiert sind, eine neue Frist einräumen, um ihre Angebote nachzubessern. Jahre verspätet geliefert werden auch 59 Doppelstockzüge, die bei Bombardier bestellt sind.

Hängt der Haussegen schief?

Jeannine Pilloud hat diese Probleme nicht selber verursacht. An den Lieferschwierigkeiten bei den Doppelstockzügen sind etwa Fehler bei Bombardier und Zusatzwünsche von Behindertenorganisationen schuld. Als Chefin Personenverkehr trägt sie aber die Verantwortung für die Verzögerungen. Sie habe es nicht geschafft, die stockenden Geschäfte zu beschleunigen, monieren Kritiker.

Für die Weltwoche war Jeannine Pilloud nicht zu sprechen. An ihrer Stelle beantwortete die SBB-Medienstelle Fragen. Pilloud verfüge über einen «sehr guten Erfolgsausweis» und über «profunde Kenntnisse der relevanten Dossiers des Personenverkehrs», heisst es. Zudem pflege sie mit den Kunden «einen offenen Dialog». Was die Billettpflicht in den Schnellzügen angehe, habe sich diese insofern bewährt, als eine grosse Mehrheit der Reisenden diese Pflicht befürworte. Zudem habe man «Anpassungen an den Kulanzregeln» vorgenommen.

Beobachter vermuten, der Haussegen zwischen Jeannine Pilloud und SBB-Chef Andreas Meyer stehe schief. Anzeichen dafür seien, dass die beiden kaum je zusammen auftreten und Pilloud bei der erwähnten Lockerung des Bussenregimes medial völlig abwesend war. Doch Meyer wird sich hüten, sich von Pilloud zu trennen. Vor ihrer Ernennung gelang es den SBB jahrelang nicht, die Führung der Abteilung Personenverkehr definitiv zu besetzen. Schmerzvoll war der Rückzug von Jürg Schmid, der 2010 nach wenigen Tagen im Amt die SBB verliess und seither wieder Direktor von Schweiz Tourismus ist. Ein weiterer Abgang würde das Vertrauen in Meyer wohl nachhaltig beschädigen.

Bahn

Freie Fahrt

Asylbewerber ohne gültiges Billett kosten die SBB Millionen.

Asylbewerber, die ohne gültiges Billett Bahn fahren, sind ein Problem für die SBB. Auf Bussen für schwarzfahrende Passagiere angesprochen, sagte Jeannine Pilloud kürzlich der *Wochenzeitung*: «Wir haben zum Beispiel aufgehört, bei Asylbewerbern das Geld eintreiben zu wollen.» Es gebe einen gewissen Anteil von Leuten, so die Chefin Personenverkehr, «die den Zug benutzen und wissen, dass wir sie nicht belangen können».

Auf Nachfrage erfährt man bei den SBB, dass 2011 rund 100 000 Schwarzfahrten von Asylbewerbern registriert wurden. Diese Fahrten wurden zu neunzig Prozent nicht beglichen. Den daraus entstandenen finanziellen Schaden schätzen die SBB auf rund acht Millionen Franken.

Der tatsächliche Schaden durch Asylbewerber ohne Billett dürfte allerdings noch deutlich höher liegen. Denn längst nicht jeder Schwarzfahrer gerät in eine Kontrolle. Zudem wird nicht jeder Asylbewerber unter den Schwarzfahrern von den SBB als solcher erkannt. Möglich sei eine Identifikation nur, wenn sich jemand mit einem Ausländerausweis N ausweise oder eine Adresse angebe, die einem Asylbewerberheim zugeordnet werden könne, sagt SBB-Sprecher Christian Ginsig.

In vielen Fällen von schwarzfahrenden Asylbewerbern verzichten die Bundesbahnen darauf, Betreibungen einzuleiten. Denn da die meisten Asylbewerber mittellos sind, kann bei ihnen auch nichts geholt werden. Dass sie nicht zur Kasse gebeten werden, sind sich offenbar einige Asylbewerber bewusst – denn laut Ginsig erfolgen viele Schwarzfahrten durch wenige Personen, «welche teilweise mehrfach die SBB nutzen und die Fahrkosten schuldig bleiben». Solche Schwarzfahrer haben quasi freie Fahrt.

Einen gewissen disziplinierenden Effekt auf Asylbewerber erhoffen sich die SBB durch Strafanzeigen. Seit letztem Dezember ist es wieder möglich, Schwarzfahrer anzuzeigen, während dies vorher während fast zweier Jahre wegen einer Gesetzeslücke nicht möglich war. Die SBB können derzeit aber nicht beziffern, gegen wie viele Asylbewerber sie seit Dezember Strafanzeige erhoben haben.

Alex Reichmuth

Weltwoche Nr. 24.13 25

Siegeszug im Rollstuhl

Als Schwerbehinderter wehrt sich Nationalrat Christian Lohr erfolgreich gegen das Sparen bei der Invalidenversicherung. Sein eigenes Leben meistert der Mann mit missgebildeten Armen und Beinen ohne eine IV-Rente. *Von Markus Schär*



«Ich integriere die anderen»: CVP-Politiker Lohr.

Der Sieger rollt in seinem Elektrogefährt über den Bundesplatz. Er fährt im Parlamentsgebäude die Rampe hinauf, nimmt den Lift in den ersten Stock und steuert dort in den Nationalratssaal. Pünktlich vor acht Uhr trägt er sich auf der Präsenzliste ein, mit dem blossen rechten Fuss.

Den verblüfften Blick des Zuschauers kennt Nationalrat Christian Lohr (CVP). «Aber ich merke selber gar nicht mehr», sagt er, «dass es etwas Besonderes ist, wenn ich mit dem Fuss schreibe, in den Akten blättere oder das Handy bediene.» Auch die anderen Parlamentarier, die Journalisten und die Lobbyisten, die durch die Wandelhalle wuseln, gewöhnten sich schnell an den kleinen Mann im Anzug mit leeren Ärmeln, der seit eineinhalb Jahren in seinem Rollstuhl unter ihnen sitzt. «Da findet Integrationsarbeit statt», stellt der schwerbehinderte Nationalrat fest. Dann lächelt er: «Ich integriere die anderen.»

Als er im Dezember 2011 ins Parlament kam, fiel Christian Lohr nur auf als «der Barfüsser im Bundeshaus», wie ihn die Südostschweiz betitelte. Bis dahin hatte es bloss einen Behinderten im Nationalrat gegeben, den freisinnigen Anwalt Marc Suter, der seit einem Unfall querschnittgelähmt im Rollstuhl sitzt. Und Christian Lohr, am 5. April 1962 geboren, schaffte als Erster, der schon sein ganzes Leben an einer schweren Behinderung leidet, die Wahl: Er war eines der letzten von weltweit Tausenden von Kindern, die mit missgebildeten Armen und Beinen auf die Welt kamen, weil ihre Mütter in der Schwangerschaft das Schlafmittel Contergan geschluckt hatten - bis es der deutsche Hersteller Ende 1961 vom Markt nahm.

«Ich will kein Sonderfall sein», betont der Behinderte aber, «und ich bin es auch nicht.» Er wuchs in Kreuzlingen fast wie ein Kind mit gesunden Armen und Beinen auf: dank seiner Familie, die ihn förderte und forderte; dank einem Schulpräsidenten, der Jahrzehnte vor den bürokratischen Debatten um die Integration die Einschulung in eine Regelklasse wagte; dank dem Verleger des Lokalblattes auch, der dem Kanti-Schüler während des Landdienstes seiner Kollegen ein Praktikum ermöglichte.

Während und nach dem Volkswirtschaftsstudium in Konstanz verdiente der Rollstuhlfahrer sein eigenes Geld als Journalist, am liebsten ausgerechnet in der Sportberichterstattung. «Ich schwimme sehr gerne», sagt er, «die Liebe zum Sport war für mich wichtig, um meine Behinderung anzunehmen.» Einige Jahre führte er sogar den lokalen Handball-

Einige Jahre führte Christian Lohr sogar den lokalen Handballklub.

klub: «Ich habe nie Handball gespielt – ich habe keine Hände. Aber es passte einfach.»

Nach einem Jahr im Bundesparlament machte Christian Lohr nicht nur als Behinderter, sondern auch als Politiker Schlagzeilen. Der «glaubwürdigste Sozialpolitiker im Bundeshaus» lehre die Bürgerlichen mit seinem Kampf gegen das Sparen bei der Invalidenversicherung (IV) das Fürchten, berichtete die Aargauer Zeitung. Und im Walliser Boten vermeldete «Dr. Alfred Rey, Bundeshauskorrespondent» gar einen «spektakulären Schlagabtausch» zwischen dem Thurgauer CVP-Nationalrat im Rollstuhl und «dem Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher, Einkommens-Multimillionär und Vermögens-Milliardär von Herrliberg am Zürichsee, Vertreter eines harten Sparkurses».

Was Blocher mit der Kommissionsmehrheit vertrat, hatten Bundesrat und Parlament dem Volk versprochen, damit es im September 2009 einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer zustimmte. Mit den zusätzlichen Mitteln, die bis 2016 fliessen, sollte die IV ihren bis auf 15 Milliarden Franken angewachsenen Schuldenberg abbauen. Gleichzeitig musste die Politik aber auch Sparmassnahmen beschliessen, um «die IV-Rechnung nach Ende der Zusatzfinanzierung auf Dauer ausgeglichen zu halten», wie der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein verhiess.

Die IV-Revision 6a, die seit 2012 gilt, setzte den jahrzehntelang vergessenen Grundsatz «Eingliederung vor Rente» wieder durch, brachte also Behinderte ins Erwerbsleben zurück, womit sich die IV um jährlich 750 Millionen entlasten lässt. Und die IV-Revision 6b, die das Parlament nächste Woche verabschieden soll, sah weiteres Sparen von 325 Millionen vor, so die Kürzung von Kinderzulagen und Reisekosten sowie die Umstellung beim Bemessen der Rente. Im neuen linearen System soll die Rentenhöhe dem Behinderungsgrad entsprechen, und eine volle Rente sollte es statt bisher bei einer 70-prozentigen erst bei einer 80-prozentigen Invalidität geben.

Er hat seine Partei nach links kippen lassen

Die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel erlebte aber eine Überraschung, als sie in der Wintersession 2012 diese Beschlüsse als Kommissionssprecherin vertrat: Ihre eigene CVP/EVP-Fraktion versenkte alle Sparmassnahmen. Erst verschob sie die Kürzungen bei Kinderzulagen und Reisekosten auf später. Dann bekämpfte Christian Lohr die Erhöhung der Grenze für eine volle Rente: Das Parlament würde damit «Schwerstbehinderte plagen», indem es ihnen bis zu ein Drittel ihres Einkommens streiche. In der Bundesverfassung stehe, «dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst», deklamierte der Schwerstbehinderte, der selber noch nie eine IV-Rente bezog. «Es ist der falsche Ansatz, die Schwächsten zu prügeln.»

Der Nationalrat stimmte ihm knapp zu. Der Ständerat stiess diesen Entscheid im März um, der Nationalrat hielt aber letzte Woche daran fest – und er setzte, mit einem Mehr von 30 statt nur 8 Stimmen wie beim ersten Mal, ein klares Signal. Die *Thurgauer Zeitung* titelte denn auch: «Lohr siegt bei den IV-Renten».

«Ich habe noch nie ein so aggressives Lobbying erlebt», sagt Ruth Humbel, die seit zehn Jahren im Bundeshaus sozialpolitische Schlachten führt und die in der eigenen Fraktion bös unter Beschuss kam, weil sie das Versprechen gegenüber dem Volk nicht brach. Die Behindertenorganisationen deckten das Parlament mit Briefen voll von anrührenden Schicksalen ein. Der Lobbyist Dr. Alfred Rey redete in ihrem Auftrag den einzelnen Politikern ins Gewissen. Und Christian Lohr sorgte mit seinem Votum endgültig für Betroffenheit.



«Klar bürgerliche Haltungen»: im Nationalrat.

«Ich betrachte es als Kompliment, dass man mir Betroffenheitspolitik vorwirft», sagt er dazu beim Gespräch in der Wandelhalle. «Ich vertrete Leute, die hier im Bundeshaus nicht vertreten sind. Siebzehn Prozent der Bevölkerung haben ein Handicap – so viele Wähler hat nicht manche Partei.» Aber liess er sich nicht von den Behindertenfunktionären instrumentalisieren? Ausgerechnet er, der mit einem der schwersten denkbaren Handicaps gut zurechtkommt? Christian Lohr lacht trocken: «Man kann höchstens sagen, ich hätte die CVP instrumentalisiert.»

Er hat die CVP nach links kippen lassen, also die Fraktion, die für die Mehrheiten sorgt, einmal mehr dazu gebracht, für Wohltaten Geld zu verteilen, das es im Budget nicht gibt. Genau das fürchteten die Meinungsmacher der

«Man kann höchstens sagen, ich hätte die CVP instrumentalisiert.»

CVP Thurgau, als sie 2003 Christian Lohr auf die Nationalratsliste setzten: Der populäre Behinderte sollte der angeschlagenen Partei zwar Stimmen bringen, aber sich nicht ihren wackelnden vakanten Sitz schnappen. In den Nationalrat musste Brigitte Häberli kommen;



«Kein Sonderfall»: mit Innenminister Berset.

Ständerat Philipp Stähelin als Präsident der CVP Schweiz empfahl seinen Schützling in der «Arena», und die Kantonalpartei betrieb hinterrücks eine Streichkampagne gegen Lohr. Er lag letztlich 16 Stimmen hinter Häberli zurück: Christian Lohr sammelte zwar 4514 Panaschierstimmen, am drittmeisten von allen Kandidierenden im Kanton, bei den CVP-Wählern aber machte die Konkurrentin fast doppelt so viele Stimmen.

Die Chance kam erst 2011 wieder, als Brigitte Häberli in den Ständerat wechseln sollte: Christian Lohr als erster Ersatz wie schon 2003 und 2007 – obwohl der Machtklüngel der Kantonalpartei einen anderen Kandidaten in die aussichtsreiche Position drücken wollte – konnte bei ihrer Wahl in den Nationalrat nachrutschen. Diesmal giftete im zweiten Wahlgang die FDP, der nach dem Verlust ihres Nationalratssitzes erstmals seit 1848 der Aus-

schluss aus dem Bundeshaus drohte: Lohr würde das Pensum aufgrund seiner eingeschränkten Leistungsfähigkeit kaum schaffen – ein absurde Unterstellung, nachdem er 2008/09 mit Bravour das Kantonsparlament präsidiert hatte, samt 52 öffentlichen «Auftritten» im Rollstuhl. Und: Er würde der Thurgauer Delegation eine linke Schlagseite geben.



«Summe von Chancen»: Essen mit Neffe Andy.

Bekamen die Freisinnigen damit nicht recht? «Ich vertrete klar bürgerliche Haltungen», wehrt sich Christian Lohr. «Die Eigenverantwortung kann man mir nicht absprechen.» Eben: Warum kämpft er als Schwerstbehinderter, der sein Leben klaglos meistert, für Leute, die mit einem Schleudertrauma oder einer Schmerzstörung jahrelang durch alle Instanzen hindurch beweisen wollen, dass sie invalid (zu Deutsch: unwert) sind, obwohl sie mit einem Bruchteil dieser Bemühungen ihr Leiden überwinden könnten?

Perspektiven statt Renten

Der erfahrene Politiker weiss die richtige Antwort. «Ich bin der Letzte, der die Schleusen öffnen will», beteuert er. «Wir können für Leute mit einer Behinderung mehr machen, aber das geht nicht mit Geld.» Statt Renten müssten die Behinderten Perspektiven bekommen -«und sie müssen auch ihren Teil beitragen». Dafür will sich Christian Lohr in den kommenden Jahren einsetzen, beim Bundesamt für Sozialversicherungen, bei den IV-Stellen, bei der Pro Infirmis, wo er im Vorstand sitzt. Und vor allem als Vorbild, wie vor zwei Wochen in einer Schule für körperbehinderte Kinder in Aarau: «Das Leben ist eine Summe von Chancen», sagte er ihnen, «man muss sie wahrnehmen.»

«Ich möchte alles tun, um diese Leute zu motivieren», betont der Politiker im Elektrorollstuhl. Mit dem Kürzen von Renten erreiche man aber nichts: «Das bringt keine Motivation, nur Existenzängste.» Dann schielt er zum Bildschirm, der die Debatte im Nationalratssaal zeigt: Der Kommissionssprecher redet nochmals, also steht die Abstimmung bevor. «Ich muss abdüsen», sagt Christian Lohr. Er rollt an seinen Platz und drückt den Knopf, mit dem rechten grossen Zeh.

Verliebt in die schöne Spionin

Der Grossrat und Chefredaktor der liberalen *Thurgauer Zeitung*, Rudolf Huber, hatte in den 1930er Jahren ein Verhältnis mit einer jungen Sowjetspionin – und vermachte ihr fast sein gesamtes Vermögen. Ein neues Buch rollt eine Geschichte auf, die man im Thurgau rasch wieder vergessen wollte. *Von Rico Bandle*



«Intelligent, aber gefährlich»: Journalistin Stöbe, um 1933.

Von der heutigen Generation der Hubers will sich niemand an das spektakuläre Kapitel der eigenen Familiengeschichte erinnern. «Das kann gar nicht sein», «Davon habe ich noch nie gehört», lauten die Antworten, werden die Nachkommen am Telefon auf Rudolf Huber und seine Liaison mit Ilse Stöbe angesprochen. Der Chefredaktor und Verleger der *Thurgauer Zeitung* hatte 1940 ein Grossteil seines beträchtlichen Vermögens seiner jungen Verlobten vermacht, die eine wichtige Sowjetspionin in Deutschland war. Lange konnte sie den ihr zugeflossenen Reichtum allerdings nicht auskosten: 1942 wurde sie von den Nazis enttarnt und enthauptet.

Man kann gut nachvollziehen, dass Rudolf Hubers Liebesgeschichte der Familie unangenehm war – nicht nur wegen des entgangenen Erbes. Rudolf Huber war FDP-Grossrat, sein gleichnamiger Vater FDP-Ständerat, sein Cousin Hans A. Huber, später ebenfalls Verleger und Chefredaktor der *Thurgauer Zeitung*, war als Oberst im Generalstab und Chef der Sektion Heer und Haus einer der wichtigsten Vordenker der «geistigen Landesverteidigung». Über fünf Generationen führte die Familie die Zeitung – bis sie sie 2005 an den Zürcher Tamedia-Konzern verkaufte. Heute gehört sie der NZZ. Das Blatt, 1798 «zur Beförderung des Patriotismus, republikanischer Gesinnung und Tugenden» gegründet, war bis zuletzt einer bürgerlichen Werthaltung verpflichtet. Eine Kommunistin passte da schlecht ins Familienbild. Dass im umfassenden Nachruf auf Rudolf Huber im «Thurgauer Jahrbuch 1941» Ilse Stöbe mit keinem Wort erwähnt ist, erstaunt daher nicht.

Die Geschichte der Spionin im Thurgau nahm ihren Anfang an den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, die Huber auf Einladung des Schweizer Botschafters besuchte. Dort begegnete er Ilse Stöbe, einer äusserst charmanten und talentierten Journalistin. Wie sie sich genau kennenlernten, ist nicht überliefert, doch kann davon ausgegangen werden, dass der damals 38-jährige Chefredaktor der geistreichen 25-Jährigen sofort verfallen war. Der verliebte Chefredaktor machte sie kurzerhand zur Warschau-Korrespondentin seiner Zeitung; im Oktober gleichen Jahres besuchte sie ihn erstmals in Frauenfeld. 1937 verbrachte Stöbe drei Monate bei Huber in Frauenfeld, offenbar erwogen die beiden sogar zu heiraten.

Sexuelle Abstinenz als Fügung

Wie die Beziehung zwischen dem eher rundlichen Chefredaktor aus der gutbürgerlichen Thurgauer Familie und der zierlichen Kommunistin aus dem Arbeitermilieu von Berlin-Lichtenberg funktionierte, ist einem ihrer letzten Briefe aus der Todeszelle, 1942, an ihren damaligen Freund Carl Helfrich zu entnehmen: «Bis Du kamst [...], habe ich keinen Mann gekannt. Rudi Huber war seit Geburt impotent. Er sagte es mir, um zu begründen, warum er vor der Frage, ob ich ihn heiraten wolle, zurückscheue. Mir aber ermöglichte sein Zustand erst, seine Werbung anzunehmen. Wie unsere Ehe verlaufen wäre - ich weiss es nicht. Bis zu seinem Tode brauchte ich ihm nicht zu sagen, dass er mir zu wenig sei. Vielleicht aber hat sein Tod, der mich furchtbar traf, in mir das Verlangen nach anderem Gutsein aufgerissen.» Als Grund dafür, weshalb ihr die Absenz von körperlicher Liebe nur recht war, schrieb sie: «Ich hatte in meiner Jugend eine Begegnung mit einem Mann, die nicht meinen Wünschen entsprang und mir Schreck und Abscheu vor der körperlichen Verbindung und Krankheit hinterliess.»

Stöbe war also der Sexualität aufgrund einer traumatischen Erfahrung – wohl einer Vergewaltigung – abgeneigt, Huber aus gesundheitlichen Gründen nicht dazu fähig; in dieser Hinsicht fügten sich die beiden gut zusammen. Deutlich wird in dem Brief aber auch, dass Hubers Liebe zu Stöbe stärker war als umgekehrt; wie sehr sie sein Tod getroffen hat, zeigt aber, dass auch von ihrer Seite eine emotionale Bindung vorhanden war.

Hubers Umfeld begegnete der Liebschaft mit Argwohn. Ein Freund warnte ihn vor der Frau: Er habe von einem Berliner Journalisten gehört, es handle sich bei Stöbe um eine Agentin. Noch viele Jahre später erzählte Monica, eine von drei Schwestern Hubers, die blonde Ilse sei zwar schön und intelligent gewesen, aber auch gefährlich. An dem stark verliebten und zunehmend auch kränkelnden Huber perlten die Warnungen ab. Was damals niemand wusste, mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Huber nicht: Die dumpfen Verdächtigungen waren nicht ganz falsch. Ilse führte ein Doppelleben.

Die Sowjets köderten die 21-Jährige

1931 kam Stöbe, die der Kommunistischen Partei nahestand, in Kontakt mit Jakov Bronin, einem Mitarbeiter des sowjetischen Nachrichtendienstes GRU. Er führte die damals 21-Jährige in die Grundlagen der nachrichtendienstlichen Arbeit ein und wies ihr den Decknamen «Arnim» zu. Stöbe arbeitete damals als Sekretärin beim Berliner Tageblatt, dort kopierte sie ab und an vertrauliche Dokumente aus der Redaktion und gab sie an die Sowjets weiter. Der Historiker Hans Coppi schreibt in seinem neuen Buch über Ilse Stöbe: «Als Spionin hat sie sich zunächst nicht gesehen. Vielleicht betrachtet sie [...] das Sammeln von (meist internen, nicht öffentlichen, verschwiegenen) Informationen als «illegale Arbeit» in einem durch den unaufhaltsamen Aufstieg der braunen Kolonnen immer bedrohlicher werdenden legalen Umfeld.»

Von 1933 bis 1939 war Stöbe journalistisch als Auslandkorrespondentin in Warschau tätig, schrieb für zahlreiche Zeitungen, auch für die NZZ und die Thurgauer Zeitung. Bei der Weltwoche versuchte sie vergeblich anzuheuern. Daneben arbeitete sie weiterhin für den GRU. Unter dem neuen Decknamen «Alta» verfasste sie Berichte zur innen- und aussenpolitischen Situation, die vom GRU als «überwiegend wertvoll» eingeschätzt wurden. Nach aussen tat sie alles, um die bürgerliche Fassade zu wahren – auch bei ihren vielen Besuchen in der Schweiz.

Am 7. Januar 1940 starb Rudolf Huber im Beisein seiner Freundin Ilse in einer Villa in Orselina TI an einem Nierenleiden. In seinem Testament heisst es, an seine drei Schwestern gerichtet: «Krieg und Krankheit haben uns verhindert, uns zu heiraten. Es wäre mir lieb, wenn man sie behandelte, wie wenn sie meine Frau gewesen wäre, was sie leider nie war. Die Beziehungen, die Ilse und ich zueinander hatten, waren so untadelig und lauter, dass Ihr Euch nicht zu schämen braucht, sie wirklich wie eine Schwester zu behandeln.» Abgesehen von den Aktien des Huber-Verlags vermachte er Ilse fast sein gesamtes Vermögen. Dazu gehörte auch das grosse Verlagshaus der Thurgauer Zeitung mit der Wohnung Hubers in Frauenfeld sowie ein Ufergrundstück von 1700 Quadratmetern inklusive Wochenendhaus in Mannenbach am Bodensee (Untersee). Das Verlagshaus verkaufte Stöbe umgehend der Familie Huber zurück, zum Ärger der drei Schwestern liess sie vorher noch die Möbel abtransportieren.

Der Wunsch Hubers, dass die Schwestern Ilse wie ihresgleichen aufnehmen würden, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil. Im Februar 1940 wurde sie von der Stadtpolizei Zürich aufgrund einer anonymen Anzeige wegen Spionageverdachts befragt, später auch beschattet. Sie soll für und gegen Polen Spionage betrieben haben. Vermutlich kam die Anzeige aus dem Umfeld der Familie Huber. NZZ-Redaktor Otto Germann und Felix von Schumacher, ein Neffe von Weltwoche-Verleger und Chefredaktor Karl von Schumacher, setzten sich für Stöbe ein, ein Redaktor der Thurgauer Zeitung hingegen sagte gegen sie aus und nannte verdächtige Personen, mit denen sie angeblich in Berlin verkehrt hatte.

Zu jener Zeit traf Stöbe auch Karl von Schumacher. In einem Brief an ihren politischen



«Untadelig und lauter»: Verleger Huber.

Mitstreiter, den Journalisten Rudolf Herrnstadt, berichtete sie von der Begegnung: «Karl von Schumacher hat mehrmals nach Dir gefragt und schlug sogar vor, Dich zu suchen, da er überzeugt war, dass es Dir schlecht geht. Als Beweis führte er an, als er das letzte Mal von Dir hörte, Du um Geld gebeten hast. «Sie müssen mich richtig verstehen», sagte Schumacher, «nicht das Geld ist wichtig, mich beunruhigt, dass Herrnstadt, der solch ein zuverlässiger Mensch ist, mir nichts weiter mitteilt, das muss etwas bedeuten.» [...] Mit Schumacher kann man noch reden, mit den Thurgauern nicht.»

Unter dem Fallbeil

1939 wurde die *Thurgauer Zeitung* in Deutschland verboten, was einen empfindlichen Auflagenrückgang zur Folge hatte. Das Blatt bekräftigte den Wehrwillen mit einer Vehemenz und einem Selbstbewusstsein, die gerade in heuti-

gen Zeiten höchst bemerkenswert sind. «Die Schweiz kennt heute nur ein Gebot: Die Unabhängigkeit schützen, ihre Freiheit zu verteidigen, zu versuchen, was an Wertvollem in der europäischen Kultur vorhanden ist, hinüberzuretten in eine bessere Zeit», hiess es im Leitartikel vom 1. September 1939. Und: «Niemand im Schweizervolk wird verzagen, jedermann weiss, dass es in der Stunde der Gefahr nur einen Gedanken und ein Ziel gibt: die Verteidigung der Heimat.» Im Mai 1940, nach der Annektierung der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, nahm die Zeitung kein Blatt vor den Mund: «Die Welt, in der es noch eine freie Meinung, ein Empfinden für Recht und Unrecht gibt, weiss bei diesem neuen Überfall, wer schuldig ist und wen die ganze schwere Verantwortung vor der Geschichte trifft: Deutschland!»

Derweil fand Stöbe eine Anstellung im Auswärtigen Amt in Berlin und lieferte unter Todesgefahr wichtige Informationen nach Moskau. Am 28. Februar 1941 schrieb sie zum Beispiel an den Leiter der Verwaltung Aufklärung des Generalstabes der Roten Armee: «Informierte Militärkreise vertreten nach wie vor den Standpunkt – es steht absolut fest – der Krieg mit Russland beginnt noch in diesem Jahr. Die Vorbereitungen sind bereits weit gediehen.» Und sie beschrieb detailreich, wie der Angriff gemäss ihren Informationen ablaufen werde. Nur: Stalin traute den präzisen Meldungen von «Alta» und anderen deutschen Spionen nicht – mit verheerenden Auswirkungen.

Am 12. September 1942 nahm die Gestapo Ilse Stöbe und Carl Helfrich in ihrer Wohnung an der Ahornallee 48 in Berlin-Westend fest. Helfrich kam wieder frei, Stöbe nicht: Trotz dünner Beweislage verurteilte sie das Reichskriegsgericht wegen «Landesverrats» zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Am 22. Dezember 1942 wurde sie per Fallbeil am Plötzensee hingerichtet, zusammen mit anderen Mitgliedern der kommunistischen Widerstandsgruppe Rote Kapelle. Die Nazis konfiszierten ihr Vermögen, das zu einem grossen Teil von Rudolf Huber stammte. Dass sie ein Wochenendhaus am Schweizer Bodenseeufer besass, vermochte sie geheim zu halten. Sie vermachte es ihrem letzten Freund, Carl Helfrich, der nach dem Krieg immer mal wieder seine Ferien dort verbrachte.

Die Basler National-Zeitung vermeldete am 15. April 1943 die Hinrichtung Stöbes, danach war sie hierzulande kein Thema mehr. Anders im kommunistischen Ostblock: In der DDR wurden Gedenkmünzen zu Ehren Stöbes geprägt, im russischen Geheimdienst hat die mutige Kollaborateurin bis heute Heldenstatus.

Hans Coppi, Sabine Kebir: Ilse Stöbe: Wieder im Amt. VSA. 224 S. Fr. 23.90

Wanners Lizenz zum Abkassieren

Der Solothurner Regierungsrat Christian Wanner gab sich als bescheidener Staatsmann, der seine Nebeneinkünfte brav dem Kanton abliefert. Die Weltwoche aber deckte auf, dass Wanner grosse Beträge für sich behielt. Wie das? Den Spezialparagraphen speisten seine Mitarbeiter ein. Von Christoph Landolt

Der Solothurner Finanzdirektor Christian Wanner gibt an, sein Honorar aus dem Verwaltungsratsmandat beim Energiekonzern Alpiq nach seinem Rücktritt «wie bisher» der Staatskasse abzugeben – und behält 107 050 Franken selbst. Dies, weil Spesen, Vorsorgeleistungen und Sitzungsgelder nicht dem Kanton rückerstattet werden müssen. Diese Enthüllungen der Weltwoche (Nr. 23/13) haben im Kanton Solothurn für Empörung gesorgt.

Und haben nun auch zu Konsequenzen geführt: «Alpiq-Verwaltungsrat Wanner geht in die Offensive», titelte die *Solothurner Zeitung* am Dienstag. Noch vor vier Wochen hatte das Blatt im Stile eines Hoforgans verkündet, dass Wanner von sich aus auch nach seiner Pensionierung die Interessen des Kantons beim Stromriesen vertreten werde, wobei die Entschädigung «wie bisher mit Ausnahme von Sitzungsgeldern und Spesen» an den Kanton gehe.

Nun aber macht Wanner einen Rückzieher. «Es reicht jetzt», zitiert die *Solothurner Zeitung* den Finanzdirektor. «Ich will mich nicht länger ungerechtfertigt in die Ecke des Abkassierers drängen lassen.» Er verzichte künftig auf sämtliche Alpiq-Sitzungsgelder, so Wanner. Er gibt damit rund 80 000 Franken pro Jahr dem Kanton ab, der ihn in den Verwaltungsrat des Energiekonzerns entsandt hat. Ganz zum «Gratisarbeiter», wie sich Wanner selbst bezeichnet, wird er damit nicht. Die Spesenpauschale – 16 000 Franken steuerfrei – will er behalten.

Eine Interviewanfrage der Weltwoche weist Wanner zurück. Seine Reaktion («ungerechtfertigt») zeigt aber: Er ist sich keiner Schuld bewusst. Wanner hat aus Wanners Sicht moralisch nichts falsch gemacht, und juristisch schon gar nicht. In der Presse beruft er sich auf die Rechtslage, nach der klar sei, dass Sitzungsgelder nicht dem Kanton abgegeben werden müssten. Wie ist es möglich, dass ein Regierungsrat solche Summen aus einer Staatsbeteiligung (der Kanton hält 5,6 Prozent an Alpiq) behalten darf?

Widersprüchliche Regelungen

Die Rückerstattung von Entschädigungen ist im Kanton Solothurn an zwei verschiedenen Orten geregelt. Da gibt es zum einen das aus dem Jahr 1992 stammende Staatspersonalgesetz, auf das sich Wanner beruft. Darin ist vorgesehen, dass Kantonsvertreter in Unternehmungen «mit Ausnahme der Sitzungsgel-

der und der Spesenentschädigungen» alles an die Staatskasse abzuliefern haben.

Zum andern gibt es seit 2005 einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der nicht nur für sämtliche Staatsangestellten gilt, sondern – wie in Artikel 62 steht – auch für die Mitglieder der Regierung «sinngemäss anwendbar» ist. In der Frage der Rückerstattungspflicht ist der GAV strikter: Alles ist abzuliefern, «mit Ausnahme der Spesenvergütungen» – die Sitzungsgelder gehören also dem Kanton. Die beiden Regelungen widersprechen sich. Nutzt Wanner demnach den Spielraum, den ihm eine Gesetzeslücke lässt?

«Absolut kleine Beiträge»

Bei Wanners Finanzdepartement ist man der Ansicht, dass das Staatspersonalgesetz gilt. Erstens, weil ein Gesetz in der Rechtshierarchie höher steht als ein Vertrag. Und zweitens, weil die betreffende Passage im Gesetz neuer ist. Beides stimmt. Doch die Art und Weise, wie das heute gültige Staatspersonalgesetz zustande gekommen ist, ist höchst fragwürdig.

Saubermann Wanner hat es nicht nötig, Steuern zu hinterziehen. Er maximierte seine Einnahmen.

Im Jahr 2004 reichte der damalige FDP-Kantonsrat Peter Meier eine Motion ein, die Interessenkonflikte durch Nebenengagements der Regierungsräte unterbinden sollte. Meier verlangte unter anderem, dass Regierungsmitglieder, die «in Führungs- und Aufsichtsgremien von wirtschaftlichen Unternehmen oder sonstigen Körperschaften» tätig seien, ihre «Honorare, Entschädigungen, Tantiemen et cetera in die Staatskasse» abzugeben hätten.

Die Adressaten sahen keinen Handlungsbedarf. Das geltende Recht (GAV) sehe die Ablieferung von Honoraren aus Staatsvertretungen bereits vor, hiess es im Vernehmlassungsentwurf der Regierung. «Gesetzgeberische Massnahmen sind nicht mehr nötig.» Unterschrift: «Im Namen des Regierungsrates: Christian Wanner, Landammann.»

Die Motion von Kantonsrat Meier fand im Parlament eine Mehrheit, die Regierung musste ein Gesetz erstellen. Öffentlich einsehbare Kantonsratsprotokolle zeigen, dass im Rat in der Frage der Verwaltungsratshonorare über alle Parteigrenzen hinweg Einigkeit herrschte. Die Honorare fielen «bereits heute in die Staatskasse, was klar und logisch ist», fasste es der Sprecher der CVP-Fraktion am 27. September 2005 zusammen. Diese bewährte Praxis sollte nun also auch noch auf Gesetzesstufe geregelt werden, mittels eines neuen Paragrafen im Staatspersonalgesetz.

Als der Kantonsrat am 31. Januar 2007 das revidierte Staatspersonalgesetz verabschieden sollte, hatte sich ein kleines Detail verändert: Paragraf 43 (Rückerstattung von Entschädigungen) sah nun vor, dass nicht mehr nur Spesenvergütungen, sondern auch Sitzungsgelder ausgenommen sind. Was war passiert?

In der zuständigen Finanzkommission, die das Gesetz vorbereitet hatte, war es im Jahr 2006 – dem Jahr, in dem Christian Wanner im Verwaltungsrat der Aare-Tessin AG (Atel), der heutigen Alpiq, Einsitz genommen hatte – zu einem kleinen, aus damaliger Sicht unbedeutenden Sinneswandel gekommen. Mit neun zu zwei Stimmen beschlossen die Kommissionsmitglieder, Sitzungsgelder künftig auszuklammern.

Man habe «nicht kleinlicher als kleinlich» sein wollen, begründete der Kommissionssprecher. «Es geht hier um absolut kleine Beiträge von fünfzig bis hundert Franken.» Der SP-Vertreter sprach von «symbolischen, eher kleinen Beträgen». Der FDP-Mann nannte «geringfügige Sitzungsgelder und Spesenvergütungen» eine «gewisse Entschädigung für Engagement ausserhalb des üblichen Arbeitspensums».

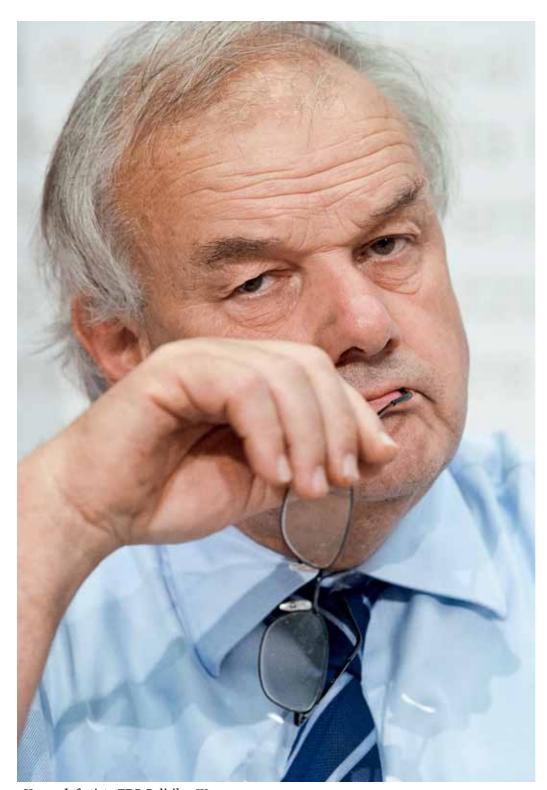
Einzig SVP-Vertreter Heinz Müller warnte: «Die Regierungsräte sollen nicht angreifbar sein, weil sie Sitzungsgelder einkassieren – es handelt sich dabei, wie Christian Wanner uns bestätigt hat, nicht nur um ein paar Franken, sondern es kann bis zu 300 Franken gehen.»

Faktor 20

Heute, sechs Jahre später, geht es weder um ein paar noch um bis zu 300 Franken. Wanner verdiente 2012 pro Alpiq-Sitzung knapp 5000 Franken Sitzungsgelder plus 1000 Franken Spesen, also rund das Zwanzigfache von dem, was er den Kantonsräten erzählt hatte. Hatte der Finanzdirektor sie über den Tisch gezogen, indem er in der Finanzkommission Zahlen nannte, die stark untertrieben waren? Oder sind die enormen Bezüge im Jahr 2012 ein Ausreisser, den vor sechs Jahren noch niemand vorhersehen konnte?

Als Wanner Atel-Verwaltungsrat wurde, lagen seine Bezüge bei rund 200 000 Franken

Weltwoche Nr. 24.13



 ${\it ``Ungerecht fertigt"} : {\tt FDP-Politiker Wanner.}$

pro Jahr. Eine Unterscheidung zwischen Fixlohn und Sitzungsgeldern gab es noch nicht, Wanner musste deshalb seine gesamten Entschädigungen dem Kanton abtreten. Bereits ab 2005 war aber klar, dass die Atel mit der Westschweizer EOS zu einem grösseren Energiekonzern fusioniert werden sollte. Der Verwaltungsrat der neuen Alpiq (mit Vizepräsident Wanner) beschloss, sich zusätzlich üppige Sitzungsgelder auszuzahlen. 2009, im ersten Alpiq-Geschäftsjahr, lag Wanners VR-Honorar bei 312 900 Franken. In den letzten vier Jahren überwies der Stromkonzern auf das Konto des FDP-Politi-

kers 1,16 Millionen Franken. Davon durfte Wanner 368 824 Franken behalten – dem neuen Paragrafen im Staatspersonalgesetz sei Dank.

Es erstaunt nicht, dass die Idee, Sitzungsgelder von der Rückerstattungspflicht auszunehmen, nicht von einem Parlamentarier stammte. FDP-Kantonsrat Beat Loosli erinnert sich, dass es Experten des Finanzdepartements gewesen seien, die den Vorschlag in die Finanzkommission eingebracht hätten. Ein weiteres Kommissionsmitglied, das nicht genannt werden möchte, bestätigt den Vorgang. Es waren somit Wanners Leute, die eine

Sonderregelung veranlassten, von der praktisch nur einer profitiert: ihr Chef.

Zwar würden in der Theorie auch Staatsangestellte und die anderen Regierungsräte von der Revision des Staatspersonalgesetzes profitieren. Auch sie dürften, wenn sie im Auftrag des Kantons in einem Verwaltungsrat Einsitz nehmen, ihre Sitzungsgelder behalten.

Auf den Leib geschneidert

In der Praxis kommt dies aber kaum vor, wie ein Blick in die Staatsrechnungen der letzten Jahre zeigt: Baudirektor Walter Straumann (CVP) durfte als Verwaltungsrat der Atel Hydro AG, einer Alpiq-Tochter, rund 4000 Franken pro Jahr behalten. Weitere Verwaltungsratsmandate sind nicht bekannt. Weder Wanners Stabschefin Heidi Pauli noch Andreas Bühlmann, der Chef des Amts für Finanzen, konnten andere Kantonsvertreter nennen, die von Amtes wegen in einem Verwaltungsrat sitzen. Somit ist klar: Paragraf 43 des Staatspersonalgesetzes ist faktisch eine Lex Wanner. Ohne es zu wissen, haben die Solothurner Kantonsräte ihrem Finanzdirektor eine Spezialregelung auf den Leib geschneidert. Eine Lizenz zum Abkassieren, die es ihm erlaubt hat, seinen Regierungsratslohn um rund 50 Prozent zu steigern.

«Ausgerechnet er», kommentiert auf der Website der *Solothurner Zeitung* ein Leser. So wie er denken in Solothurn wohl viele. Wanner bezeichnet sich kokett als «einer der letz-

Er ist in Gehaltssphären vorgestossen, in der sich sonst nur Bundesräte bewegen.

ten Vertreter einer freisinnigen Volkspartei». Früh gehörte Wanner zu den Kritikern der «schändlichen Abzocker in der Wirtschaft», die «mit fadenscheinigen Argumenten ihre unverschämten Millionensaläre zu rechtfertigen versuchen». Der enge Vertraute von BDP-Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf liess in seiner Zeit als Präsident der Finanzdirektoren keine Gelegenheit aus, um die Privatsphäre der Bürger zu torpedieren. Erst letzte Woche forderte der abtretende Magistrat in der Aargauer Zeitung die Abschaffung des Bankgeheimnisses: «Was nach aussen gilt, muss auch nach innen durchgesetzt werden.»

Saubermann Wanner – so viel ist heute klar – hat es nicht nötig, Steuern zu hinterziehen. Er maximiert seine privaten Einnahmen ganz legal über Stellschrauben, auf die er in seiner Position direkten Zugriff hat. Der Meisterlandwirt hat es geschafft, in Gehaltssphären vorzustossen, in der sich sonst nur Bundesräte bewegen – so wie der Solothurner Stadtpräsident Kurt Fluri (FDP), der dank diversen Nebeneinnahmen 378 975 Franken verdient. O

«Die Katholiken essen Gott»

Der Churer Bischof Vitus Huonder steht seit Monaten in der Kritik. Möglicherweise wird der katholische Bewahrer falsch eingeschätzt. Gerade die Konservativen tragen oft zu Reformen bei, die dann allerdings ganz anders herauskommen als beabsichtigt. *Von Pirmin Meier*



Dämme gegen staatliche Einmischung: Liturgiker Huonder.

«Heiliger Sankt Vit, weck mich auf zur rechten Zit», lautet ein Stossgebet zum Nothelfer Sankt Vitus, dem Weckheiligen, für Kinder auch Helfer gegen Bettnässen. Vitus Huonder, 71, zum Priester geweiht am Bruder-Klaus-Tag 1971 (25. September), Bischof von Chur seit 2007, feiert diese Woche, am Samstag, Namenstag. Der habilitierte Liturgiewissenschaftler trägt einen entschieden christlichen Namen. Mit der Taufe auf den Namen eines Heiligen wird in der katholischen Tradition der Bekenntnischarakter des Sakraments betont, aufgrund dessen ein Mensch Christ genannt wird.

Im ursprünglich protestantischen Dilemma zwischen einer Volkskirche als Dienstleistungsunternehmen und einer stärker als Bekenntniskirche auftretenden Religionsgemeinschaft (Methodisten, Heilsarmee usw.) steht Bischof Huonder klar auf der «Credo»-Seite. Wie bei den Methodisten steht bei ihm das klare Bekenntnis im Vordergrund, aber nach römisch-katholischer Lesart. Umstritten ist der Bischof von Chur vor allem wegen des nassforschen Auftretens seines Generalvikars Martin Grichting. Dieser hat über die Trennung von Kirche und Staat doktoriert und habilitiert, und er vertritt seine Auffassungen einigermassen mutig. (Als ich im Aargauer Verfassungsrat 1975 die Abschaffung der Kirchensteuer beantragte, wurde mir von einem frommen Kirchenmann via Zeitungskommentar «Moskau einfach» empfohlen.)

Relikte aus der Feudalzeit

Der Zölibat, im 11. Jahrhundert nebst spirituellen Gründen auch mit dem Zweck eingeführt, die Erblichkeit der Pfründen (Pfarrstellen, Bistümer) zu verhindern, gehört grundsätzlich wie das im 19. und 20. Jahrhundert durch Synodalverfassungen demokratisierte Kirchensteuerprivileg zu den Relikten des vorrevolutionären Feudalismus. Das kantonal unterschiedlich ausgestaltete System, in den USA durch eine viel weiter gehende Religionsfreiheit ersetzt, konnte sich als öffentlich-rechtliche Anerkennung von Landeskirchen mit Ausnahme der einst liberal-radikalen Kantone Genf und Neuenburg bis heute halten. Bei der Begründung spielen religiöse Argumente praktisch keine Rolle mehr.

Aus Gleichstellungsgründen diskutieren Staatskirchenrechtler die öffentlich-rechtliche Anerkennung auch islamischer Religionsgemeinschaften, wenngleich mit gebührender Vorsicht. Das Anliegen ist die Stabilisierung des Privilegs, für den Unterhalt der Landeskirchen weiterhin Steuern einziehen zu dürfen. Wenn der Zürcher Kirchendirektor Martin Graf den in dieser Frage ausscherenden Churer Bischof sowie den Papst kritisierte, war dies weniger ein Angriff als die Verteidigung eines Systems.

Erzbischof Bergoglio, heute Papst Franziskus, verdiente in Buenos Aires kaum einen Sechstel eines Zürcher Pfarrers im Vollamt. Der Zürcher Justizdirektor Martin Graf wird, damit fähige Leute für dieses Amt überhaupt zur Verfügung stehen, nicht unter dem Niveau der deutschen Bundeskanzlerin besoldet. Damit erhält der Anwurf gegen den Papst, einer «geschützten Werkstätte» anzugehören, spezielle Glaubwürdigkeit. In «geschützten Werkstätten», etwa für Invalide und geistig Behinderte, verdient man weniger als im Zürcher Regierungsrat oder als ein vollverpfründeter Geistlicher einer öffentlichrechtlich anerkannten Konfession.

Die Forderung Churs, der Zürcher Regierungsrat müsse sich bei Papst und Bischof für Grafs Provokationen entschuldigen, mutet unschweizerisch an. In den letzten 200 Jahren hat sich noch nie eine Schweizer Regierung bei Bischöfen oder gar in Rom entschuldigt. Dies widerspräche dem Gründergeist der Bundesverfassungen von 1848 und 1874. Deren Schöpfer mochten sich nicht vorwerfen lassen, Liberalismus mit Toleranz gegen Intolerante zu verwechseln. Zürichs Entschuldigung müsste allenfalls an die «geschützten Werkstätten» gehen.

Vertreibung der Mönche

Der Kanton Aargau hat die Vertreibung der Mönche von Muri und Wettingen im Januar 1841 bei 15 Grad unter null nie als Unrecht anerkannt, eine Behandlung, die auch nach der Abstimmung vom vergangenen Sonntag wohl nicht einmal einem Drogendealer blühen würde. Die Fortgejagten waren meist Schweizer Bürger, darunter der Komponist unserer Nationalhymne, Alberich Zwyssig (1808–1854).

Katholisch-Konservative erhoben damals das Schlagwort von der «freien Kirche im freien Staat». Darunter verstanden sie verfassungsmässige Dämme gegen staatliche Einmischung in kirchliche Angelegenheiten, das Recht auf katholische Schulen und vor allem das Recht der Kirche auf Selbstorganisation bis hin zur Selbstbornierung. Umgekehrt pochten Kulturkämpfer darauf, bischöfliche Verlautbarungen nicht ohne staatliche Bewilligung von den Kanzeln verlesen zu lassen. Jahrelang durfte der Bischof von Basel im Kanton Aargau nicht einmal das Sakrament der Firmung spenden. Anderseits wurde die katholische Kirche im Kanton Zürich nach ihrer öffentlich-rechtlichen Anerkennung (1963) zur demokratischen Wahl ihrer Pfarrer angehalten. Ernst Brugger, später Bundesrat, formulierte es damals so: «Im Widerspruch zum kanonischen Recht wurde der katholischen Kirche des Kantons Zürich in Bezug auf die Stellung der Kirchgemeinde und die Pfarrerwahl eine demokratische Form aufgezwungen.» In der Schweiz erlaubten sich nicht nur Protestanten, sondern auch Katholiken in kirchenpolitischen Fragen immer wieder antihierarchisches Verhalten.

Bruder Klaus zu Steuer und «Homo-Ehe»

Während der Schweizer Landesheilige Niklaus von Flüe (1417-1487) in einem Priester, wenn er die Hostie erhob, einen «Engel Gottes» zu sehen glaubte, verweigerte er demselben Pfründeninhaber 1457 ohne viel Federlesens eine urkundlich festgeschriebene Kirchensteuer. Nur in geistlichen Dingen leistete der fromme Bauer dem Pfarrer «heiligen Gehorsam». Mehrmals, so nach der Vertreibung des Dorfpfarrers 1457, stand Klaus mit Genossen unter Interdikt, das heisst, er war vom Empfang der Sakramente, zum Beispiel der Hostien, ausgeschlossen. Auch später, als bischöflich anerkannter Eremit, kommunizierte er geistig, in Form der Betrachtung der Hostie, ohne sie in den Mund zu nehmen. Der regelmässig beichtende Heilige kam sich, ähnlich wie Luther, stets als grosser Sünder vor. Spiesser warfen dem zehnfachen Familienvater den «Abbruch» des Ehevollzugs mit sei-

In der Schweiz erlaubten sich auch Katholiken immer wieder antihierarchisches Verhalten.

ner als schön beschriebenen Frau Dorothea vor: Ihm selber aber bereitete die «Wollust und Begier», die er bei der eindringlichen Betrachtung des durchsichtigen Gewandes eines schönen Pilgers empfand, wohl mehr Gewissensbisse. Der auch politisch wichtigste Schweizer Heilige hat zwanzig Jahre lang vielleicht nie eine Hostie berührt oder nur dann, wenn es, wie an Ostern, vorgeschrieben war.

Wenn Bischof Huonder die wiederverheirateten Geschiedenen nicht am Altar sehen möchte, begeht er aus der Sicht einer Weltkirche keine Menschenrechtsverletzung. Auch die Schwulenehe, von einer Predigertochter namens Margaret Thatcher als «Vortäuschung einer Familie» gebrandmarkt, bedarf als Symbolhandlung einer durchaus widerchristlich gemeinten radikalen Freiheit keiner Eingemeindung in die katholische Lehre von der Ehe. Es wäre für beide Seiten ein Prinzipienverrat. Hätte Niklaus von Flüe die erotisch faszinierendste Person, die er je sah, an Stelle seiner Gattin geheiratet, nämlich den Pilger von der Pilgervision: Tausende von Obwaldnern aus seiner Nachkommenschaft hätten nie das Sonnenlicht erblicken dürfen.

Zu den Themen, denen sich Vitus Huonder als Bischof der katholischen Kirche in seiner Hirtenfunktion verpflichtet fühlt, gehören nebst Taufe und Firmung das Ehesakrament und die Messe, welche er, dem Katechismus gemäss, als «heilig» einschätzt. Diese hat gemäss dem Liturgiker Huonder einen für das Katholische typischen Bekenntnischarakter. Über die Messe liess sich der bei Genf lebende Religionspädagoge Voltaire (1694–1778) einst wie folgt aus: «Die Katholiken essen Gott. Die Reformierten essen Brot, die Lutheraner essen Gott mit Brot.»

Damit hat der Aufklärer in satirischer Überspitzung auf Unterschiede hingewiesen. Diese spielen jedoch heute in der Schweiz kaum mehr eine Rolle. Das katholische Jungvolk, selbst mit Gymnasialbildung, bekommt in der Regel die sogenannte Transsubstantiation nicht mehr mit, das neben der Dreifaltigkeit Gottes wohl schwierigste katholische Dogma. Damit wollte Thomas von Aquin den Nachweis erbringen, dass eine «Wandlung» von Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi keine grundsätzlich unvernünftige Vorstellung sei.

Schläger, Korrupte, Prostituierte

Die Art, wie Bischof Huonder den Ausschluss der Geschiedenen vom heiligen Mahl kommunizierte, wirkte indes kontraproduktiv. Nach dem gleichen Prinzip wären nämlich auch unausgesöhnte zerstrittene Ehepaare nicht zugelassen, desgleichen Schläger, Korrupte, Prostituierte (die heilige Magdalena war keine!) und nach alter Tradition Wucherer, also ungerechte Finanzdienstleister, deren Sünde von der katholischen Kirche seit dem Mittelalter als «himmelschreiend» verurteilt wurde. Seit je galten schwere Sünder als von der Kommunion ausgeschlossen.

Insofern hätte Bischof Huonder die Geschiedenen (und die Homosexuellen) wohl besser auf die oben angedeutete Sakramentspraxis von Bruder Klaus aufmerksam gemacht. Der Heilige hat, analog zu altprotestantischen und anglikanischen Trauungsformeln, seine Gattin Dorothea «nicht aus Wollust, sondern aus Gottesfurcht» geheiratet.

Wenn die Auseinandersetzungen innerhalb des Bistums Chur und besonders im Kanton Zürich die Debatte über die Trennung von Kirche und Staat wieder in Schwung bringen, könnte gelten: Konservative tragen auf ihre Weise zu Reformen bei; meist jedoch anders, als sie es am Ende gern gesehen hätten. Weil Dogmatiker mit Sinn für Liturgie wie der Bischof von Chur als «undemokratisch» gelten, das Pfründensystem jedoch dank kantonalen Kirchenverfassungen legitimiert erscheint, wird die Jahrtausendtendenz zur Trennung von Kirche und Staat in der Schweiz wohl weiterhin verzögert: «vertrölt», wie der radikalliberale Philosoph Ignaz Paul Vital Troxler (1780-1866) zu sagen pflegte.

Pirmin Meier ist historiografischer Schriftsteller und Gymnasiallehrer.

Weltwoche Nr. 24.13

Die Löcher in der Finma-Kasse

Die mächtige Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) sagt allen Finanzfirmen, wie sie zu geschäften haben. Nun kommt heraus, dass die Finma bei ihrer Pensionskasse eine Unterdeckung produzierte. Bundesrat und Aufsicht reden es klein, aber die Sache kann teuer werden. Von Pierre Heumann



«Äusserst komplex»: Finma-Chef Raaflaub (r.).

Gerne und oft erhebt die Finma ihren Mahnfinger. Sie kritisiert Banken, wenn ihre Eigenmittel zu knapp bemessen sind, sie rügt Versicherungen, wenn deren Reserven zu tief sind. Sie fordert mehr Transparenz in der Finanzbranche. Bei sich selber allerdings legt die Finanzmarktaufsicht offenbar andere, mildere Massstäbe an.

Zum Beispiel bei ihrer Pensionskasse. Die Behörde, die bei anderen kontrolliert, ob sie ihre berufliche Vorsorge im Griff haben, hat mit ihrer eigenen Kasse ein Problem. In der Jahresrechnung 2012 steht klar, dass die Finma-PK eine Unterdeckung von 55,2 Millionen Franken hat. Das bedeutet: Die Verpflichtungen, die aus heutiger Sicht im Laufe der Jahre in Form von Rentenzahlungen auf die Finma zukommen werden, sind durch das Kapital nicht gedeckt.

Das ist zwar bei vielen öffentlich-rechtlichen Kassen der Fall. Sie verlassen sich gerne darauf, dass im Notfall der Staat für das Manko geradestehen wird – also die Steuerzahler. Wenn aber die Kasse einer Institution wie der Finma, die bei Vollversicherungsmodellen einen Deckungsgrad von mindestens 100 Prozent verlangt, in ihrer Jahresrechnung selber eine Lücke aufweist, ist das erklärungsbedürftig. Sobald nämlich die Bilanz eines Versicherungsbrokers eine Unterdeckung aufweist, muss er der Finma

einen Sanierungsplan vorlegen. «Zudem wird ihn die Finma eng an die Zügel nehmen», sagt ein Kassenexperte. Nimmt die Finma jetzt sich selbst an die Leine? Die Sache ist vertrackter.

Der untergedeckten Aufsicht eilt der Bundesrat zu Hilfe. Er bestreitet, dass die Pensionskasse der Finma ein Problem hat. Sie sei genügend finanziert. Von einer Lücke will er nichts wissen. Es «besteht aus regulatorischer Sicht keine Unterdeckung», beantwortete er am Montagabend eine Frage von Nationalrat Hans Kaufmann (SVP, ZH). Der Deckungsgrad der Pensionskasse liege bei 105,7 Prozent.

Was ist nun richtig? Ist die Pensionskasse der Finma tatsächlich so gut finanziert, wie der Bundesrat behauptet, oder ist sie ungenügend ausgestattet, wie es im jährlichen Finanzbericht der Finma heisst?

«Nicht relevant»

Beides stimmt. Es kommt bloss darauf an, nach welchen Rechnungsprinzipien bilanziert wird. Berechnet man den Deckungsgrad nach schweizerischem Recht, ergibt sich in der Tat ein Deckungsgrad von 105 Prozent, wie im Bericht der Publica nachzulesen ist, der Pensionskasse des Bundes, der die Finma angeschlossen ist. Der Bundesrat hat also recht, wenn er feststellt: Die Renten seien bei der Finma gesichert.

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn bei der Bilanzierung nicht Schweizer Recht, sondern die international gültigen Regeln IFRS angewandt werden. Das Kürzel IFRS steht für International Financial Reporting Standards. Diese haben zum Ziel, die Vergleichbarkeit von Konzernabschlüssen weltweit tätiger oder an der Börse kotierter Firmen zu ermöglichen, losgelöst von nationalen Rechtsvorschriften. Bei den IFRS steht die faire Information für Investoren im Vordergrund; sie sollen nicht durch Aspekte der Vorsicht und der Risikovorsorge eingeschränkt werden. Sie sind, deshalb, wie Finma-Sprecher Tobias Lux sagt, «für Schweizer Pensionskassen nicht relevant».

Doch pikanterweise wendet die Finma ausgerechnet diese «für Schweizer Pensionskassen nicht relevanten» Standards an. Das hat zahlreiche Nachteile. Die Anwendung von IFRS führt zu tieferen Deckungsgraden. Als zum Beispiel Roche und Novartis die internationalen Rechnungsstandards einführten, sank der durchschnittliche Deckungsgrad ihrer Pensionskasse um fünf Prozentpunkte. Das 3000 Seiten umfassende IFRS-Regelwerk ist zudem «äusserst kompliziert, komplex und einer ständigen Veränderung unterworfen», sagen Experten von BDO, einer der grössten Wirtschaftsprüfungs-, Treuhandund Beratungsgesellschaften.

Weshalb also wendet die Finma ein Rechnungssystem an, das für die berufliche Vorsorge ungeeignet und kompliziert ist?

Die Finanzmarktaufsicht ist frei, sich für einen ihr zusagenden Rechnungslegungsstandard zu entscheiden. Den Ausschlag für die IFRS gab der Anspruch, dass «die Finma ebenso transparent sein möchte wie ihre Beaufsichtigten», sagt Finma-Sprecher Lux.

Das klingt schön, aber der Haken liegt hier: Gemäss Finanzmarktaufsichtsgesetz muss die Finma bis in fünf Jahren eine Eigenmitteldecke in der Höhe eines Jahresumsatzes vorlegen. Das wären schätzungsweise rund 160 Millionen Franken. Wegen ihrer PK-Unterdeckung hat die Finma allerdings erst minus 27 Millionen Franken an Eigenmitteln aufgebaut. Sollte es dabei bleiben, fehlen der Finma zum Stichdatum gegen 190 Millionen Franken (160 Millionen plus 27 Millionen). Wer stopft das Loch? Gemäss Gesetz müssten die privaten Schweizer Finanzfirmen, Banken, Vermögensverwalter und Versicherungen bezahlen. Hat da jemand «unfair» gesagt?



Politik mit Partnerinnen

Zwar ist die Schweiz eines der letzten Länder, das den Frauen das Stimmrecht gewährt. Aber das erste und einzige, in dem die Männer an der Urne auf ihr Vorrecht verzichten. Von Ulrich Kägi

Inmitten verschiedenerlei Anfechtungen hat **L**die schweizerische Demokratie mit dem Einzug der Frauen in die Politik ihr Fundament auf das Doppelte verstärkt. Ebenso bedeutsam wie die wenigstens potentielle Verdoppelung des Reservoirs an politischen Talenten ist die durchaus reale Verdoppelung an Mitverantwortung für Leistung oder Versagen dieses Staates. Denn die Weisheit der direkten Demokratie besteht ja nicht eigentlich in der Erhabenheit ihrer Entschlüsse, sondern in der simplen Tatsache, dass man eben ungefähr so liegt, wie man sich bettet. Für allfällige Unzukömmlichkeiten kann schwerlich eine Autorität haftbar gemacht werden, die ohne oder gar gegen den Auftrag der Mehrheit handeln würde. Die Wendung vom 7. Februar besteht darin, dass nun auch die weibliche Hälfte der Bevölkerung in diese nicht immer bequeme Kollektivhaftung aufgenommen wurde.

Von einem überstürzten Entscheid kann wahrlich nicht mehr die Rede sein. Doch geben wir offen zu: seine Eindeutigkeit hat angenehm überrascht. Zwar ist die Schweiz eines der letzten Länder der Welt, das die politische Gleichstellung der Frau zustande brachte, aber sie ist gleichzeitig das erste und einzige, in dem die bisher allein stimmberechtigten Männer aus langsam gereifter Einsicht heraus auf ihr Vorrecht verzichtet haben. Was zur Hoffnung berechtigt, dass die tatsächliche Einbeziehung der Frau in den politischen Alltag nun rascher und harmonischer vor sich geht, als wenn das Parlament über die harten Männerköpfe hinweggegangen wäre - mit einer blossen Neuinterpretation der Verfassung.

In eine etwas peinliche Lage sind nun jene Gemeinden und Kantone (die beiden Appenzell, St. Gallen, Thurgau und Schwyz) geraten, in denen die Frauen von den kommunalen und kantonalen Angelegenheiten nach wie vor ferngehalten werden, bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen jedoch völlig mündig sind. Die paradoxe Koexistenz von untergeordneter Rechtlosigkeit und übergeordneter Rechtsgleichheit könnte mit der Wahl von Frauen in das eidgenössische Parlament schon bald so sinnfällig auf die Spitze getrieben werden, dass auch in diesen Kantonen der letzte Widerstand bald in sich zusammenbricht.

Wenn auch erfahrungsgemäss der Einzug der Frauen in die Politik keine Umwälzung der Machtverhältnisse bewirkt, bringt er doch nicht nur einige willkommene Farbtupfen in das etwas graue Einerlei, sondern auch spezifisch frauliche Anliegen, die nun für alle Parteien fast über Nacht attraktiv geworden sind, gilt es doch, mit der demonstrativen Vertretung von Fraueninteressen möglichst viele Wählerinnen ins eigene Parteigärtchen zu ziehen. Zum Beispiel die familien- und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Frau wird das Ja zur Partnerschaft schon bald auf eine recht harte Probe stellen.



Spannungsvolles Rennen: 7. Februar 1971.

Eine lange Anlernzeit zur Einführung in die Staatsgeschäfte steht den Frauen ohnehin nicht zur Verfügung. Schon am 6. Juni werden sie antreten müssen, um über eine Verfassungsbestimmung über den Umweltschutz mitzuentscheiden. Möglicherweise gleichzeitig kommen auch die neue «kleine» Finanzordnung und der Ausbau der Parlamentsdienste zur Abstimmung. Bereits liegt aber auch schon die Nervosität über die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen in der Luft. Der zu erwartende Auftritt von Schwarzenbachs «Republikaner»-Partei, die zunehmende Unruhe in allen Parteien und nicht zuletzt die

Frauen als unkalkulierbares Risiko, das heisst als Wählerinnen und Kandidatinnen, machen aus dem Wahlgang 1971 ein für helvetische Verhältnisse geradezu unerhört spannungsvolles Rennen.

Doch darf auch nicht vergessen werden, dass sich helvetische Politik keineswegs ausschliesslich in Rats- und Wirtsstuben, Wahl- und Abstimmungskämpfen abspielt. Der Raum für politische Meinungsbildung reicht über die Institutionen weit hinaus in die Presse, Podiumsgespräche, öffentliche Debatten, Tagungen aller Art. Obwohl dieser sehr bedeutsame Bereich schon bisher den Frauen durchaus offenstand, zog er aus der weiblichen Emanzipation nur enttäuschend geringen Nutzen. Als weites Feld der staatsbürgerlichen Integration und Einflussnahme bleibt er noch zu entdecken und manch triste Männergesellschaft zu beleben.

Schon tauchen neue Probleme auf

Der 7. Februar dürfte das wichtigste Hindernis auf dem Weg zur Europäischen Menschenrechtskonvention beiseitegeräumt haben. Zwar müsste die Schweiz immer noch einige Vorbehalte anbringen - wegen der konfessionellen Ausnahmeartikel und der Administrativversorgungen -, doch der eigentliche Widerstand gegen den Beitritt ging seinerzeit von den Frauenverbänden aus, die ihr Ziel nun erreicht haben. Und schon tauchen auch neue Probleme auf, die im Abstimmungskampf kaum erörtert wurden. Sollen jetzt, nach der ungefähren Verdoppelung der Zahl der Stimmberechtigte auch die Unterschriftenzahlen, die für ein Verfassungsbegehren (jetzt 50 000) und für ein Referendum (jetzt 30 000) benötigt werden, hinaufgesetzt werden? In ein akuteres Stadium tritt auch die Debatte über die Umwandlung der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht auch für Frauen, bei welcher Gelegenheit eine Lösung für die Militärdienstverweigerer gefunden werden könnte. Jetzt, da die politische Gleichberechtigung endlich Tatsache ist, merkt man plötzlich, dass doch sehr vieles anders wird und noch mehr in Bewegung gerät. Die schweizerische Politik ist um eine Dimension reicher geworden.

Der Leitartikel von Ulrich Kägi erschien am 12. Februar 1971. Am Sonntag zuvor war das Frauenstimmrecht auf nationaler Ebene angenommen worden.

Big Brother O

Als Senator hatte Barack Obama Präsident Bush vorgeworfen, er habe eine «falsche Wahlentscheidung zwischen Bürgerfreiheiten und Sicherheit» getroffen. Im Amt lässt Obama nun die Menschheit aushorchen wie kein Präsident vor ihm. Stationen aus der Karriere eines Mutanten. Von Matthias Rüb



Freuden der Durchleuchtung: US-Präsident Obama.

John Rizzo war beunruhigt. 1976, gleich nach Abschluss des Rechtsstudiums, war Rizzo zum amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA gestossen. Nach gut drei Jahrzehnten Arbeit im CIA-Hauptquartier in Langley war Rizzo im November 2001 zum Chefjuristen des Dienstes aufgestiegen. Sein Büro in der siebten Etage war so etwas wie die juristische Clearingstelle für den «Global War on Terror». Den hatte Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausgerufen. Und der Kongress lieferte ihm dazu die rechtliche Handhabe, mit breiter überparteilicher Zustimmung.

Am 14. September 2001 wurde in einer gemeinsamen Resolution beider Parlamentskammern der Präsident zur Anwendung von militärischer Gewalt ermächtigt; bald folgten die Kriege in Afghanistan und im Irak. Am 25. Oktober 2001 kam, wiederum mit Unterstützung beider Parteien, das umfassende Gesetzespaket

«Patriot Act» hinzu, das zivile Pendant zur Kriegsresolution. Bis heute ist der «Patriot Act» die gesetzliche Grundlage für die umfangreichen Überwachungs- und Abhörmassnahmen der insgesamt sechzehn staatlichen Geheimund Abwehrdienste sowie der ungezählten privaten Sicherheitsunternehmen, die im Auftrag und mit dem Geld des Staates Informationen sammeln und auswerten. Beide Bestimmungen sind faktisch unbefristet. Sie geben dem Präsidenten und seiner Regierung weitgehend freie Hand, zur Wahrung der nationalen Interessen alles zu tun, was ihnen opportun scheint.

«Alles ging weiter wie bisher»

Dagegen hatte der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama im Wahlkampf 2008 heftig polemisiert. Dem republikanischen Amtsinhaber Bush warf er vor, «dumme Kriege» wie jenen im Irak begonnen, die Amerikaner vor eine «falsche Wahlentscheidung zwischen Bürgerfreiheiten und Sicherheit» gestellt und mit der weithin als Folter gebrandmarkten Verhörmethode Waterboarding sowie mit der Einrichtung von CIA-Geheimgefängnissen und des Gefangenenlagers Guantánamo den Ruf Amerikas in aller Welt schwer geschädigt zu haben. Er werde, so versprach Obama, im Kampf gegen Terroristen «die Verfassung und unsere Freiheiten achten»; er werde Folter und die unbefristete Inhaftierung von Terrorverdächtigen nicht länger dulden; er werde Amerika mit sich selbst und mit der Welt aussöhnen.

Für John Rizzo waren das keine Wahlversprechen (von deren luftiger Rhetorik sich zumal die Europäer und am allermeisten die Deutschen hypnotisieren liessen). Für Rizzo klang das wie eine Kündigungsdrohung. Doch kaum war der neue Präsident im Januar 2009 vereidigt, lösten sich Rizzos Sorgen in nichts auf. «Die neue Regierung änderte faktisch nichts», sagt Rizzo: «Alles ging weiter wie bisher. Befugnisse aus der Frühzeit der Ära Bush wurden überprüft, übernommen und bekräftigt.» Rizzo blieb bis Oktober 2009 in Amt und Würden. Dann ging er in Pension. Seither bessert er seine Rente als Berater einer angesehenen Anwaltskanzlei in Washington auf.

Was Rizzo im Inneren des Apparats schon in den ersten Tagen der Amtszeit des 44. Präsidenten erkannte, hat die Welt erst nach Jahren wahrgenommen - oder wahrhaben wollen. Das Versprechen von der Umkehr im Kampf gegen den Terrorismus, von der neuen Epoche der Transparenz waren ein Etikettenschwindel. Bushs «Global War on Terror» wurde von Obama zwar in «Overseas Contingency Operations» (etwa «Notfalleinsatz in Übersee») umgetauft, aber sonst blieb alles beim Alten. Den überstürzten Abzug aus dem Irak Ende 2011 und die Ankündigung des Rückzugs aus Afghanistan bis Ende 2014 brachte Obama als Argument vor, dass die Zeit der Kriege verebbe und mithin auch der Kampf gegen den Terrorismus bald zu Ende gehe. Doch die geheimen Operationen weitete Obama aus. Die Drohnenflotten der Streitkräfte und der CIA wurden rasant vergrössert. Allein in Pakistan liess Obama seit seinem Amtsantritt 314 Drohnenangriffe fliegen (unter Bush waren es 52 in acht Jahren). Anhand einer «Kill List» gab der Präsident persönlich Hunderte von Terrorverdächtigen zur Exekution mittels Raketenangriff frei, unter ihnen vier amerikanische Staatsbürger. Die Gesamtzahl der Toten allein

in Pakistan beziffern Menschenrechtsgruppen auf 2500 bis 3600. Mindestens 900 Zivilisten sollen bei den Angriffen gestorben sein, unter ihnen rund 180 Kinder. Auch im Jemen, in Somalia und am Horn von Afrika hat Obama Dutzende Drohneneinsätze fliegen lassen.

Das Pendant zum geheimen Drohnenkrieg in Übersee ist die ungebremste Ausweitung der Überwachung von Verbindungsdaten im Telefonverkehr sowie des Datenflusses im Internet. Die umfangreichste Aufstockung an Ausrüstung und Personal haben seit 9/11 die CIA und der militärische Geheimdienst «National Security Agency» (NSA) erfahren. Aufgabe der NSA ist die Überwachung des globalen Telefon- und Datenverkehrs. Derzeit wird in Bluffdale in Utah für geschätzte zwei Milliarden Dollar das neue Datenzentrum der NSA errichtet. In dem grössten Computerzentrum der Welt nimmt der Behemoth des globalen Überwachungsstaats - aus Beton und Glas, aus Chips und Kabeln-Gestalt an. Das Datenzentrum wird in der Lage sein, 5 Zettabytes an Daten zu speichern und zu bearbeiten. Ein Zettabyte entspricht jener Menge von Daten, die auf 250 Milliarden DVDs untergebracht werden kann.

Nach Recherchen der Washington Post sind mehr als 854000 Personen für die staatlichen Dienste und für die vom Staat beauftragten Sicherheitsunternehmen tätig. Das als geheim klassifizierte Jahresbudget aller Dienste wird auf 75 Milliarden Dollar geschätzt; davon soll die NSA alleine zwischen zehn und zwölf Milliarden Dollar erhalten. Der Ausbau der elektronischen Überwachungssysteme wurde unter Obama nahtlos fortgesetzt. Massgebliche technologische Neuerungen bei der Erfassung und Bearbeitung von riesigen Datenmengen werden bei der NSA sofort angewendet. Überhaupt gleichen die Strategien des Data Mining zu kommerziellen Zwecken bei Unternehmen wie Google, Microsoft, Facebook, Yahoo, AOL oder Apple jenen der NSA und anderer Dienste zu angeblichen Sicherheitszwecken. Über den Schutz der Privatsphäre, im Vierten Verfassungszusatz garantiert, wird auf beiden Seiten mit erstaunlicher Nonchalance hinweggegangen.

Den Aufschrei der Empörung über die Entstehung eines orwellschen Big Brother vernimmt man in der amerikanischen Bevölkerung bisher nur von den politischen Rändern: bei libertären Republikanern und bei linken Demokraten. Die Mehrheit der Amerikaner scheint die immer umfassendere Durchleuchtung ihres Lebens als Preis für die Sicherheit bisher hinzunehmen offenbar beeinflusst von der Terrorangst und von Obamas Versicherung, die Regierung verdiene Vertrauen, weil sie Gutes tue für Amerika und die Amerikaner. Dieses Vertrauen erodiert allerdings zusehends. Man kann im wachsenden Misstrauen gegenüber dem Staat und der Regierung die Rückkehr zum historischen Normalzustand Amerikas erkennen.

Fall Snowden

Die CIA und das Bankgeheimnis

Die USA setzten offenbar Geheimagenten auf Schweizer Banker an. Wie kann die Schweiz sich wehren?



Geld, Ideologie, Nötigung, Ego: Snowden.

Es existiert eine «Genfer Connection»: Der abgetauchte Whistleblower Edward Snowden war von März 2007 bis Februar 2009 in der Schweiz tätig. Offiziell als Attaché der amerikanischen Uno-Botschaft in Genf, wie das Aussendepartement bestätigt. Verdeckt wirkte Snowden eigenen Angaben gemäss als Mitarbeiter des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA und wurde Zeuge davon, wie US-Agenten in der Schweiz Wirtschaftsspionage betrieben.

Stimmen seine Darstellungen, dann gab es eine geheimdienstliche Aktion gegen das Bankgeheimnis-ausgeführt von US-Agenten auf Schweizer Boden. Unwahrscheinlich ist das nicht. Bereits 1998 berichtete die Sonntagszeitung von regen Kontakten der CIA mit den Schweizer Grossbanken. Im Jahr 2006 enttarnte der Blick den amerikanischen Botschaftsmitarbeiter «Tom» als Geheimagenten. Der Ex-CIA-Agent Robert Baer berichtete dem Guardian im Jahr 2010 von fliessenden Übergängen zwischen Diplomatie und Spionage. Nach Angaben des US-Journalisten Wayne Madsen hat in manchen Botschaften die Hälfte der Mitarbeiter einen Geheimdienst-Hintergrund.

Auf Englisch nennt man solche Agenten, die bei einer diplomatischen Mission *under* cover sind, case officers. Ein früherer case officer, der CIA-Agent Jason Matthews, beschrieb Ende Mai in einem Beitrag für das Wall Street Journal, wie man auf fremdem Territorium Informanten anwirbt: Dafür sei es nötig, die Wünsche und Ängste der Zielperson zu kennen. Für diese Analyse vertraue die CIA auf die Abkürzung MICE, die für «money, ideology, coercion, ego» stehe (Geld, Ideologie, Nötigung, Ego) – Zutaten, die man in den Enthüllungen des Edward Snowden ohne Probleme wiederfindet.

Landesverweis ist möglich

Der Fall beschäftigt jetzt die Behörden. Aussenminister Burkhalter hat von den USA in einer diplomatischen Note eine Erklärung verlangt. Die Bundesanwaltschaft (BA), die in Fällen von wirtschaftlichem Nachrichtendienst ermittelt, führt auf Anfrage der Weltwoche aus, sie habe «Kenntnis von diversen Ermittlungen fremder Staaten in der Schweiz». Es seien diesbezüglich «verschiedene Abklärungen» im Gang.

Ausdrücklich weist die BA darauf hin, dass formelle Ermittlungen bei Delikten mit politischer Natur einer «Ermächtigung des Bundesrates» bedürfen. Bislang hat die Regierung diese stets verweigert, wenn die CIA im Spiel war, zuletzt in den Fällen des Botschaftsmitarbeiters «Tom» und des Schweizer CIA-Agenten Friedrich Tinner und seiner Söhne (beide Fälle 2007).

Bradley Birkenfeld, der sich den USA als Kronzeuge gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber UBS zur Verfügung stellte, blieb von der Bundesanwaltschaft gänzlich unbehelligt. Die US-Agenten und ihre Helfer in der Schweiz haben also kaum etwas zu befürchten. Erst recht keine Handhabe hat man, wenn ein Diplomatenpass im Spiel ist: Mehrere Völkerrechtsexperten bestätigen, dass Geheimdienst-Machenschaften der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen zwar widersprächen. Trotzdem garantiere dieselbe Konvention den Agenten eine umfassende Freiheit vor Strafverfolgung. Bevor überhaupt ein Strafverfahren eröffnet werden könne, müsste die diplomatische Immunität der Diplomaten-Agenten durch die USA aufgehoben werden – durch denselben Staat, der sie als Agenten in die Schweiz gesandt hat. Unabhängig davon kann der Bundesrat die Betreffenden zu unerwünschten Personen erklären und des Landes verweisen. Florian Schwab

Die perfekten Mütter

Wie schaffen es die Französinnen, gleichzeitig Kinder, Karriere und Eheleben zu bewältigen? Das Geheimnis der Frauen im Land mit der höchsten Geburtenrate in Europa.

Von Daniela Niederberger

Derzeit wird heiss diskutiert: Wie machen das die französischen Mütter bloss? Sie schieben den Kinderwagen in Slim Jeans durch die Strassen, kaum ist das Bébé drei Monate alt, arbeiten sie wieder Vollzeit, und wenn die Kinder grösser sind, sitzen sie im Restaurant brav am Tisch und reden den Grossen nicht drein. Auslöser war das Buch der amerikanischen Journalistin Pamela Druckermann, die in Frankreich lebt und zu ihrer Verwunderung überall disziplinierte, anständige Kinder sah. Sie führte es auf eine natürliche Autorität der Französin zurück.

Umgehend schrieb die feministische Zeitschrift Emma in der März/April-Ausgabe vom «Modell Frankreich» und porträtierte zwei französische Mütter. Eine von ihnen ist die Kunsthistorikerin Anna Hartmann: Sie hat vier Kinder zwischen einem und dreizehn Jahren. Wenige Monate nach jeder Geburt war sie wieder voll an der Arbeit und schickte die Kinder fünf Tage die Woche in die Krippe. Ihre ältere Schwester, eine in Deutschland lebende Kinderärztin, kann das nicht verstehen. «Kennen dich deine Kinder noch, wenn du sie am Abend von der Krippe abholst?», fragt sie. «Pas de problème», beschwichtigt Hartmann, die Kinder gingen nach dem Essen widerstandslos zu Bett. Dann hätten die Eltern Zeit für sich: le temps des grands, nennt man das, die Zeit der Grossen.

«Kleinkinder sollen keine Küken sein, deshalb lassen Mütter sie früh los.»

Kein Problem – wirklich? Eine in Deutschland lebende französische Journalistin, Geneviève Hesse, zeichnete kürzlich in einem Artikel («Mutterliebe auf Französisch», erschienen im Magazin *Emotion*) ein anderes Bild. Es war ein Blick hinter die Kulissen. Sie schreibt von einer Bekannten, die ihr Baby, Marie, mit drei Monaten in die Krippe brachte. Eigentlich hatte sie es sechs Monate stillen wollen. Also brachte sie am ersten Tag die frisch abgepumpte Milch in die Krippe mit. «Keine Lagermöglichkeit», wurde ihr dort beschieden, ausserdem sei es zu wenig, das Kind werde hungern.

Überwindung des Mutterinstinkts

«Hör doch auf damit», riet Hesse ihrer Bekannten, «Marie ist zu klein, um den ganzen Tag von dir getrennt zu sein!» – «Alle machen es so. Es ist normal. Warum sollten wir es nicht schaffen? Ausserdem brauchen wir das Geld», lautete die Antwort der jungen Mutter.

Wochenlang weigerte sich die kleine Marie in der Krippe, aus der Flasche zu trinken. Lieber wartete sie bis am Abend auf die vertraute Brust. Nachts schlief die Mutter kaum noch, weil die Kleine stündlich Nahrung forderte. Am Arbeitsplatz schimpfte der Chef über ihre nachlassende Leistung, und die Kolleginnen fanden es unappetitlich, dass sie auf der Toilette Milch abpumpte. Also hörte sie auf mit Stillen. Mutter und Kind passten sich an.

Was die Französinnen kennzeichne, so Geneviève Hesse, sei die Abschaffung des Mutterinstinkts. Das habe eine lange Tradition. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts brachten reiche gebildete Frauen ihre Kinder nach der Geburt zu einer Amme aufs Land. «Ich bin doch keine Milchkuh», sagen viele Französinnen noch heute. Als Ersatz für die Rolle der *maman* gibt es eine Armada von Fläschchen, *doudous*, wie Kuscheltiere heissen, Schnüffeltücher, Dudelmusik und Parfüms.

Wie man den Mutterinstinkt erfolgreich überwindet, illustriert der Emma-Artikel «Modell Frankreich» am Beispiel von Manon Lenoir. Die Lektorin hat zwei Kinder, eines sechsjährig, das zweite noch ein Baby. Die Mutter erzählt, wie sie das wenige Monate alte Baby eines Morgens in der crèche municipale, der Gemeindekrippe, abgab. Von draussen blickte sie durchs Fenster und beobachtete, wie der Säugling hilflos auf einer Matte lag und sich den Kopf anstiess. Das Baby weinte, doch weil die Betreuerin schon zwei weitere Ankömmlinge in den Armen hielt, konnte sie nichts tun. Lenoir: «Da zuckst du als Mutter natürlich zusammen und würdest am liebsten gleich wieder hinein, aber dem Impuls gibt man dann besser nicht nach.»

Der Emma-Artikel provozierte viele Online-Kommentare. «Mir als Vater von zwei Kindern, dabei eines im Alter von zehn Monaten, blutet das Herz», schreibt Sven. «Traurig» findet es eine andere Kommentatorin, dass französische Eltern die Mahlzeiten getrennt von den Kindern einnehmen – mittags sind die Kinder in der Krippe, am Abend essen sie früher. Und: «Warum sich eine Familie ihres Kindes möglichst oft und lange entledigen sollte, leuchtet mir überhaupt nicht ein.»

Journalistin Geneviève Hesse beschreibt, wie sie in Paris bei einer Freundin zu Besuch



«Ich bin doch keine Milchkuh»: französische

ist. Deren zwei Monate alte Tochter liegt auf der Couch und weint. «Dieses kleine Teufelchen versucht ständig, mich um den Finger zu wickeln, damit ich mich um es kümmere», sagt sie, «es soll lernen, dass es so nicht geht.»

Der Beruf steht an erster Stelle

Während in Deutschland die Wortschöpfung Rabenmutter geläufig ist, hat sich jenseits des Rheins der Begriff Glucke, die *mère poule*, durchgesetzt. Gemeint ist damit eine Mutter, die ihre Kinder überbehütet und mit ihrer Liebe erdrückt. «Kleinkinder sollen keine Küken sein, deshalb lassen Mütter sie früh los. So früh, dass Mutterliebe brutal erstickt», beschreibt Hesse. Deshalb sei es in Frankreich normal, dass Mütter ihre Babys allein ins Gitterbett im oberen Stock des Hauses legten, ohne Babyfon. Das Baby müsse lernen, allein

38 Weltwoche Nr. 24.13



Mutter mit ihrer Tochter am Strand in der Bretagne.

klarzukommen. Die Eltern möchten ihren Aperitif in Ruhe trinken.

Was ist also das Geheimnis der typischen französischen Mutter? «Sie delegiert Mütterlichkeit und Erziehung», so Hesse. Ab drei Monaten in der Krippe und ab drei Jahren in der Vorschule lernten die Kleinen Disziplin und feste Regeln – *le cadre*. Die Kinder wachsen im Kollektiv auf: mit fixen Mittagsschlafzeiten, und bei den Mahlzeiten lernen sie Benimm. Sie lernen sich zu gedulden, weil nicht immer jemand da ist, der sich um ihre momentanen Bedürfnisse kümmert.

Französische Kinder gehorchen besser, wird allenthalben konstatiert. Möglicherweise hat das etwas damit zu tun, dass viele Franzosen ein nach wie vor ungebrochenes Verhältnis zur Körperstrafe haben. Anders als in Deutschland, wo ein Prügelverbot gilt, sprachen sich

2009 in Frankreich 53 Prozent gegen ein solches Verbot aus. Gemäss einer Umfrage der Organisation des familles en Europe gaben 87 Prozent der befragten französischen Eltern an, eine Tracht Prügel gehöre zu ihrem Erziehungsrepertoire.

Anzeichen einer Gegenbewegung

«Das ist auch gut so», sagt die Soziologin Isabelle Bourgeois vom deutsch-französischen Forschungsinstitut der Universität Cergy-Pontoise im Magazin Eltern. «Die Erziehung ist bei uns nicht so soft wie in Deutschland.» Bourgeois hat die Unterschiede zwischen den beiden Ländern analysiert. Wegen der Berufstätigkeit beider Eltern müssten sich französische Kinder von klein auf in die Gesellschaft einfügen. «Die Kleinen sind keine halben Erwachsenen, denen man alles zu erklären versucht. Die

Kinder werden mit dem Klaps auf den Po dazu gebracht, die Spielregeln zu akzeptieren.»

Die Berufstätigkeit der Mutter steht konsequent an erster Stelle. Wenn es sein muss und sie einen wichtigen Termin hat, nimmt die Krippe das Kind auch mit 39 Grad Fieber auf. Frankreich ist europäischer Spitzenreiter im Antibiotika-Verbrauch; er ist mehr als dreimal höher als in der Schweiz. Beim Konsum von Antidepressiva liegt Frankreich ebenfalls weit vorne im internationalen Vergleich. Franzosen schlucken rund 50 Prozent mehr Stimmungsaufheller als die Deutschen.

Für 87 Prozent der französischen Eltern gehört eine Tracht Prügel zum Erziehungsrepertoire.

Ganz so bescheiden scheinen die Ansprüche an eine französische Mutter nicht zu sein: In aller Frühe die Kinder in die Krippe bringen, im Büro einen souveränen Job hinlegen, die Kleinen abends wieder abholen, zu Hause einen Grossteil des Haushalts erledigen – und dabei noch überwältigend aussehen.

Für die Begriffe Mütterlichkeit und Gemütlichkeit gebe es «in der Sprache von Coco Chanel» keine Übersetzung, schreibt Hesse. «Könnte es sein, dass wegen der verdrängten Mütterlichkeit die Erotik und die Wein- und Esskultur in Frankreich einen so grossen Raum einnehmen?», spekuliert die Journalistin. Sie hält es für möglich, dass damit die mangelnde emotionale Bindung und Nähe in der frühen Kindheit ausgeglichen würde.

«So schlimm kann das alles ja gar nicht sein», mögen manche mit Blick auf Frankreichs höchste Geburtenrate innerhalb von Europa einwenden. Doch vielleicht hat dieser Kindersegen nicht bloss mit dem starken Kinderwunsch zu tun: Es gibt auch pekuniäre Anreize. Kindergeld erhält man erst ab dem zweiten Kind (128 Euro), bei weiteren Kindern winken 164 Euro pro Kind. Und mit steigendem Alter steigt das Kindergeld.

Oder haben französische Frauen auch deshalb so viele Kinder, weil ihre Sehnsucht nach Mütterlichkeit nicht erfüllt wird, wie Journalistin Hesse vermutet?

Immerhin sind in Frankreich jetzt Ansätze einer Gegenbewegung sichtbar. Junge Frauen sagen, dass sie den ganzen Stress nicht auf sich nehmen wollen. Sie stillen wieder vermehrt, auch wenn die französische Chef-Feministin Elisabeth Badinter schreibt, die Frau mache sich damit zur «Schimpansin». Kritisiert wird auch der *petit pot* aus fertigem Babybrei; viele junge Mütter kochen ihren eigenen Brei aus Biogemüse. Sogar die Wegwerfwindel steht zur Debatte: Man will zurück zu den Stoffwindeln – die täglich gewaschen werden müssen. Ein Vollzeitjob liegt dann für *maman* bald nicht mehr drin.

Süpertürk des 21. Jahrhunderts

Unter Premier Erdogan hat die Türkei ein faszinierendes Wirtschaftswunder erlebt. Schlüssel des Erfolgs ist eine neue islamische Kultur des Arbeitseifers und des Wissensdurstes. Allerdings sind Teile des Wohlstands durch Schulden und Kredite erkauft. *Von Boris Kálnoky*



Weichensteller: Premier Erdogan vor rund zehn Jahren, als sein Boom begann.

Es ist kein Geheimnis, warum in der Türkei die islamisch gesinnte Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) an die Macht kam: nicht weil die Menschen so fromm waren, sondern vor allem deshalb, weil das Land gerade eine grosse Wirtschaftskrise durchgemacht hatte. Der Bankensektor war Ende 2000 zusammengebrochen, die Inflation davongaloppiert. Infolgedessen jagten die Bürger bei den Wahlen 2002 alle früheren Parteien aus dem Parlament. Die AKP erhielt dadurch, obwohl sie nicht die absolute Mehrheit der Stimmen hatte, zwei Drittel der Abgeordnetenmandate.

Seither hat die Regierung – ab 2003 unter der Führung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan – ein Wirtschaftswunder vollbracht. Das Durchschnittseinkommen verdreifachte sich, die Exportzahlen und das Bruttoinlandprodukt (BIP) explodierten förmlich. Die Türkei avancierte auf Platz siebzehn der grössten Volkswirtschaften und verkündete im vergangenen September, in Zukunft werde man auch Platz zehn schaffen.

Die frühere Abhängigkeit von IWF-Krediten entfiel. Mittlerweile will Ankara dem IWF fünf Milliarden Dollar geben (allerdings im «Notfall» rückrufbar), statt zu nehmen. Kein Zweifel: Die AKP-Regierung unter Erdogan ist wirtschaftlich gesehen die erfolgreichste, die das Land in den letzten Jahrzehnten hatte. Dies ist der wichtigste Grund, warum sie von Wahl zu Wahl ihren Stimmenanteil steigern konnte. Bei den Parlamentswahlen 2011 betrug er 49,8 Prozent.

Nicht alles an dem «Wunder» war freilich der AKP zu verdanken. Die Bankensanierung war im Wesentlichen erfolgt, bevor die AKP an die Macht kam, und bildete eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Banksektor in der Türkei danach auch die grosse Finanzkrise 2008/2009 weit besser überstand als jene in den meisten westlichen Ländern.

Auch der Beitritt der Türkei zur Europäischen Zollunion ab 1996 stellte schon vor dem Aufstieg der AKP eine wichtige Weichenstellung dar. Zwar kam es dadurch zu einem Handelsungleichgewicht – europäische Produkte waren oft wettbewerbsfähiger als türkische –, aber im Laufe der Jahre gelang es türkischen Unternehmen auch, ihre Exporte in die EU zu vervielfachen, insbesondere in der Textil- und der Autoindustrie, wo mittlerweile deutsche Hersteller wie Audi und Mercedes intensiv mit türkischen Zulieferern zusammenarbeiten.

Die erstaunlichen Wachstumszahlen der türkischen Wirtschaft – die lange an chinesische Werte erinnerten – waren aber auch eine Folge politischer Entscheidungen der AKP. 2004 gelang es dank intensiver Reformbemühungen der Regierung Erdogan, die EU davon zu überzeu-

gen, dass die Türkei auf dem richtigen Weg war, und Beitrittsverhandlungen zu initiieren. Die Folge war eine Welle europäischer Direktinvestitionen. Tausende Unternehmen begannen, in der Türkei Geschäfte zu machen. Gutqualifizierte Euro-Türken erwiesen sich als wertvolles Humankapital für westliche Firmen, die im neuen Boomland reüssieren wollten.

Kreditkarten für alle

Der türkische Reformeifer liess ab 2006 jedoch jäh nach. An drei grossen politischen Fronten, die allesamt wenig vereinbar waren mit weiteren Reformen, wollte die AKP sich durchsetzen. Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hatte im Jahr 2004 ihren seit Ende der neunziger Jahre geltenden Waffenstillstand aufgehoben, und nun wollte die Regierungspartei hart zuschlagen - dazu brauchte man das Instrumentarium polizeistaatlicher Antiterrorgesetze, die ganz bestimmt nicht EU-kompatibel waren. Gleichzeitig wollte man die politische Macht der Armee brechen. Das Ziel war zwar EU-konform, die gewählten Mittel aber nicht. Mit Massenprozessen wurden neben tatsächlichen Fieslingen im Dunstkreis der Armee auch jede Menge Regierungskritiker weggesperrt und ihre Familien durch die Prozesskosten ruiniert. Die dritte Front war die zunehmende Islamisierung der Gesellschaft (was die Regierung als «Normalisierung» bezeichnete).

Damit einher ging ab 2009 eine sogenannte Öffnung nach Osten, eine Hinwendung zu den muslimischen Ländern und ihren Märkten. Und ab 2010, als Begleitmusik, ein ausserordentlich harter Konfrontationskurs gegenüber Israel. Die Regierung erlaubte Aktivisten aus dem Umfeld der islamischen Milli-Görüs-Bewegung, der Erdogan selbst entstammt, eine gewaltbereite «Hilfsflotte für Gaza» zu starten. Neun Militante wurden erschossen, als israelische Kommandos das Flaggschiff «Mavi Marmara» stürmten.

Wirtschaftlich rechnete sich zunächst all dies. Zwar ging der Handel mit Israel zurück, auch kamen kaum noch israelische Touristen.

Dafür strömten Hunderttausende wohlhabende Araber ins Land, um für viel Geld einzukaufen. Der Handel mit den Nachbarländern vervielfachte sich. Der Irak wurde zu einem der grössten Handelspartner: weil Erdogan beschloss, mit der dortigen autonomen kurdischen Führung den Ausgleich zu suchen, statt Angst zu haben vor einem entstehenden kurdischen Staat. Seither sind es vor allem türkische Firmen, die in «Kurdistan» alles bauen, was dort errichtet werden soll, und alles verkaufen, was dort zu kaufen ist.

Mit allen anderen Ländern der Region vereinbarte Erdogan die Abschaffung von Zollschranken, die Rede war gar von einer Freihandelszone und einer Wirtschaftsunion, deren Umrisse allmählich jenen des alten Osmanischen Reiches zu ähneln begannen.

Dann kam der arabische Frühling, und alle Pläne für eine islamische Wohlstandszone brachen in sich zusammen. Libyen zerfiel im Bürgerkrieg; in Syrien ist Frieden in absehbarer Zeit nicht zu erwarten; in Ägypten sind türkische Firmen zwar weiterhin sehr aktiv, aber nur deswegen, weil die Türkei der Regierung in Kairo Milliardenbeträge leiht, um diese Aufträge bezahlen zu können. Ägyptens neuer «starker Mann», Präsident Mohammed Mursi, will zudem die Führungsrolle in der Region, die Erdogan für sich beansprucht.

Insofern beschloss Erdogan, nun doch wieder stärker die EU-Beitrittsverhandlungen voranzutreiben. Am vergangenen Wochenende wurde zu diesem Zweck eine «Istanbul-Konferenz» vom türkischen EU-Ministerium organisiert. Nur brach leider zu genau der Zeit die Protestbewegung gegen die Regierung los, die zunächst einen «türkischen Frühling» denkbar erscheinen liess.

Doch bis dahin ist der Weg noch weit, nicht zuletzt deswegen, weil in der Türkei nicht eine Generation demonstriert, die keine wirtschaft-

Die Menschen haben dreimal mehr Einkommen, aber zehnmal mehr Schulden.

lichen Perspektiven für sich sieht, sondern eine Jugend, die den paternalistischen, fromm-konservativen Ton Erdogans nicht mag und vor allem auch nicht seinen Versuch, dem Land seinen kulturellen Stempel aufzudrücken.

Zwar schien die Polizei ab Dienstag wieder etwas mehr Herr der Lage zu werden, aber wenn die Proteste anhalten, könnte das auch das türkische Wirtschaftswunder hart treffen – und damit auch die politische Macht Erdogans. Nach Auskunft türkischer Hoteliers gab es letzte Woche Stornierungsraten zwischen 30 und 50 Prozent, besonders für Istanbul, aber auch an der sogenannten türkischen Riviera. Die Buchungen für die Hauptsaison Juli/August seien jedoch noch nicht betroffen.

Es gibt aber andere Aspekte, die das Wirtschaftswunder bremsen könnten. Vor den Wahlen 2011 begannen die Banken, wahllos Kreditkarten an jeden zu verteilen, der sich dazu überreden liess: Studenten, Putzfrauen ohne gesichertes Einkommen, Arbeitslose – Unterschrift genügte. Die Zinsen waren hoch. Viele konnten die Schulden nicht zurückzahlen und holten sich eine zweite Kreditkarte, um die erste abzuzahlen. Und dann eine dritte für die zweite.

Schon Jahre davor war der private Schuldenstand explodiert, als türkische Geschäfte und Banken ein neues Kreditmodell begannen: Man kaufte auf Raten per Kreditkarte. Einmal die Karte durch den Kartenleser ziehen, und schon hatte man den Plasmafernseher. Der Händler bekam den vollen Kaufpreis von der Bank sofort überwiesen, aber die Bank zog es

dem Käufer nur auf Raten ab. All dies trieb das Bruttosozialprodukt in die Höhe, Jahr für Jahr, mit Wachstumsraten über 7 Prozent. 8,8 Prozent betrug das Wachstum im Jahr 2011.

Nun wird es aber deutlich weniger: 2,2 Prozent im 2012. Und wenn man genau hinsieht, beginnt der gestiegene private Schuldenstand die Privatkonsumblase anzustechen. Die Menschen mögen dreimal mehr Einkommen haben als vor zehn Jahren, aber sie haben zehnmal mehr Schulden. Private Schulden gab es vor Erdogans Wirtschaftspolitik fast gar nicht.

Zwar steigt das BIP weiterhin, aber nicht mehr der private Konsum - das Wachstum kommt nun vor allem von gestiegenen Staatsausgaben, unter anderem für Grossprojekte wie jene, die nun die Protestbewegung gegen Erdogan auslösten. Diese Ausgaben müssen finanziert werden. Das Geld dafür kommt vor allem aus dem Nahen Osten, aber es ist sogenannt heisses Geld, kurzfristig angelegt, das schnell abgezogen werden kann. Die Staatsschulden waren in den letzten Jahren im Verhältnis zum BIP relativ gering (36 Prozent), aber vor allem deswegen, weil das BIP so dynamisch stieg. Wenn das jetzt abnimmt, aber die Staatsausgaben und die Schuldenaufnahme steigen, dann dürften sich auch die Aussichten etwas eintrüben und die Investoren ihre geparkten Milliarden abziehen.

Geheimnis des Aufstiegs

Aber eine treibende Kraft des türkischen Wirtschaftsaufschwungs bleibt bestehen. Es ist die Arbeitsmoral eines reformierten Islam. Zusammen schufen die islamische Bewegung Milli Görüs und die Anhänger des Predigers Fethullah Gülen eine neue islamische Wirtschaftskultur: Milli Görüs, indem sie alle Muslime dazu aufrief, entweder Händler und Unternehmer zu werden - oder aber nur bei solchen muslimischen Unternehmen zu kaufen. Und Gülen tat dies, indem er alle aufforderte, sich dem Weg der Bildung zu widmen und dann Arbeit in den Institutionen des Staates zu suchen. In der Mischung entstand eine neue islamische Kultur des Arbeitseifers und des Wissensdurstes. Es ist das, was die türkische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren vorantrieb, mindestens so sehr wie alle Handelsverträge.

Es gibt aber auch Schattenseiten, die ebenfalls eine Ursache der jetzigen Proteste sind. Das Denken und Handeln in muslimischen Seilschaften fördert Korruption und Vetternwirtschaft sowie eine einseitige Konzentration politisch-wirtschaftlicher Macht in den Händen der AKP. Am Ende wird man nicht nur eine freiere Gesellschaft, sondern auch freieren Wettbewerb brauchen, um weiter voranzukommen. Letzten Endes wird Erdogans Macht dann zerbrechen, wenn er nicht mehr das geben kann, wofür ihn die Menschen an die Macht brachten: mehr Geld, Jobs und Zukunftsperspektiven.

Boris Kálnoky ist Türkei-Korrespondent der Welt.

Weltwoche Nr. 24.13 41

Was dem Islam fehlt

Ist der Islam ein «versteinerter Totalitarismus», wie der bedeutende Schweizer Historiker Herbert Lüthy schrieb? Oder kann sich die Religion der Muslime mit der Moderne versöhnen? Es gibt gewisse Anzeichen, die optimistisch stimmen. *Von Peter Ruch*



Das Rad der Zeit wurde zurückgedreht: Jugendliche in Kairo.

Der deutsch-ägyptische Politologe und Historiker Hamed Abdel-Samad, der kürzlich untertauchen musste, weil gegen ihn nach einem Vortrag in Kairo ein Mordaufruf ergangen ist, erinnert sich in seinem Buch «Der Untergang der islamischen Welt», dass seine Tante aus Kairo vor dreissig Jahren im Dorf am Nil im Minirock auf Besuch kam und auf der Strasse rauchte. Heute sei ihre Tochter ebenso verschleiert wie ihre Mutter, und die Mutter bitte Gott um Verzeihung für die Sünde von damals. Wer vor vierzig Jahren durch Kairo, Teheran oder Kabul spazierte, wird die Städte heute kaum wiedererkennen. Abgesehen von den doppelten Einwohnerzahlen wurde das Rad der Zeit oder die Modernisierung zurückgedreht. Während damals kaum eine verschleierte Frau zu sehen war, sind heute praktisch alle «islamisch korrekt» unterwegs.

Schon 1922 schrieb der Ökonom und Philosoph Ludwig von Mises, Islam und Judentum seien tote Religionen und böten ihren Anhängern nichts als Gebetsregeln und Vorschriften. Mitte der fünfziger Jahre erklärte Herbert Lüthy, einer der bedeutendsten Schweizer Historiker, der Islam sei ein alt gewordener und versteinerter Totalitarismus. Islam heisse Unterwerfung, nicht nur unter ein religiöses Bekenntnis, sondern unter ein religiöses, politisches, juristisches und soziales System. Mohammed sei Religionsstifter, Prophet, Staatschef und Eroberer in einem gewesen. Seit dem 14. Jahrhundert habe die westarabische Zivilisation keinerlei Leistung mehr hervorgebracht und keine Persönlichkeit ausser Kriegsführern, Despoten und Imamen.

Solche Einschätzungen gelten heute als unkorrekt. Angesichts der Entwicklungen in Tunesien, Ägypten und in Syrien stellt sich jedoch die Frage, ob und wie sich der Islam mit der Moderne – ausser auf der Konsumebene – versöhnen kann. Wie kann seine Theologie auf die Gläubigen ausstrahlen, die den Alltag mit Autos, Computern und Hightech verbringen?

Kunst der Auslegung

Seit je hat der Islam mit seinen Bildungsstätten die Interaktion mit der Welt gescheut. Hier besteht ein Unterschied zum Christentum, wo viele Universitäten aus theologischen Fakultäten hervorgegangen sind. In den meisten europäischen Universitäten ist die Theologie integriert. Das bietet die Chance, an den unterschiedlichen Auffassungen über Wissenschaftlichkeit zu arbeiten. Auch im arabischen Raum gab es im 19. Jahrhundert Bestrebungen, Glauben und Denken miteinander in einen Dialog zu bringen. Muhammad Abduh

(1849–1905) wollte die traditionsreiche Koranschule Azhar in Kairo zu einer Universität mit verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen ausbauen. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand der Geistlichkeit. Später hielten moderne Universitäten in die neuen Quartiere von Kairo Einzug. Sie betreiben wissenschaftliche Lehre und Forschung, während die Azhar einen seit Jahrhunderten angehäuften Lernstoff konserviert. Eine Interaktion gibt es kaum.

Dem Islam fehlt es an Hermeneutik. Hermeneutik ist die Kunst der Auslegung (griechisch hermeneuein: «deuten»). Sie ist in den Literaturwissenschaften so unerlässlich wie in der Jurisprudenz. Die jüdisch-christliche Tradition kennt sie als Auslegung der heiligen Schriften. Daraus ergab sich unter Juden schon früh ein hoher Alphabetisierungsgrad und ein einzigartiges Bildungsniveau. Auch vom Christentum westlicher Prägung ist die Theologie nicht wegzudenken. Sie dient letztlich immer dem Brückenschlag zwischen der Heiligen Schrift und der Gegenwart. Da die Entstehung der Bibel mehr als ein Jahrtausend umspannt, beginnen hermeneutische Prozesse bereits in ihr selber. Die alttestamentlichen Propheten beriefen sich auf die jüdische Thora. Jesus Christus zitiert und interpretiert Gesetzespassagen. Die Hermeneutik mit ihren Kontroversen blieb stets im Zentrum christlichen Denkens.

Harmonie und Isolation

Muslimische Dichtung, Architektur und bildende Künste zeigen dagegen eine starke Tendenz zur Ausgewogenheit. Die Welt erscheint als Abglanz einer Gesamtharmonie, in die sich alles einfügt. Teppiche und Gärten, Ornamente, Kalligrafien und Märchen, alles soll Gottes gute Schöpfung unablässig widerspiegeln. Das Drama und der Roman mit ihren Spannungsfeldern spielen in der arabischen Literatur kaum eine Rolle.

Von dieser faszinierenden Denkwelt mitsamt dem Koran entfernt sich die Realität immer rascher. Die islamischen Konfessionen sind unterschiedliche Versuche, die Kluft zwischen dem Koran und der Gegenwart zu überbrücken. Die Schiiten glauben an den Brückenschlag durch die Imame, denen Gott die Schrift und die Tradition enthüllt und die er in die göttlichen Mysterien einweiht. Daraus ergeben sich enorme Autoritäts- und Machtballungen, wie das Beispiel Iran zeigt. Der Sunnismus, dem die Mehrheit der Muslime anhängt, begegnet der hermeneutischen Herausforderung durch die wörtliche Erklärung des Korans und der Tradition (Sunna) sowie durch die Rechtspflege (Scharia). Weil die Glaubens- und Pflichtenlehre des Korans unvollständig ist, bedarf sie der Ergänzungen durch die Tradition. Als oberste Zeugen für ausserkoranische Aussagen Mohammeds gelten seine Zeitgenossen, die mit ihm in Berührung kamen. Im zweiten Rang stehen die Überlieferungen der nächsten Generation. Von dieser stammt ein grosser Teil der mündlichen Sunna. Die rasche Ausbreitung in den ersten drei Jahrhunderten rief nach neuen Regelungen. Im 9. Jahrhundert reduzierte der Theologe al-Buchari 300 000 Einzelüberlieferungen auf deren 10 000.

Die Scharia repräsentiert den göttlichen Willen, wie er dem Propheten Mohammed offenbart wurde, und ist eine umfassende Lebensordnung. Nach traditioneller, inzwischen allerdings umstrittener Auffassung gehört sie zwingend zur islamischen Religion. Das islamische Recht wird nicht von einem staatlichen Gesetzgeber erlassen, sondern von gelehrten Juristen entwickelt, an deren Spitze der Kadi steht. Es gibt keine Berufungsinstanzen. Ein solches Rechtssystem kommt selbstredend ohne Hermeneutik aus.

Mit dem Untergang der Abbasiden-Dynastie und der Zerstörung Bagdads 1258 folgten Jahrhunderte der introvertierten Zurückhaltung. Erst Napoleon schreckte 1798 mit der Invasion Ägyptens die arabischen Völker wieder auf. Aber diese Europäer zogen nicht mehr um des Glaubens willen in den Krieg, sondern trugen ihre inneren Konflikte auf orientalischen Schlachtfeldern aus.

Kostbare Schriften gingen in Flammen auf

Der Zusammenprall mit dem religiös indifferenten, aber technisch und zivilisatorisch ungeheuer dynamischen Westen löste im Orient, der selbst stagnierte, eine Krise aus, die bis heute andauert. Zwischen der Freiheit, mit höherem Lebensstandard, und der Sorge, dadurch das Kostbarste, nämlich die islamische Seele, zu verlieren, tut sich ein garstiger Graben auf. Die Reformversuche im 19. Jahrhundert vermochten ihn nicht zu überbrücken. Es folgte der Rückgriff auf den vermeintlichen Ur-Islam durch die 1928 gegründeten Muslimbrüder - unter Anwendung europäischer Aktionsmittel und Waffen. Die islamische Welt bleibt zwischen der Hinneigung zum Westen und dem Aberwillen gegen ihn hin und her gerissen. Diese Gleichgewichtsstörung hat sich nach der Schaffung des Staates Israel zugespitzt. Der Islamismus hat eine enorme Anziehungskraft, obwohl er im Kern nicht religiös orientiert ist.

Der 1930 in Syrien geborene Dichter Ali Ahmad Said Esber, der mit siebzehn Jahren den Namen Adonis angenommen hatte, kritisiert durchaus die Politik des Westens, bezeichnet jedoch die Islamisten unverblümt als moderne faschistische Bewegung. Die Islamisten selber gaben ihm unlängst recht, als sie in Mali den Hauptsitz des islamischen Instituts Ahmed Baba mit kostbarsten islamischen Handschriften in Brand steckten und damit ihre Geringschätzung der Religion bewiesen.

Beispiele zeigen, dass es innerhalb des Islam auch anders geht. Die muslimische Juristin und Menschenrechtlerin Seyran Ates grenzt ihren Glauben an Gott ab von der Kritik, der dieser Glaube ausgesetzt ist, und plädiert für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung. Jede Wahrheit müsse kritisierbar sein. Ein Blasphemieverbot wäre für Ates fatal, denn eine Religionsgemeinschaft sollte sich aus eigener Kraft in einer freien Gesellschaft behaupten können. Es gebe im Westen eine verhängnisvolle Tendenz, vor Fundamentalisten einzuknicken. Diese wollten jedoch Demokratie, Freiheit und Zivilgesellschaft zurückdrängen.

Der in Tunis geborene Schriftsteller Abdelwahab Meddeb («Die Krankheit des Islam») will ausdrücklich «vor der eigenen Tür kehren». Das hindert ihn nicht, dem Westen Ausgrenzung der islamischen Zivilisation vorzuwerfen und auf die Toleranz im Islam überzeugend hinzuweisen. Er wendet am Koran sprachliche und historische Methoden an, wie sie auch in der christlichen Theologie üblich sind. Meddeb erlebte als Kind in Tunis die Entschleierung der Frau mit und lastet die Wie-



«Verhängnisvolle Tendenz»: Juristin Ates.

derverschleierung weniger dem Islam als dem Brauchtum an. Er ortet die Quelle der fundamentalistischen Welle im wahhabitischen Saudi-Arabien, wo archäologische Spuren von früheren islamischen Epochen jeweils eilends zubetoniert werden.

Differenzierte Betrachtungen braucht nicht nur der Islam, sondern auch der Westen. Die Islamwissenschaften zeigen eine hohe Bereitschaft, der staatlichen Multikulti-Romantik zuzudienen. Damit ist der freiheitlichen Gesellschaft nicht gedient und den Muslimen schon gar nicht. Ein friedliches Nebeneinander und Miteinander erfordert keine billige Harmonisierung, sondern exegetische Kleinarbeit und geistige Grösse. Solche gibt's unter Muslimen ebenso wie unter Christen.

Peter Ruch ist reformierter Pfarrer in Küssnacht am Rigi.



«Blockbuster mit gewisser Substanz»: Regisseur Forster (M.), Hauptdarsteller und Produzent Pitt (r.).

Apokalypse der Gerüchte

Pannen auf dem Set von «World War Z» und explodierende Kosten drohten die Hollywoodkarriere des Schweizer Regisseurs Marc Forster zu begraben. Es kam anders. *Von Beatrice Schlag*

Der Klatsch waberte mehr als ein Jahr lang. Die Ausgangslage war hervorragend. Brad Pitt, der noch nie in seiner Karriere für Actionfilme mit Sequels zu haben war, warb den in der Schweiz aufgewachsenen Marc Forster für die Verfilmung von «World War Z» an. Fortsetzungen waren im Gespräch. Pitt hatte die Rechte am hochgepriesenen Science-Fiction-Roman von Max Brooks, dem Sohn von Komiker Mel Brooks, 2006 für seine Produktionsfirma Plan B erworben. «Inzwischen muss Brad Pitt es heftig bereut haben, seine Firma so genannt zu haben», höhnte der britische *Guardian* in einem Artikel mit dem Titel «‹World War Z»: Verursacht Brad Pitt das teuerste Desaster aller Zeiten?»

Dass Brad Pitt sich für die Verfilmung des düsteren Epos über einen weltweiten Zombie-Aufstand ausgerechnet den Schweizer Regisseur Marc Forster gewünscht hatte, war vielen ein Rätsel. Forster hat bei Schauspielern einen ausgezeichneten Ruf. Halle Berry verdankte der Regie des in Hollywood damals noch wenig bekannten Schweizers 2002 ihren Oscar für «Monster's Ball». Johnny Depp und Kate Winslet drehten «Finding Neverland» mit ihm, Ewan McGregor und Ryan Gosling spielten in «Stay», Emma Thompson und Queen Latifah glänzten in «Stranger than Fiction». Forsters herausragende Verfilmung des Bestsellers «The Kite Runner» (2007) begeisterte die Kritik einhellig.

Aber war Marc Forster, Meister der feinen Töne und Nuancen, tatsächlich der geeignete Regisseur für einen Actionfilm mit Tausenden von Statisten? Sein Film «Quantum of Solace», der zweite Bond-Film mit Daniel Craig, war zwar ein Kassenerfolg, stiess aber bei Kritik und Publikum auf deutlich weniger Gegenliebe als der Vorgänger «Casino Royale». «Ein Muster an Mittelmässigkeit», schimpfte das Wall Street Journal. «Forster hat keinerlei Gefühl für Actionszenen», spottete Slate, «statt der vielen Verfolgungsjagden könnte man auch ein Schild zeigen mit der Aufschrift «Hier Action einfügen».»

Fans waren entsetzt

Als Forster von Plan B den Brooks-Roman zugeschickt bekam, war er begeistert. «Es gibt keine bessere Metapher für das Unbewusste als die Untoten», sagte er in einem Interview mit *Vanity Fair*. Anhand der Zombies könne man Probleme wie Überbevölkerung oder Konsumverhalten veranschaulichen, für die grosse Teile der Weltbevölkerung einfach taub seien. «In diesem Sinn empfand ich es als unglaubliche Chance, einen Blockbuster drehen zu können, der auch eine gewisse Substanz hat.» Mit der inzwischen vorliegenden Drehbuchversion des Romans konnte der Regisseur allerdings wenig anfangen. «Forster wollte einen riesigen Action-Blockbuster machen. Aber wenn man

nur einen hohlen ‹Rambo versus Zombies›-Film drehen will, warum nimmt man dann als Vorlage ein so elegantes, kluges Buch?», fragte Drehbuchautor J. Michael Straczynski, der langjährige Erfahrung mit Horror- und Sci-Fi-Stoffen hat. Er wurde durch Matthew Michael Carnahan ersetzt, der den Familienvater Gerry Lane als Helden ins Zentrum der Handlung stellte. Der ehemalige Uno-Experte Lane sollte den Kampf gegen die Zombies anführen.

Fans des Romans «World War Z» waren entsetzt. Bei Max Brooks gab es keinen Gerry Lane. War es das, was Hollywood aus dem raffinierten Roman machen wollte? Eine dumpfe Saga über einen besorgten Familienmann, der die Welt mehr oder weniger im Alleingang vor den Zombies rettet? Brad Pitt dagegen war begeistert. 2010 willigte er ein, Gerry Lane zu spielen. Das wiederum entzückte Paramount-CEO Brad Grey, ehemals Partner von Pitts Firma Plan B: «Brad, der zu seiner Familie zurückkehrt, nachdem er die Untoten besiegt hat - das scheint mir interessant.» Mindestens ebenso interessant wie ein Star namens Brad Pitt in der Hauptrolle war die Aussicht auf einen Film, der auf verschiedenen Kontinenten spielt und damit international leicht zu vermarkten ist. Paramount bewilligte ein Budget von 150 Millionen Dollar. Nie war für einen Zombie-Film auch nur annährend so viel Geld

zur Verfügung gestellt worden. Allerdings verliess sich Paramount nicht ausschliesslich auf Forsters Regie. Das Studio stellte dem Schweizer und seinem Produzenten Brad Pitt eine ganze Crew von Technikern mit Erfahrung in Actionszenen und Special Effects zur Seite. Das heisst, dass Forster nicht mit seinem gewohnten Team arbeiten konnte.

Die Dreharbeiten begannen im Juni vor zwei Jahren in Malta, wo eine der grossen Schlachtszenen mit den Zombies gedreht wurde. Laut Medienberichten in Malta wurden für den dreiwöchigen Dreh rund 45 Tonnen Ausrüstung und Kulissen eingeflogen, 25 Container per Schiff herangeschafft und vor Ort etwa 900 Komparsen angeheuert. Im letzten Moment wurde der Drehort von einem abgelegenen Gelände in die Docks der Hauptstadt Valletta verlegt.

Der Schluss war bei Drehstart offen

Die Organisatoren waren überfordert, die Pannen begannen sich zu häufen. Kostbare Drehzeit ging verloren, weil nicht genug Verpflegung für die Komparsen beschafft worden war. Ganze Stapel unbezahlter Rechnungen wurden erst nach Abreise der Filmcrew aufgefunden. Noch bevor die Dreharbeiten in Grossbritannien und Schottland fortgesetzt wurden, war das 150-Millionen-Budget bereits überzogen. Und noch immer fehlte im Drehbuch ein überzeu-

gender Schluss. Marc Forster sagt, über die zu hohen Ausgaben habe ihn niemand informiert. Aber das sei nicht ungewöhnlich. «Regisseure wissen, was auf dem Set vor sich geht. Aber sie werden von den Produzenten immer ferngehalten von Diskussionen hinter verschlossenen Türen und nur bedingt informiert.»

In Hollywoods Gerüchteküche stiegen die Temperaturen. Dazu ist zu sagen, dass die Filmstudios sich gegenseitig scharf beobachten und jeder Klatsch von der Konkurrenz mit Wonne aufgebauscht wird. Dass es bei «World War Z» tatsächlich ernsthafte Probleme gab, wurde klar, als der ursprünglich für Dezember 2012 geplante Filmstart um ein halbes Jahr verschoben wurde. Das Urteil über den ersten Rohschnitt, den Forster dem Studio gezeigt hatte, war einhellig: Die letzten fünfzig Minuten des Films funktionierten nicht. Damon Lindelof, Autor der TV-Serie «Lost», wurde um Rat gefragt. Sein Lösungsvorschlag: entweder den Film mit vorliegendem Material umschneiden oder dreissig bis vierzig Minuten nachdrehen für eine emotional überzeugende Fassung.

Überraschenderweise war Paramount gewillt, den Nachdreh mit etwa 20 Millionen zu finanzieren. Die Kosten waren inzwischen auf geschätzte 250 Millionen Dollar angeschwollen. Das Marketing würde zusätzliche 150 Millionen verschlingen. «World War Z», inzwi-

schen der teuerste Hollywoodfilm aller Zeiten, muss also 400 Millionen Dollar einspielen, um keinen Verlust zu machen. Die Konkurrenz rieb sich die Hände und verbreitete das Gerücht, Brad Pitt und Marc Forster seien so verkracht, dass sie kein Wort mehr miteinander wechselten, was Forster schon vor Monaten dementierte.

Am 2. Juni schritt ein strahlender Brad Pitt mit Angelina Jolie in London zur Premiere von «World War Z» über den roten Teppich. Marc Forster schien ebenfalls entspannt. Der Star und sein Regisseur umarmten einander, um die Gerüchte definitiv aus der Welt zu schaffen. Dann erschienen die ersten Kritiken über den Desaster-Film - und waren verblüffend gut. Nicht alle stimmten in den Jubel des Fachblatts Variety ein, das «World War Z» als «kluge, packende und einfallsreiche Bereicherung des Zombie-Genres» pries und den Film als «ungewöhnlich ernsthafte Sommerunterhaltung» empfiehlt. Aber gnadenlose Verrisse blieben, anders als bei «Quantum of Solace», bisher aus. Und Forsters Bond spielte trotz eher schlechter Presse allein an den Kinokassen weit über 570 Millionen Dollar ein. Kein schlechtes Omen für die Zombie-Apokalypse.

World War Z läuft am 27. Juni in der Schweiz an. Dann erscheint in der *Weltwoche* die Rezension unseres geschätzten Kollegen Wolfram Knorr.



3360 Kilometer Schwerstarbeit

Die Tour de France überlebte den Kaiser, die Weimarer Republik, Hitlers Tausendjähriges Reich und viele Dopingskandale. Kurz vor dem Start zur hundertsten Austragung windet unser Autor, legendärer Sportreporter und 42-facher Tour-Reporter, der «Grande Boucle» ein Kränzchen. Von Sepp Renggli

Derweil die Tour de Suisse zurzeit ihren achtzigsten Geburtstag feiert, bereitet sich die Tour de France auf ihre hundertste Reise durch die Grande Nation vor. Sie beginnt am 29. Juni auf Korsika und endet am 21. Juli auf den Champs-Elysées. Das berühmteste Radrennen hat viele Namen. Die Franzosen nennen es «Grande Boucle», die Deutschen «Grosse Schlaufe» und die am Galibier nach Luft schnappenden Nachzügler «Menschenschinderei». Tieren würde man solche Qualen nicht zumuten, Tierschützer hätten längst protestiert. Der ehemalige Festina-Mannschaftsarzt Eric Ryckaert sagte 1998, noch vor dem grossen Dopingskandal: «Nach einer Bergetappe sind die Fahrer am Ziel dermassen erschöpft, dass sie im medizinischen Sinn krank sind. Der ganze Stoffwechsel ist aus den Fugen, es fehlt ihm an allen möglichen Stoffen, die der Körper innert nützlicher Frist nicht ersetzen kann. In dieser Situation hat jeder Athlet Anrecht auf medizinische Hilfe.»

Medizinische Hilfe? Einst pedalten die Velozipedisten ohne akademische Unterstützung. Ihre Gehilfen waren Muskelkneter, die sich Pfleger nannten. Sie machten mit allerlei Pillen, Kapseln, Pastillen, Pülverchen und Wässerchen dem Hammermann den Garaus. Ihre Nachfolger kamen von der Universität. Ärzte versuchten die Leistungen mit neuen Methoden zu steigern. Fehldiagnose! Der Radsport wurde zum Patienten der Mediziner. Doch jetzt scheint er allmählich zu genesen. Allerdings warten noch immer irgendwo tiefgekühlte Blutkonserven auf Abnehmer, und irgendwer schätzt des Epos Wunderwirkung weiterhin höher ein als das griechische Heldengedicht gleichen Namens. Wegen Nebenwirkungen und Risiken erkundige man sich bei Dr. Fuentes (Spanien) oder nehme am 14. Juli an Europas spektakulärstem Open-Air am Mont Ventoux selbst einen Augenschein. Keine Packungsbeilagen erhältlich.

Mit Velopumpen gegen Bären

Nach wie vor kommt im Radrennsport des dritten Jahrtausends vielen vieles spanisch vor. Doch die Negativmeldungen über Positivmeldungen scheinen die Tour de France nicht negativ zu beeinflussen. Sie lebt seit 1903 von tausend Skandalen und Skandälchen, von Bruchlandungen im Strassengraben und glorreichen Siegern. Die Tour de France, das ist Frankreich im Hochsommer, das sind Episoden vom Reifenschaden in der Provence bis zum Drama am Mont Ventoux, vom Hungerast bis zum Todessturz. Die Namen der Hauptdarsteller wechseln. Merckx statt Ga-

rin, Hinault statt Coppi, Wiggins statt Indurain, Zülle statt Koblet. Siebenmal pedalte Lance Armstrong voraus; seine beiden Namensvetter Louis Daniel «Satchmo» und Monderoberer Neil Armstrong sind mir sympathischer.

Je öfter die Tour de France totgeschrieben wurde und wird, desto mehr Enthusiasten begrüssen sie jubelnd entlang der heuer 3360 Kilometer langen Route. François Hollande sollte unpopuläre Beschlüsse im Juli bekanntgeben, wenn sich die Franzosen eher für das Geschehen am Tourmalet und Galibier interessieren als für die Ereignisse in Mali. Sogar das gleichzeitig stattfindende Wimbledon-Tennisturnier mit etlichen französischen Stars unterliegt im Ringen um die Publikumsgunst dem Velorennen.

Die Kulisse entscheidet. Hier Regen, Sturm, Sonnenglut, Berge und Maloche, sechs Stunden nonstop auf dem harten Sattel. Dort topfebener Rasen, Frottiertuch-Intermezzi im Minutentakt, Ruhepausen nach drei Games unter von Kindern gehaltenen Sonnenschirmen, Flucht ins Trockene vor dem Regen. Der Tour-de-France-Sieger erhält nach 22 Tagen 550 000

Tieren würde man solche Qualen nicht zumuten – längst hätten Tierschützer protestiert.

Franken Lohn, die Beste und der Beste kassieren in Wimbledon nach zwei Wochen je 2290000 Franken. Stefanie Vögele schied am French Open in Paris früh aus und kehrte 60000 Dollar reicher in den Aargau zurück. Der 91. im TdF-Gesamtklassement erhält in Paris nach 3360 Kilometer Schwerstarbeit 500 Franken. Diesen Superlativ haben die Juso in ihrer 1:12-Propaganda bisher verpasst: 1:4580 zwischen dem armen Veloprofi und der siegreichen Tennis-Lady.

Seit 1903 liessen 206 Schweizer (Laurent Dufaux elf- und Erich Mächler zehnmal) die soziale Ungerechtigkeit über sich ergehen. Neunmal stand ein Eidgenosse in Paris auf dem Podest. An 68 Tagen, Fabian Cancellara 29-mal, fuhr *un petit Suisse* im gelben Trikot um die Grande Nation, deren zwei, Kübler und Koblet, bis zum letzten Meter. Ferdy Kübler, der älteste noch lebende Tour-de-France-Sieger, geboren am 24. Juli 1919, verdiente 1950 eine Million Francs. Damit hätte er sich in Frankreich 28 500 Kilo Brot kaufen können.

Im Vergleich zur Radsport-Steinzeit ist die «Tortour» nur noch eine Tour. Aus den Geissenwegen wurden Billardstrassen. 2013 misst die längste Etappe, Givors-Mont Ventoux, 242 Kilometer, 1923 war der Sieger der 482-Kilometer-Reise von Les Sables-d'Olonne nach Bayonne 20 Stunden, 16 Minuten, 56 Sekunden unterwegs. Grösster Vorsprung im Gesamtklassement: 1903 (Maurice Garin), 169 Minuten; kleinster Abstand: 1989, Greg Le Mond 8 Sekunden (zirka 80 Meter) vor Laurent Fignon nach 3285 Kilometern. 1904 wurden die ersten vier disqualifiziert. Sie benützten den Zug und kamen zügig vorwärts. 1910 standen zum ersten Mal die Pyrenäen und 1911 die Alpen im Weg. Sowie einige Bären. Die Pedaleure verscheuchten sie mit ihren Velopumpen. Bis 1936 mussten die Gladiatoren am Fuss des Berges absteigen und das Hinterrad umdrehen. Seit 1947 gestatten die Organisatoren den automatischen Übersetzungswechsel mittels eines kleinen Hebelchens.

Weil 1909 in Metz mehrere Zuschauer die Marseillaise sangen und der Musikverein den Marsch «Le Régiment de Sambre et Meuse» spielte, verbot Deutschlands letzter Kaiser der fremden Rennerei 1910 die Einreise. Nichtsdestotrotz überlebte sie den Kaiser, die Weimarer Republik, Hitlers Tausendjähriges Reich, Elsass-Lothringens Verbleib bei Deutschland und das Konkurrenzunternehmen Deutschland-Rundfahrt. Sie war 1939 1500 km länger als die Tour de France und hiess «Grossdeutschland-Rundfahrt». Später schrumpfte sie zur Kleindeutschland-Rundfahrt und 2009 zur Keindeutschland-Rundfahrt.

Obwohl am 1. Juli 1903 unter den 60 Premiere-Teilnehmern auch drei Schweizer debütierten und Charles Laeser am 12. Juli sogar die 168 Kilometer von Toulouse nach Bordeaux dominierte, begannen sich die Schweizer (und vor allem wir Luzerner) erst 1936 so richtig für die Tour de France zu erwärmen. Leo Amberg aus Ballwil LU gewann zwei Etappen und sorgte mit seinem dritten Gesamtrang für Furore. Die vier Luzerner Tageszeitungen versuchten sich mit den grössten in den Setzereien vorrätigen Buchstaben zu übertreffen, doch der Schweizer Landessender Beromünster ignorierte die französische Velotour. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, anlässlich Küblers und Koblets Triumphfahrten, opferte das Deutschschweizer Radio den Radgiganten ein paar Sendeminuten. Doch als die Schweizer nicht mehr Gelb trugen, relegierten «S Bluemet Trögli», das Jodeldoppelquartett des Pontonierfahrvereins Worblaufen, das Trachtenfest in Hinterzell oder Goethes «Faust» und Schönbergs Zwölftonmusik die Tour de France wieder in die dritte Radioliga.

Weltwoche Nr. 24.13



Sagenhafter Exploit: Hugo Koblet auf dem Weg zum zweiten Schweizer Tour-Sieg, 1951.



«In dieser Situation hat jeder Athlet Anrecht auf medizinische Hilfe»: Fabian Cancellara im gelben Trikot, 2009.



Bis zum letzten Meter: der 5-fache Tour-Sieger Eddy Merckx, 1974.



Die Kulisse entscheidet: Werbetross, 2012.



Die Begeisterung in der Schweiz wuchs von Stunde zu Stunde und wurde sogar vom geistig und kulturell turmhoch über den «Velöli» (wie er die Rennfahrer titulierte) angesiedelten Direktor des Radiostudios Zürich registriert. Nachdem ihn Heinrich Gretler nach einer Schauspielhaus-Premiere vorwurfsvoll gefragt hatte, weshalb kein Beromünster-Reporter die Tour de France begleite, schob mein Chef seine gelehrten Bücher ein paar Zentimeter zur Seite und zitierte mich in sein nobles Büro. Hier erklärte er mir, dass gegenwärtig in Frankreich ein



Allerlei Pillen: Lance Armstrong in Gelb vor seinem 7. Tour-Sieg, 2005.



Damals gab's kein Radio-Tour: Sportjournalisten in Grenoble, 1930.

wichtiges Velorennen stattfinde und dass der Schweizer Schärli, oder wie er heisse, fast noch schneller fahre als vor zwei Jahren der Koblet, der jetzt auch wieder dabei sei. «Sie besitzen doch ein Auto und könnten mal hinfahren und darüber berichten», forderte er mich auf. Das Radio bezahle Benzin und Öl sowie Kost und Logis. «Aber mehr als sechzig Franken am Tag darf die ganze Sache nicht kosten.»

Kalbsplätzli in der Rennhose

Hocherfreut zuckelte ich mit meiner Fiat-Balilla-Occasion, Spitzkühler, Vorkriegsmodell 1937, von Basel via Paris an die Kanalküste. Wenn es stark regnete, wurden des Balilla Kerzen nass; der Einlitermotor stotterte, bis ich die Spielverderber mit dem Putzlappen getrocknet hatte. Als ich am 6. Juli, ausgerüstet mit allen Tour-de-France-Dokumenten, in Dieppe mein Amt antrat, kam ich gerade rechtzeitig, um als Augenzeuge zu erleben, wie Fritz Schär sein Maillot jaune zu den Klängen der Marseillaise an den Elsässer Roger Hassenforder abgab. Ich fragte Fritz: «Warum?», er antwortete kurz angebunden: «Darum.» Den Rest habe ich nicht mehr vollumfänglich mitbekommen, denn ich musste mich schleunigst auf Hotelsuche machen, immer mit dem direktoralen Ratschlag «So billig wie möglich» im Hinterkopf.

Viermal wies man mich hochnäsig ab, aber am fünften Haus hing das Schild «Chambres à louer». Ich erkundigte mich beim Concierge nach dem Preis. Er antwortete: «30 francs pour une heure, 50 pour deux heures.» So hatte ich mir allerdings das Tour-de-France-Logement nicht vorgestellt. Ich durfte die Nacht auf dem Diwan eines spartanisch eingerichteten Doppelzimmers im Hotel unserer Mannschaft verbringen, zusammen mit dem im Schlaf sprechenden Mechaniker und dem schnarchenden Masseur. Sogar gratis, inklusive Zmorgen, wofür mir unser Direktor anlässlich der Kontrolle meiner Spesenrechnung ganz herzlich dankte.

Nachdem unser aus zehn Fahrern bestehendes Team um 8 Uhr früh die über den Tellerrand hinausragenden Beefsteaks in sich hineingestopft und Fritz Schär wegen seiner Furunkel ein Kalbsplätzli in den Rennhosenboden montiert hatte, nahm mein Balilla die 200-Kilometer-Reise nach Caen unter die bereits etwas abgefahrenen Pneus. Das war in der guten alten Zeit der ehemaligen Radsportjournalisten. Die heutigen sind nur am Start dabei, dann müssen sie schnurstracks, ohne unterwegs einen Fahrer aus der Nähe betrachtet zu haben, ans Ziel rasen, und die Kämpfe verfolgen sie am Vars, Izoard oder Tourmalet via Television im Medienzentrum statt live am Strassenrand.

Vor sechzig Jahren gab's weder Tour-de-France-Direktfernsehen noch Radio-Tour. Wir sahen nicht fern, wir sahen nah. Der Begleittross bestand aus ein paar Dutzend Vehikeln. Die Pressefahrzeuge genossen die gleichen Rechte wie die Fabrikwagen. Wir überholten das Feld, wann immer die Strasse breit genug war, warteten durststillend in einem schattigen Bistro auf die Pedaleure, riefen unseren Favoriten den Vorsprung oder Rückstand zu, genossen in dem uns von einem gastronomisch versierten Kollegen empfohlenen Feinschmeckerlokal le déjeuner avec un demi du rouge und pendelten hierauf, gedanklich manchmal noch bei Bacchus, von hinten nach vorn und von vorn nach hinten, von der Spitzengruppe mit Emilio Croci-Torti zum Besenwagen mit François Chevalley und Otto Meili. Drohte keine Gefahr von einem stur am Reglement hängenden Kommissär, erbarmten wir uns der leidenden Mitmenschen und gewährten den hoffnungslos Abgehängten, wie es die Nächstenliebe gebietet, Windschatten.

Der Balilla-Motor kochte, Wasser nachfüllen am nächsten Brunnen und dann Jagd nach der neuen Spitzengruppe! Zehn Kilometer vor dem Ziel gelang das Unterfangen, und ich erlebte in der Pole-Position, auf gleicher Höhe wie Tour-Chef Jacques Goddet, alle Scharmützel des Endspurts. Am «Arrivée» herrschte polizeilose Freiheit. Kein Flic verwehrte mir den Zutritt zum Siegerpodium. Im Pressesaal hämmerten die Schreibmaschinen von ein paar Dutzend mit einem (oder zwei) Gläschen Calvados, der Muttermilch jener Region, aufgemunterten Journalisten. Einige bedienten sich bereits der neumodischen Erfindung Telex, die meisten aber bellten ihre Berichte in die Telefonmuscheln, sofern nach halbstündiger Wartezeit die Verbindung überhaupt zustande gekommen war. Am anderen Ende des Drahts schrie der Redaktionsstenograf ebenso laut: «Wie schreibt man Van Genendgen? Bitte buchstabieren.»

Nach getaner Arbeit ging's auf Zimmersuche. In Caen, der Hauptstadt des Departements mit dem sympathischen Namen Calvados, waren sogar die Stundenhotels ausgebucht. Auf dem Diwan des Zimmerchens mit dem im Schlaf sprechenden Mechaniker und dem schnarchenden Masseur biwakierte jetzt der Freund der Schwester von Emilio Croci-Torti, so dass ich mich anderweitig umsehen musste. Ich klopfte ein Dutzend Hotels und Pensionen am Ufer der Orne ab, doch überall wies mich die Tafel «Complet» schroff ab, so dass ich schliesslich – lang vor der Erfindung des Liegesitzes – die Nacht in meinem Balilla spesenfrei totschlug, was mein Direktor zu schätzen wusste.

Fünf Tage nach dem Verlust des Maillot jaune eroberte Fritz Schär «de geel Sagg» (Thurgauer

Wir erbarmten uns der leidenden Mitmenschen und gewährten den Abgehängten Windschatten.

Dialekt) von Hassenforder zurück. Die französische Regie klappte indes vorzüglich; am 13. Juli liess sich Fritz als Leader erneut entthronen, worauf am Quatorze Juillet der Franzose Jean Robic die Nationalfeier-Reise von Cauterets nach Luchon standesgemäss im Tour-de-France-Sonntagshemd anführen durfte.

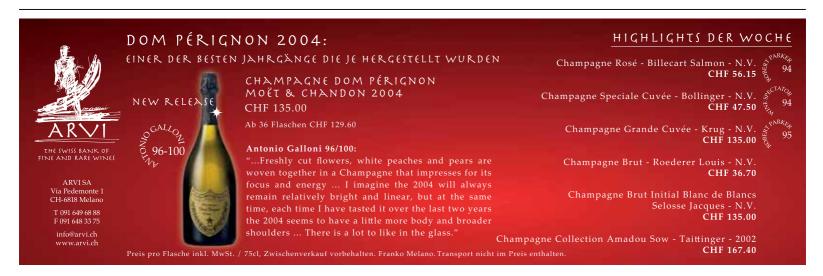
Damit waren die Hoffnungen auf den dritten Schweizer Tour-Sieg innert vier Jahren jäh entschwunden. Mein Direktor las es in der Zeitung, war offensichtlich froh darüber und telegrafierte: «Sofort heimkommen.» Ich gehorchte widerwillig und erreichte nach ein paar Kerzenreinigungen Zürich, wo der Herr Direktor meine Reportagen mit keinem einzigen Wort lobte (oder wenigstens erwähnte), sondern mich mit einem schon damals nicht mehr ganz taufrischen Kalauer begrüsste: «Ausser Spesen nichts gewesen.»

Aperçu 1: Küblers Dreisatzrechnung—Ferdy Kübler las in der Zeitung, dass Seidentrikots dem Fahrtwind weniger Angriffsflächen bieten als die damals reglementarisch vorgeschriebenen Wolltrikots. Die Differenz betrage in einem 100-Kilometer-Zeitfahren ungefähr eine Minute. Also liess der schlaue Ferdy, Strassenmeister 1950, ein reinseidenes Schweizer Meistertrikot anfertigen und erschien damit am Start zum

87-Kilometer-Zeitfahren Dinard-St-Brieuc. Die Funktionäre klärten den Adliswiler auf und drohten mit Sanktionen. Ferdy rechnete: 100 Kilometer = 60 Sekunden, 87 Kilometer = 52 Sekunden ... und raste seidengekleidet nach St-Brieuc. Dort siegte er 62 Sekunden vor Fiorenzo Magni. Die Kommissäre walteten ihres Amtes und fällten das Verdikt: 30 Strafsekunden und 10 000 Francs Busse. Damit reduzierte sich Küblers Vorsprung auf 32 Sekunden und sein Preisgeld um 10000 Francs. Trotzdem machte Ferdy ein gutes Geschäft. Die französische Seidenmetropole Lyon, dankbar für die Gratiswerbung, lud den Tour-de-France-Sieger zu drei Wochen Ferien ein und schickte 100 Meter allerfeinste Seide nach Adliswil.

Aperçu 2: Koblets Kopfrechnung—Juli 1951. Tour-de-France-Zeitfahren Rennes-Angers. Louison Bobet siegte eine Sekunde vor Hugo Koblet. Im Bett studierte Koblet die Rangliste. Und stutzte. Da hatte er doch den drei Minuten vor ihm gestarteten Bernardo Ruiz überholt, aber im Klassement lag der Spanier weniger als drei Minuten zurück. Hugo protestierte und siegte. Neues Ergebnis: Koblet 59 Sekunden vor Bobet. Während der folgenden Etappen hänselten die Konkurrenten den «Protestsieger». Koblet schwieg und gab die Antwort erst auf der Fahrt von Brive nach Agen. 135 Kilometer vor dem Ziel riss er aus und spielte fortan mit den vereint nachjagenden Coppi, Bartali, Magni, Bobet, Ockers, Robic, Geminiani Katz und Maus. Am Ziel wusch und kämmte sich der stets um ein gepflegtes Aussehen bemühte elegante Athlet, küsste Ehrendamen und gewährte druckreife Interviews, ehe das gedemütigte Superteam mit zweieinhalb Minuten Verspätung in Agen eintraf. Des Tour-de-France-Siegers Solo ging als eine der grössten Leistungen in die Annalen der Frankreich-Rundfahrt ein. Altgediente Radsportfreaks, mea maxima culpa, schwärmen noch heute von diesem sagenhaften Exploit.

Sepp Renggli, geboren 1924, ist ehemaliger Sportchef von Radio DRS und berichtete als Reporter und Kommentator während Jahrzehnten über das nationale und internationale Sportgeschehen.



Weltwoche Nr. 24.13 49



Wo sind all die Blumen hin?

Auf den Übernamen «Volk des Buches» sind die Juden stolz. Betrachtet man den Schweizer Literaturbetrieb etwas genauer, stellt man aber fest, dass herausragende jüdische Schriftsteller fehlen.

Von Beni Frenkel

Beginnen wir mit dem Buch. In Zürich gibt es zurzeit eine einzige jüdische Buchhandlung. Sie heisst: Neumann Sforim. Das letzte Wort ist hebräisch und bedeutet «religiöse Bücher». Streng übersetzt heisst der Laden also: «Neumanns religiöse Bücher». Das Geschäft ist so gross wie bei anderen die Toilette. Das soll nicht despektierlich gemeint sein, es dient lediglich als Grössenwahrnehmung. Bis ganz hoch stapeln sich die religiösen Bücher. Bei Neumann Sforim kann man sich gut eindecken mit Bibeln, Gebetsbüchern, Psalmen und religiöser Erbauungsliteratur. Die Bibel kann man hier in Ledereinband kaufen, gross, klein, übersetzt, mit Blattsilber auf dem Deckel, mit Erklärungen, mit grossen Buchstaben, mit hübschen Bildern, mit Hinweisen für die Kinder oder mit ganz vielen Erklärungen. Man muss nicht auf der Leiter stehen, um schwindlig zu werden. Hinten im Räumchen sitzt an einem kleinen Tisch ein gemütlicher, älterer Mann mit Bart; das ist Herr Neumann. Er verkauft übrigens auch schwarze Kopfbedeckungen.

Vor zwanzig Jahren gab es in Zürich noch zwei jüdische Buchhandlungen, die ausser Bibeln und Psalmen ebenfalls Prosa und Lyrik verkauften. Sie sind längst eingegangen. Amazon ist natürlich eine Erklärung, doch nicht die ganze Wahrheit. Das Interesse an Büchern ist verlorengegangen.

Es hat eine gewisse Transformation innerhalb des Judentums stattgefunden, die so langsam fortschritt, dass man sie gar nicht bemerkte. Erst wenn man in der Bibliothek der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) steht, beginnt man zu begreifen, wie tief die kulturelle Erosion gewirkt hat. Die Bibliothek hat über 50 000 Bücher in ihren Beständen, darunter Handschriften und einzigartige Werke. Einerseits. Andererseits: Man kann in den Räumen der ICZ-Bibliothek von 9 Uhr bis 18 Uhr dösen, ohne dass man von einem einzigen anderen Besucher gestört wird. Die Sessel sind hier sehr bequem. Hier könnte man auch ungestört sterben, Liebe machen oder Papierflugzeuge basteln. Momentan sind Verhandlungen im Gange. Der ICZ ist die Bibliothek zu teuer. Eine Idee ist eine Übernahme durch die Zentralbibliothek. Es wirkt wie bei der nervigen Grossmutter, die man endlich im Altersheim sehen möchte.

Zum Medium Buch haben die Juden ein ambivalentes Verhältnis. Da ist dieser Übername «Volk des Buches», auf den man stolz ist. Ein Buch mit religiösem Inhalt darf zum Beispiel nicht einfach in die Papiersammlung fortgeworfen werden. Es wird im Friedhof vergraben. Und das Einzige, was Juden im Mittelalter mit sich nahmen, wenn es wieder mal brannte, das waren die Thora und Werke ihrer Erklärer. Noch heute erhalten religiöse Kinder bei ihrer Bar-Mizwa nicht die Sony-Playstation 4, sondern drei Laufmeter fromme Bücher.



Drei Laufmeter fromme Bücher.

Das ist Zeugnis echter Liebe zum geschriebenen Wort. Theoretisch. Die Geschichte hat aber leider auch gezeigt, dass jüdische Bücher mutwillig verbrannt werden können. Der Schmerz der Kristallnacht dauert weit über siebzig Jahre.

Lewinsky und Meyer?

Und wie sieht es bei den aufgeklärten Juden aus? Gibt es noch Schriftsteller von Rang und Namen? Personen, die zwei Jahre lang Recherche betreiben und denen der grosse Wurf gelingt? Die Antwort ist: nein. Es ist nur peinliches Gedünsel, was in den letzten Jahren

veröffentlicht wurde. Natürlich gibt es Namen, die sich im Laufe der Zeit eingenistet haben, wenn von «jüdischen Schriftstellern» die Rede ist. Lewinsky, zum Beispiel. Charles Lewinsky hat «Fascht e Familie» und «Melnitz» geschrieben. «Melnitz» soll eine Familiensaga sein, eine jüdische «Ilias» oder «Odyssee». Die 774 Seiten des «Melnitz» lassen sich nüchtern aber nur ertragen, wenn man hie und da fünfzig Seiten weiterblättern darf, vor allem dann, wenn es langweilig und redundant wird. Am Ende ist man glücklich, das Buch endlich auf die Seite zu stellen. Das Gleiche gilt auch für den Shootingstar Thomas Meyer, der mit seinem läppischen Erstling, «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse», beinahe den Schweizer Buchpreis 2012 gewonnen hat.

«Humor im Film: Juden»

Beide Beispiele zeigen die Sehnsucht nach einem jüdischen Literaten, der Akzente in den gesellschaftlichen Diskurs zu setzen vermag. Wie damals in der Vor- und Nachkriegszeit, als Kurt Guggenheim, André Kaminski und Jeanne Hersch die Meinungsritter waren. Doch diese Zeiten, sie sind vorbei. Zumindest in der Schweiz. Das Schweizer Judentum ist ein Neutrum im hiesigen Kunstschaffen. Nicht nur in der Literatur. Auch in der Malerei ist es kaum vertreten, nicht in der Musik, auch nicht in der bildenden Kunst. Es gibt keinen jüdischen Baschi und keine jüdische Primaballerina, die «Schwanensee» tanzt.

Die zweitgrösste jüdische Gemeinde in Zürich, die Israelitische Religionsgesellschaft Zürich, hat keine Kulturkommission. Die zahlenmässig grösste Gemeinde, die ICZ, stellt eine Kulturkommission. Was wird hier gerne vorgeführt? Zum Beispiel aktuelle Kinofilme oder Filme unter dem Aspekt «Humor im Film: Juden».

Diese Entwicklung ist zu bedauern. Wie lange kann eine Gesellschaft stimmlos sein? Wie kann das in der Schweiz gelebte Judentum aus der Konserve überleben, und wie frisch ist es, wenn es sich der ständigen Konfrontation mit sich selbst verweigert?

Beni Frenkel, 36, ist Primarschullehrer und freier Iournalist.

Lob für Sloterdijk

Henryk M. Broder kritisiert die Vergabe des Ludwig-Börne-Preises an den Philosophen Peter Sloterdijk. Doch der *Weltwoche*-Kolumnist liegt falsch. Eine Entgegnung. *Von René Scheu*



Philosophische Unerbittlichkeit: Sloterdijk.

Ich mag die Provokationen des deutschen Publizisten Henryk M. Broder. Seine Kolumnen sind zumeist ein intellektuelles Lesevergnügen, seine Auftritte erfrischend, seine Pointen sitzen. Längst hat er seine Rolle gefunden. Broder hat den Ich-Stil als angemessene Form der Darstellung kultiviert.

Dass die Selbstvermarktung auch Absturzgefahren birgt, zeigte sich in seiner letzten Weltwoche-Kolumne. Broder griff darin den deutschen Philosophen Peter Sloterdijk frontal an, dem am 16. Juni in der Frankfurter Paulskirche der Ludwig-Börne-Preis verliehen wird. Den Hintergrund seiner Polemik hatte Broder zum ersten Mal in einem Spiegel-Essay im Jahr 2002 vorgetragen, aber nun in der Welt publikumswirksam reaktiviert: Er, der Börne-Preisträger von 2007, wolle keinem «Zirkel» angehören, der einen «Terrorversteher» und «Massenmordverkleinerer» aufnehme.

Hart an der Grenze

Broder führt zur Untermauerung seiner These zwei aus dem Zusammenhang gerissene Zitate an. Beide Male geht es um die Frage nach den Folgen von 9/11. Wer die Originale konsultiert, merkt schnell: Sloterdijk gibt sich keineswegs als Verharmloser der Terroranschläge, sondern als besonnener Geist, der dazu rät, sich nicht blinder Wut zu überlassen. Broder hantiert

hart an der Grenze zu jener intellektuellen Unredlichkeit, gegen die der unerschrockene Ludwig Börne einst anschrieb.

Im ersten Text, am 24. September 2001 im Focus erschienen und online abrufbar, nennt Sloterdijk «nach den beklagenswerten Toten in den Gebäuden und den Flugzeugen» die «Distanz-Vernunft» das «langfristig grösste Opfer». Die Warnung vor «rauschhaftem Kriegsholismus» mutet im Rückblick luzide an – auch wenn sie, darin dem broderschen Stil verwandt, in zugespitztem Ton vorgetragen wird. Als Agent provocateur tritt Sloterdijk auch im Interview mit der Welt auf, am 20. Februar 2002 erschienen und ebenfalls online zugänglich. Er nennt darin 9/11 im Kontext der grossen Katastrophen des 20. Jahrhunderts einen «Kleinzwischenfall». Sloterdijk hat sich in seinem Werk mit philosophischer Unerbittlichkeit mit diesen Katastrophen beschäftigt: den Weltkriegen, dem stalinistischen Terror, Maos «grossem Sprung nach vorn». Es ist zweifellos problematisch, Opferzahlen gegeneinander zu verrechnen, doch geht es Sloterdijk in seinen beiden Interventionen um eine nachvollziehbare Reaktion: Er tritt als intellektueller Mahner auf, der verhindern will, dass aus dem terroristischen Angriff auf ein «symbolisches Nervenzentrum» des Westens ein permanenter Kriegszustand entsteht, gegen innen mit einem neuen «sekuritären Imperativ» und gegen aussen mit einem fortwährenden Krieg im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus.

Diese Ansicht mag man teilen oder nicht. Sie ist aber sicher diskussionswürdig. Und: Sie ist intellektuell redlich. Auch beim besten Willen kann ich hier nichts von jenem Antiamerikanismus erkennen, auf den Broder (meist zu Recht) allergisch zu reagieren pflegt.

Peter Sloterdijk steht seit Februar 2013 als Börne-Preisträger fest. Broder hat ausgerechnet die Tage vor der Preisverleihung genutzt, um seine alte Kritik wieder aufzuwärmen. Ein Schelm, wer hier an Selbstvermarktung auf Kosten eines anderen denkt.

Wäre es dem Provokateur ernst, so müsste er die 20 000 Euro Preissumme zurückgeben. Das wäre ein vertretbarer Preis für die Publizität. Aber ab sofort geht es um Peter Sloterdijk. Er erhält am 16. Juni den Börne-Preis. Und hat ihn sowie die damit verbundene Aufmerksamkeit redlich verdient.

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des liberalen Autoren- und Debattenmagazins *Schweizer Monat*.

iPhone-App komplett überarbeitet.



Die komplett neue App fürs iPhone. Als Abonnent/-in lesen Sie die Weltwoche bequem auch unterwegs. Neu: mit Autorensuche. Jetzt im App-Store für nur Fr. 5.– (einmaliger Download).



Was bringt «Fracking»?

Dank der Förderung von Schiefergas fallen in den USA die Energiepreise und erblühen Industriezweige. Auch in der Schweiz könnte es sich lohnen, die Fracking-Technik zuzulassen, sagt Peter Burri, Präsident der Vereinigung von Energie-Geowissenschaftern. *Von Alex Reichmuth und Basile Bornand (Bild)*

Peter Burri, der Begriff «Fracking» ist noch nicht lange bekannt. Doch schon ist er mit negativen Assoziationen belegt.

Stimmt. Vor allem in den Medien ist der Begriff meist negativ besetzt. Der Grund dafür sind einige «Schweinereien» bei früheren Fracking-Operationen in Amerika, die nicht hätten passieren dürfen.

«Fracking» tönt nach Zerstörung.

Eigentlich heisst Fracking ganz einfach «aufbrechen». So ist es auch: Man bricht das Gestein auf. Denn bei der Förderung von unkonventionellem Gas hat man es mit dichtem Gestein zu tun, das wenig durchlässig ist. Damit das Gas dennoch fliesst, bohrt man einerseits horizontal, der Gesteinsschicht entlang. Zudem bricht man das Gestein auf, indem man Wasser ins Bohrloch hineinpresst. Das erzeugt Risse.

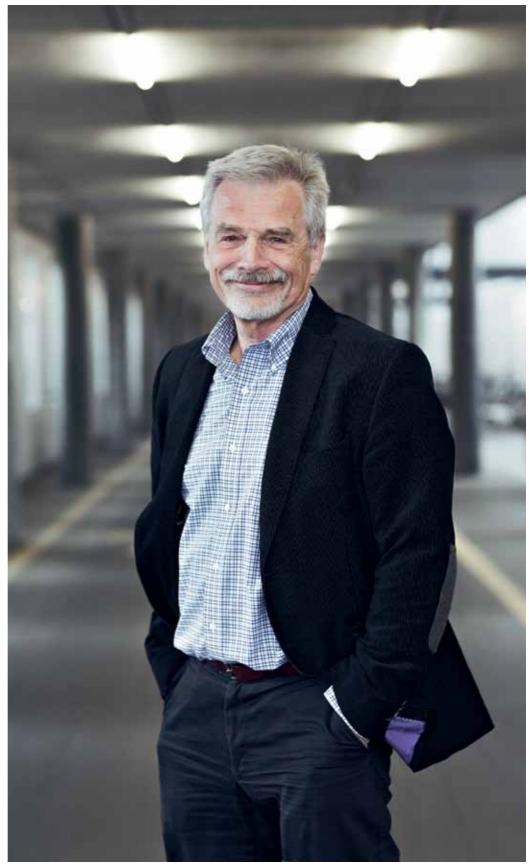
Die Technik des Fracking ist eigentlich schon lange bekannt. Trotzdem fördert man erst seit kurzer Zeit auf diese Art sogenanntes Schiefergas. Warum?

Am Anfang der Schiefergas-Förderung standen neue geologische Erkenntnisse. Öl und Gas entstehen immer in einem sogenannten Muttergestein. Früher meinte man, der grösste Teil dieser Brennstoffe wandere aus dem Muttergestein heraus. Man hat nun aber erkannt, dass viel mehr Öl und Gas im Muttergestein zurückbleiben, als man bisher meinte – vermutlich sogar der überwiegende Teil. Und dieses Öl und Gas kann man mit der altbekannten Technik des Fracking fördern.

Diese Schiefergas-Förderung wird heute vor allem in den USA betrieben. Man spricht von einem regelrechten Boom. Gibt es diesen Boom wirklich?

Allerdings. Am Anfang stiegen zwar nur kleine Firmen in die Schiefergas-Förderung ein. Als aber die Förderung wegen steigender Energiepreise lukrativer wurde, sind auch grosse Konzerne aufgesprungen. Die Produktion ist dadurch so stark angestiegen, dass die USA mittlerweile unabhängig von Gasimporten sind. Noch 2007 glaubte man, die USA müssten bis 2020 ein Viertel ihres Gasbedarfs importieren. Das war ein Irrtum, wie schon drei Jahre später klar war. Die Süddeutsche Zeitung schrieb vor kurzem, der Boom in den USA sei nur herbei-

geredet. Bei der Schiefergas-Förderung handle es sich nur um ein Strohfeuer, denn die Quellen würden bald versiegen.



«Europäische Länder werden erpressbar»: Geologe Burri.

52 Weltwoche Nr. 24.13

Das stimmt nachweislich nicht. Richtig ist zwar, dass die Ergiebigkeit von Schiefergas-Quellen im ersten Jahr deutlich abfällt. Aber dann stabilisiert sie sich auf einem Niveau, bei dem sich die Förderung noch immer für viele Jahre lohnt.

Was sind die Folgen des Schiefergas-Booms für die USA?

Die USA werden ab 2015 sogar Gas exportieren. Zudem ist der Gaspreis in Amerika seit Beginn des Schiefergas-Booms um zwei Drittel gesunken. Deswegen werden immer mehr Kohle- durch Gaskraftwerke ersetzt. Weil Gas viel weniger CO₂ erzeugt als Kohle, konnten die USA in den letzten fünf Jahren ihren Ausstoss an Klimagasen prozentual stärker senken als alle anderen Industrieländer. Zudem findet eine Reindustrialisierung statt: Energieintensive Wirtschaftszweige holen die einst ausgelagerte Produktion zurück in die USA.

Ausserhalb Nordamerikas läuft in Sachen Schiefergas-Förderung noch nicht viel. An der Geologie liegt es wohl nicht, oder?

Nein, die geologischen Voraussetzungen sind auch an vielen anderen Orten der Welt günstig. Überall, wo geeignetes Muttergestein vorhanden ist, kann man im Prinzip Schiefergas fördern. Das ist sicher in den Ländern der Fall, wo heute schon konventionell Gas gefördert wird. Allerdings ist dort zum Teil noch viel konventionell förderbares Gas im Boden, weshalb man vorderhand auf Schiefergas verzichtet.

In Europa hat die Förderung viel Gegenwind. Viele Länder bremsen diese und haben aus Angst vor Umweltschäden Moratorien oder sogar Verbote erlassen. Hat Fracking in Europa schon verloren?

Das nicht. Aber es herrschen in Europa sicher schwierigere Voraussetzungen. Die Sensibilität gegenüber jeder industriellen Tätigkeit ist hier viel grösser. Eigentlich gäbe es gute Möglichkeiten, in Europa Schiefergas zu fördern – und dabei erst noch die Fehler bezüglich Umweltauswirkungen zu vermeiden, die in den USA gemacht wurden. Aber jetzt ist der politische Widerstand da. Dieser ist nicht technisch, sondern emotional begründet und hat jede Verhältnismässigkeit überschritten.

Was bedeutet es, wenn Europa bei der Schiefergas-Förderung abseitssteht?

Europa bleibt damit von den Gaslieferungen anderer Länder abhängig – vor allem von Russland und Nordafrika. Das macht europäische Länder erpressbar. Zudem muss sich Europa mit hohen Gaspreisen abfinden. Weltweit gesehen, wird unkonventionelles Gas ein ganz wesentlicher Energie-, Wirtschafts- und Umweltfaktor sein in diesem Jahrhundert – egal, ob Europa mitmacht oder nicht.

In der Schweiz sind erste Probebohrungen nach Schiefergas geplant. Hat die Schweiz von der Geologie her das Potenzial, in die Erdgas-Förderung einzusteigen?

Ja. Es gibt viele Anzeichen für Gasvorkommen in der Schweiz. Das meist dichte Gestein und die immer noch aktive alpine Tektonik haben aber die Bildung grösserer Gasfelder verhindert. Die konventionelle Gasförderung lohnt sich darum bisher nicht. Aber mit horizontalen Bohrungen und Fracking könnte man das Muttergestein anbohren und so Gas gewinnen. Es könnte genug Gas haben, um den Bedarf der Schweiz für einige Jahrzehnte zu decken.

Der Widerstand gegen Fracking ist auch in der Schweiz gross. Einige Kantone – wie Waadt und Freiburg – haben bereits Moratorien verhängt. Auch auf nationaler Ebene werden Moratorien und Verbote gefordert.

Verbote sind wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen. Aber es braucht für die Schiefergas-Förderung Regulierungen. Man sollte den interessierten Firmen Pilotprojekte ermöglichen. Sind diese erfolgreich, kann die Schweiz

«Es könnte genug Gas haben, um den Bedarf der Schweiz für einige Jahrzehnte zu decken.»

unkonventionelle Exploration unter klaren Sicherheits- und Umweltauflagen zulassen. Leider sind wir aber ein Entwicklungsland, was die Erforschung des tiefen Untergrunds angeht. Es bräuchte Fachleute und einen nationalen geologischen Dienst zur Koordination. Betrachten wir doch die angeführten Umweltrisiken etwas genauer. Eine Befürchtung ist, dass beim Fracking das Trinkwasser durch Gas oder verwendete Chemikalien

verseucht wird. Was ist da dran?

Es wird behauptet, dass Risse im Gestein entstehen, die bis an die Oberfläche reichen und so die Trinkwasser führenden Schichten erreichen. Damit könne das Trinkwasser kontaminiert werden. In den USA gab es zwar inakzeptable Unfälle, bei denen Trinkwasser beeinträchtigt wurde, aber das lag nachweislich nie am Fracking. Die Risse sind niemals so gross, dass sie bis in die Trinkwasserschichten hinaufreichen.

Woran lag es dann?

Ursache dafür waren meist Bohrungen in schlechtem Zustand. So konnte Wasser, das mit Chemikalien versetzt war, hinter den Verrohrungen der Bohrung nach oben ins Trinkwasser gelangen. Das hat nichts mit Fracking zu tun, sondern ist bei jeder Bohrung im Untergrund möglich, wenn unsorgfältig gearbeitet wird.

Warum überhaupt müssen dem Wasser, das beim Fracking in die Bohrungen gepresst wird, Chemikalien beigefügt werden? Das hat mit dem Offenhalten der Risse zu tun. Mit Sand im Wasser sorgt man dafür, dass die Risse offen bleiben, wenn der anfängliche Druck wegfällt. Man muss das Wasser aber eindicken, damit der Sand transportiert werden kann. Das erfolgte bisher mit zum Teil problematischen Chemikalien. Die Förderfirmen in den USA haben über die Art dieser Zusätze lange geschwiegen, weil sie keine Geschäftsgeheimnisse preisgeben wollten. Richtigerweise müssen die Zusätze heute aber an den meisten Orten deklariert werden. Zudem ist es jetzt möglich, Fracking ausschliesslich mit ungiftigen Zusätzen durchzuführen.

Der hohe Wasserverbrauch ist ein weiterer Kritikpunkt.

Man braucht zwar viel Wasser, aber immer noch viel weniger, als wenn man zum Beispiel Golfplätze bewässert oder Skipisten beschneit. Der Wasserverbrauch wird zudem durch Recycling drastisch reduziert.

Kritisiert wird auch der hohe Landverschleiss.

Das war in den frühen Phasen der Schiefergas-Förderung ein Problem, vor allem im Süden der USA. Dort wurden Hunderte von Bohrungen vorgenommen, oft nur im Abstand von wenigen hundert Metern. Alles war mit Bohrplätzen übersät. Heute aber kann man bis zu dreissig Bohrungen sternförmig von einem einzigen Ausgangspunkt aus abteufen. So reicht ein Bohrplatz für ein Gebiet von bis zu zehn Quadratkilometern.

Der Widerstand gegen Schiefergas und Fracking kommt vor allem auch daher, dass es um die Förderung fossiler Brennstoffe geht. Davon sollte man doch in Zeiten des Klimawandels wegkommen.

Wir sollten sicher so viel erneuerbare Energie wie möglich bereitstellen. Nach allen Prognosen wird sich der weltweite Energiebedarf in den nächsten vierzig bis fünfzig Jahren aber verdoppeln – vor allem wegen des wirtschaftlichen Wachstums in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit den erneuerbaren Energien wird man bis in fünfzig Jahren im besten Fall die Hälfte des zukünftigen Bedarfs decken können. Wir werden also immer noch sehr von fossilen Brennstoffen abhängig sein. Von allen fossilen Energieträgern steigt der Verbrauch von Kohle leider weitaus am schnellsten. In dieser Situation sollten wir alles daransetzen, Kohle durch Gas zu ersetzen - weltweit. Damit können wir mehr für die Umwelt erreichen als mit allen anderen Massnahmen.

Peter Burri ist Präsident der Schweizerischen Vereinigung von Energie-Geowissenschaftern (SASEG). Der Geologe arbeitete viele Jahre im Ausland in der Öl- und Gasexploration. Seit seiner Rückkehr in die Schweiz im Jahr 2005 engagiert er sich unter anderem für Geothermie-Projekte und erneuerbare Energie.

Weltwoche Nr. 24.13 53





Stil & Kultur

Nackte Tatsachen

Von Daniele Muscionico

ie Welt ist voller Rätsel. Höherer Mächte. Dunkler Lüste und heller Ideale. Wer weiss schon alles, wer weiss schon, was er wissen will? Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Wahl dieses Bildes an dieser Stelle gehört zu den Geheimnissen, die man nicht durchschaut. Oder doch?

Es gibt drei mögliche Begründungen für sein Erscheinen. Erstens: Es könnte Men-

eben, nicht wahr? Die Zeiten sind hart. Und auch jene glücklich machen, die von ihm schen geben, Leser heisst das genau, die sich darüber freuen. Und was den Leser freut, soll harte Zeiten erfordern harte Bandagen.

len. Das Bild, das grösste im Heft, dürfen Sie Ihnen Rabattmarken besser gefallen?) Aber, Zudem ist es eine nackte Tatsache: Pin-ups stärken die Truppenmoral. Zumindest früher man hat darüber gelesen. Nun, dieses Pin-up könnte eine Durchhalteparole sein für unsere treuen Kampfgefährten, die wir nicht kennen, ne legen CDs oder Abstracts bei. Hätten war das so, Marilyn Monroe im Koreakrieg, aber für ihr Alltags-Gefecht honorieren wolals Bonusmaterial nehmen. (Andere Magazi-

was soll die weibliche Leserschaft mit diesem Bonustrack? Gute Frage, nächste Frage.

Der zweite Grund der Wahl: Das Bild steht für ein ganz anderes und für eine Sehnsucht. Und nicht nur für eine männliche, darauf möchte man dann doch gerne den Finger gelegt haben! Dieses Bild von Kate Moss steht für ein viel grösseres inneres Bild, für ein menschliches Verlangen – nach dem Sommer.

Schönheit vor sich hertragen darf, ist: Man man aber einwenden, dass unserem Bond-Strandträume hin, Schaumbadspiele her. Der dritte mögliche Grund, weshalb Superstar Moss hier so prominent seine tropfende stellung als ästhetisch empfinden. Nun mag kann, wenn man kann, die Moss in Kauer-

tens so ästhetisch gelang - und das bereits Girl Ursula Andress ebendiese Pose mindesvor fünfzig Jahren. Mit einem kleinen, feinen Unterschied allerdings...

Nach vielen Wenn und Aber die Fakten und nichts als die Fakten: Dieses Bild stammt vom Fotografen Mario Sorrenti, der Mitte der neunziger Jahre mit der Werbestrecke für Calvin Kleins «Obsession» weltberühmt wurde, er hat den Moss-Shot 2010 für Vogue Hommes realisiert. Und viele, viele Menschen fanden bis heute daran Gefallen. Darf man hoffen, werter Leser, dass es Ihnen genauso geht? Wussten wir's doch!

Stern-Portfolio No. 72: Mario Sorrenti. TeNeues

Belletristik

- 1 (1) Dan Brown: Inferno (Bastei Lübbe)
- 2 (2) **Donna Leon:** Tierische Profite (*Diogenes*)
- 3 (3) Jonas Jonasson: Der Hundertjährige ... (Carl's Books)
- 4 (7) **Blanca Imboden:** Wandern ist doof (Wörterseh)
- 5 (4) Jean-Luc Bannalec: Bretonische Brandung (Kiepenheuer & Witsch)
- 6 (5) Susan Elizabeth Phillips: Wer ja sagt, muss sich wirklich trauen (Blanvalet)
- 7 (6) Martin Walker: Femme fatale (Diogenes)
- 8 (9) Jean-Luc Bannalec: Bretonische Verhältnisse (Kiepenheuer & Witsch)
- 9 (–) Viveca Sten: Mörderische Schärennächte (Kiepenheuer & Witsch)

10 (10) Tess Gerritsen: Abendruh (Limes)

Sachbücher

- 1 (3) Bronnie Ware: 5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen (Arkana)
- 2 (1) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (Bibliographisches Institut)
- **3** (4) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- **4** (9) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 5 (5) Wilfried Meichtry: Mani Matter (Nagel & Kimche)
- 6 (–) **Arno Gruen:** Dem Leben entfremdet warum wir wieder lernen müssen, zu empfinden (*Klett-Cotta*)
- 7 (2) **Alain de Botton:** Religion für Atheisten (S. Fischer)
- 8 (6) Jacky Gehring: Body Reset Das Kochbuch (Weltbild)
- 9 (7) Eben Alexander: Blick in die Ewigkeit (Ansata)
- 10 (8) Jacky Gehring: Body Reset Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Kündigung

Der Berliner Dichter Rolf Hochhuth sorgt seit Jahrzehnten regelmässig für Aufsehen: In den 1960er Jahren gingen in Basel 10 000 Personen auf die Strasse gegen die Aufführung seines Stückes «Der Stellvertreter». Später bewirkte er mit einer Veröffentlichung den Rücktritt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Jetzt, mit 81 Jahren, will er wieder ein Schwergewicht um sein Amt bringen: Claus Peymann, Direktor des von Bertolt Brecht gegründeten Berliner Ensembles. Der Theaterbau am Schiffbauerdamm gehört via eine Stiftung Hochhuth. Im Mietvertrag stehe geschrieben, dass seine Stücke gespielt werden müssten, das habe Peymann aber nicht eingehalten. Die Kündigung hat Hochhuth bereits abgeschickt. Schön, wenn man als Autor über ein solches Druckmittel verfügt. (rb) Autoren

Nach allen Regeln der Kunst

Der 28-jährige Genfer Joël Dicker hat einen verspielten Krimi geschrieben, der sich schon eine Million Mal verkaufte. Im August erscheint die kleine Sensation «La Vérité sur l'Affaire Harry Quebert» auch auf Deutsch. Von Pia Reinacher

Tn der Westschweiz gilt ein Buch, das sich 500-mal verkauft, als bedeutender Erfolg. Bei 2000 Exemplaren spricht man bereits von einem Bestseller. In der Deutschschweiz sieht es nicht viel anders aus. Jetzt stellt der 28-jährige Genfer Schriftsteller Joël Dicker alles in den Schatten. Sein Krimi-Schmöker «La Vérité sur l'Affaire Harry Quebert», im September 2012 auf Französisch erschienen, wurde inzwischen von rund einer Million sich als süchtig bekennender Leser verschlungen, die Übersetzungsrechte des Buches sind bereits für über dreissig Sprachen verkauft worden. In diesen Tagen tingelt der Romand durch Italien und begeistert auch dort seine Zuhörer, als Nächstes wird er Belgien erobern, und Mitte August bringt der Piper-Verlag die geheimnisumwitterte Geschichte auf Deutsch heraus.

Was für ein Phänomen! Was für ein Ausnahmetalent! Wie ist dieser Grosserfolg des jungen Schriftstellers zu erklären, der vor drei Jahren an der Genfer Universität als Jurist abschloss und gleichzeitig für seinen Erstling «Les Derniers Jours de nos Pères» den Prix des écrivains genevois zugesprochen erhielt? Oder, wie der legendäre französische Literaturpapst Bernard Pivot mit prickelnder Ironie fragte: Intrigen, anonyme Briefe, Selbstmorde, schändliche Fellatio, Voyeurismus, Mord – wie soll man erklären, dass diese Unordnung, diese Gewalt, diese Revolte eines Tages den Weg in den Kopf eines jungen Schweizers fand, der doch eigentlich mit Schokolade aus Alpenmilch erzogen wurde?

So schlicht ist die Sache nun allerdings nicht. Ein solches Produkt ist natürlich das Ergebnis einer kurvenreichen Biografie mit ungewöhnlichen Ingredienzien. Joël Dicker, Sohn einer Genfer Buchhändlerin und eines Französischprofessors, stammt aus einer Familie mit russischen und französischen Wurzeln. Wie viele bedeutende Künstler entpuppt er sich schon früh als eigensinniges, obsessives, hochbegabtes Kind. Mit zehn gründet er die *Gazette des animaux*, ein Heft über die Natur, das er während sieben Jahren leitet. In Genf besucht er



Was für ein Phänomen! Schweizer Schriftsteller

das Collège Madame de Staël, kehrt nach einem Abstecher nach Paris in die Schweiz zurück und führt fortan ein flirrendes Doppelleben zwischen Rechtswissenschaft und Rechtsübertretung in Gestalt literarischer Phantasmen. Sein Krimi suggeriert schon im Titel, dass die Realität sich aus diversen Wahrheiten zusammensetzt. Der Plot ist ebenso verschlungen wie gezielt emotional und skandalträchtig.

Glitzernde Lolita-Fantasien

Worum geht es? «La Vérité sur l'Affaire Harry Quebert» ist eine Mischung aus amerikanischem Unterhaltungswälzer, psychologischem Thriller, subversiven Gedankenexperimenten, gesellschaftlicher Satire, französischer Kultiviertheit, zwielichtiger Liebesgeschichte, glitzernden Lolita-Fantasien, autobiografischen Täuschungsmanövern und dem Spiel mit dem Bösen hinter der Maske des Guten. Marcus Goldman, nach ersten literarischen Erfolgen bereits zum Kultautor avanciert, wird von einer Schreibblockade heimgesucht. Um sie zu überwinden, besucht er seinen bewunderten Lehrer und Mentor Harry Quebert, der im kleinen Nest Aurora in New Hampshire lebt. Der amerikanische Schriftsteller hatte 1976 mit dem Roman einer unmöglichen Liebe einen Bestseller gelandet. Jetzt überstürzen sich die

Weltwoche Nr. 24.13



Dicker.

Ereignisse. Dreiunddreissig Jahre nach dem Tod von Nola Kellergan werden ihre Überreste entdeckt – und das ausgerechnet im Garten des hochangesehenen Schriftstellers Quebert. Die Sensation wird zum Aufmacher aller Nachrichtensendungen. Denn nicht nur fand sich neben der Leiche eine Ledertasche mit dem Originalmanuskript des Romans, mit dem der Literat berühmt wurde. Es stellt sich auch noch heraus, dass er der Liebhaber der damals Fünfzehnjährigen war. Als er das Verhältnis zugibt, ist der Skandal perfekt. Er wird verhört, verhaftet und des Mordes angeklagt.

Der Einzige, der noch zu ihm hält, ist sein Schüler Marcus Goldman. Schon bald ermittelt dieser auf eigene Faust. Der alte Lehrer inspiriert seinen Schüler damit gleich doppelt und dreifach. Erstens gibt er ihm mit seiner Story den Stoff zu einem neuen Roman. Zweitens leitet er ihn mit 31 unkonventionellen Ratschlägen an, wie man eine perfekte Geschichte schreiben kann. Und drittens verwickelt der Mentor ihn durch die Gespräche in einen Dauerdiskurs über das Zeitgeschehen, der dem Autor wiederum eine satirische Roman-Folie des modernen Amerika, seiner Gesellschaft, seiner Literatur, seiner Medien, seiner Justiz liefert.

Mit den Bruchstücken baut dieser nicht nur einen extravaganten Roman zusammen, er enthüllt ganz nebenbei auch Stück um Stück einer leidenschaftlichen, verbotenen Liebe. Dass der Schriftsteller am entscheidenden Abend sich nicht ausserhalb der Stadt befand, wie er der Polizei erzählte, sondern seine junge Geliebte im «Sea Side Motel» erwartete, leicht parfümiert und mit einem riesigen Strauss blauer Hortensien, ihren Lieblingsblumen – dieses Geheimnis verrät er nur ihm.

Joël Dickers Kriminalroman «La Vérité sur l'Affaire Harry Quebert» ist in einer süffigen, rasanten, unkomplizierten Sprache geschrieben. Die fast durchgängige dialogische Struktur verleiht dem Text Leichtigkeit, Tempo und Simultaneität in einem. Man hat den Eindruck, direkt dabei zu sein: als Voyeur einer verbotenen Geschichte, als Kriminalist bei der Aufklärung einer anziehend-abstossenden Affäre und als Zuschauer einer Literaturmanufaktur, in der unter den Augen des Lesers ein Roman nach allen Regeln der Kunst - manchmal auch nach dem einen oder anderen Klischee - verfertigt wird. Das ist nicht wenig und macht den Roman (auch für Deutschschweizer mit durchschnittlichen Französischkenntnissen) zur federleichten, aber nicht unintelligenten Ferienlektüre.

Joël Dicker: Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert. Piper, 736 S., Fr. 36.90. Erscheint am 13. August. Tazz

Im Auge des Vogels

Von Peter Rüedi

Wie geht der Satz schon wieder, von dem ich nie weiss, ob ich ihn als Aufforderung zur Moral oder eine zur Amoral verstehen soll, als Bekenntnis zu einem bedingungslosen «carpe diem» (geniesse den Tag)? Er stammt vom Aufklärer Christian Fürchtegott Gellert (1715–1769) und geht so: «Lebe, wie du, wenn du stirbst, wünschen wirst, gelebt zu haben.» So oder so: ein toller Satz. Wenn auch, zugegeben, ein etwas steiler Anflug zu einer Kolumne über einen Musiker, der noch nicht einmal siebzig ist, *alive and well* und ohne Anlass zu vorzeitigen Lebensbilanzen.

Aber einer, der wie der Basler Tenorsaxofonist Andy Scherrer sein erstes Album unter eigenem Namen im Alter von 54 veröffentlichte («Second Step», TCB), verdient Gellerts Zuruf im doppelten Sinn: in dem eines «rechten Lebens», das er als Pädagoge der Swiss Jazz School, Bern, selbstlos der Ausbildung von Generationen junger Saxofonisten gewidmet hat; und in dem eines ungewöhnlich stilsicheren und überzeugenden Instrumentalisten, bei dem wir nicht einmal so sehr ihm selbst als vielmehr uns mehr Unverschämtheit, Durchsetzungsvermögen, Chuzpe wünschten. Dabei hängt, versteht sich, seine Spielweise aufs engste mit seinem Charakter zusammen. Andy Scherrer ist ein Klassiker, kein Epigone. Zwar sind in seinem Spiel Einflüsse von Joe Henderson oder Wayne Shorter hörbar (auch von anderen Lyrikern in der Kunst der Nachdenklichkeit, etwa Hank Mobley). Aber das hat unverwechselbar immer die dialektale Färbung eines eigenen Idioms und Timbres.

Scherrer ist ein fabelhaft unfraglicher Meister des richtigen Einfalls am richtigen Ort (einmal abgesehen von seiner makellosen, immer eher versteckten Technik). Das mögen einige für Mainstream und Routine halten, ich nenne es Vollkommenheit. Seine Band (oft die von Andys Heimbasis, dem Basler Klub «Bird's Eye») ist die angemessene Gesellschaft für einen Gentleman dieses Formats: der in Basel lebende Amerikaner William Evans am Piano; Stephan Kurmann, Scherrers langjähriger Partner, am Bass. Und Jorge Rossy, einst Drummer von Brad Mehldau, zurzeit Lehrer an der Musikhochschule Basel. Sheer beauty.



Andy Scherrer, William Evans, Stephan Kurmann, Jorge Rossy: Out of the Bird's Eye. TCB 31602

Aufklärer und Revolutionsgegner

Ein neuer Auswahlband in Deutsch von Antoine de Rivarols Schriften übertreffen alles, was in Frankreich von dem französischen Royalisten und Moralisten erhältlich ist. *Von Oliver vom Hove*



«Ich mache es wie Sie, Madame, ich denke nicht»: Schriftsteller de Rivarol (1753–1801).

er sich vor Unberechenbarkeiten fürchtet, sollte nicht auf Revolutionen setzen. Das führen uns soeben wieder die politischen Vorgänge in Nahost- und anderen Staaten am südlichen Mittelmeer auf beklemmende Weise vor Augen. Zur Unberechenbarkeit zählt meist auch das Auftauchen von Führerfiguren, die den Umsturz als willkommene Gelegenheit nützen, sich als Manipulatoren der Massen zu bemächtigen. Für diese Taktiker des Unbedingten zählt kein Zweifel. Als «schreckliche Vereinfacher» (Jacob Burckhardt) ist ihnen bedenkenlos jedes Mittel recht, wenn es ihrem Ziel dient. Eine Welt wird zerstört, eine andere an ihre Stelle gesetzt. Das allein ist für sie massgebend.

Der französische Royalist und Moralist Antoine de Rivarol fürchtete sich vor solchen Unberechenbarkeiten, weshalb er früh zu einem leidenschaftlichen Gegner der Revolution von

1789 wurde. Von ihm kann man erfahren, wie es damals einem Zeitzeugen erging, der sich nicht an dem allgemeinen Aufstand der gedemütigten Massen gegen die alte Ordnung, gegen Thron und Altar, beteiligte, sondern mit dem Vorbehalt gegen eine geschichtsformende Teleologie weiterhin dem Ancien Régime anhing.

Sozialer Aufsteiger

Indes, Rivarols Vorbehalt gegen den ihn überwältigenden Umsturz und die folgende Terrorpolitik entsprach auch seinem Eigennutz. Der am 20. Juni 1753 als ältestes von sechzehn Geschwistern im Languedoc geborene Meister der geistreichen Konversation und des zugespitzten Aperçus war als sozialer Aufsteiger aus dem Midi in Paris ein Günstling der höfischen Gesellschaft geworden. In der renommierten Zeitschrift Mercure de France, vor allem aber in den Salons der Hauptstadt hatte er

seine satirischen Sottisen zum Besten gegeben und war rasch zum Star-Causeur avanciert. Als ebenso bewunderter wie gefürchteter Wortführer spitzzüngiger Sentenzen wurde er herumgereicht. Als beispielsweise Madame de Staël ihn einmal fragte: «Was denken Sie über mein Buch, Monsieur?», erhielt sie zur Antwort: «Ich mache es wie Sie, Madame, ich denke nicht.»

Europaweit bekannt wurde Rivarol, als die Berliner Akademie 1784 die Rede des gerade Dreissigjährigen über die Universalität der französischen Sprache mit dem ersten Preis auszeichnete – eine Berühmtheit, die er, auch postum, nie mehr erreichte. Seine Übersetzung von Dantes «Göttlicher Komödie» ins Französische nahm Friedrich II. zudem zum Anlass, ihn als Mitglied in die Akademie aufzunehmen.

Die Französische Revolution hat Schockwellen über die Erde gesandt, welche die Menschheitsgeschichte wie kaum ein anderes Ereignis umstürzten. Dass diese Umwälzung eintreffen musste, ja angesichts der vorangegangenen Missstände und Ungerechtigkeiten unvermeidlich war, lässt sich nachträglich trefflich vorführen - eine Vielzahl der Zeitgenossen freilich wurde von ihr wie von einem Naturereignis überfallen. Aus der historischen Rückschau wissen wir, wie rasch damals der allgemeine Volkswille in die «Terreur» umsprang. Zerstörerische Tumulte entfesselten die schlimmsten unmenschlichen Triebe. Wohin sich die Menschen wandten, sie erlebten Aufruhr, Hass, Verrat, blutige Gewalttaten ohne Ende, wie durch zahlreiche Zeugnisse von Pariser Bürgern überliefert ist.

Als Frankreichs Revolutionäre am 21. Januar 1793 den Bourbonenkönig Ludwig XVI. auf die Guillotine führten, war Rivarol gewiss nicht der Einzige, der sein Taschentuch mit Tränen netzte. Zwar war der Monarchist zu diesem Zeitpunkt längst auf beschwerlichen Umwegen in die Emigration entwichen: Im Juni 1792 hatte er, ob seiner Äusserungen höchst gefährdet, sich eilends nach dem damals österreichischen Brüssel begeben, von wo aus er erst nach London und schliesslich nach Hamburg gelangt war. Aber er hatte vom Sommer 1789 bis Ende 1790 im «Journal politique national» den Verlauf der Revolution aus persönlichem Blickwinkel kommentiert und deren geistige Urheber aufs schärfste verurteilt: «Ich kann mir die Feststellung nicht ersparen, dass die Rousseaus, Helvétius, Diderots, d'Alemberts und Voltaires zur richtigen Zeit gestorben sind. Als sie am Vorabend unserer Missgeschicke von uns gingen, genossen sie den Beifall des Jahrhunderts; sie brauchen die Revolution, die sie vorbereitet haben, nicht zu beklagen, sie müssen nicht über die Huldigungen des Konvents erröten. Wenn sie noch lebten, würden sie von den Opfern, die sie gelobt haben, verabscheut und von den Henkern, die sie vergötterten, massakriert.»

Gegen Rousseaus Appell, sich der ursprünglichen Freiheit des Naturwesens Mensch zu besinnen, suchte Rivarol das Geschichtswesen Mensch darzustellen und so die Unveränderbarkeit der gesellschaftlichen Bedingungen menschlichen Zusammenlebens zu erhärten: «Das ist tatsächlich der Mensch: Die Einfachheit seines Ursprungs verliert sich in der Majestät seiner Geschichte, die Schlichtheit seiner Grundstoffe in der Grossartigkeit seiner Werke. Seine ursprünglichen Bedürfnisse und seine ersten Leidenschaften sind nichts im Vergleich zu den Bedürfnissen und Leidenschaften, aus denen er seitdem eine so offenkundige Notwendigkeit gemacht hat. Der Baum unterscheidet sich vom Samenkorn und das Tier vom Fötus nicht so sehr wie der gesellschaftliche vom primitiven Menschen: Das ist eine zweite Geburt, ein anderes Wachstum, das uns erwartet. Nur einmal werden Tier und Pflanze geboren und wachsen.» Und er macht deutlich: «Beim Menschen ist die Kraft wirklich aus der Schwäche entstanden. Wir werden begrenzt geboren, doch unsere Grenzen sind versetzbar; die der Tiere sind unveränderlich.»

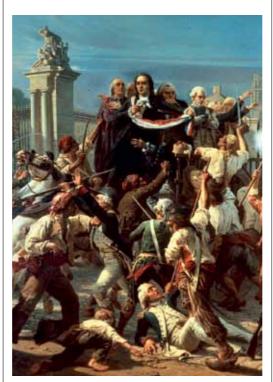
Unveränderlichkeit des Menschenbilds

Rivarol hatte sich vehement in die Debatte um das Tierische im Menschen und vice versa eingemischt, die seine Zeitgenossen umtrieb: «Viele Philosophen behaupteten, wenn das Tier wie wir geschaffen und der Mensch wie das Tier geschaffen wäre, würden wir Tiere und die Tiere Menschen sein. Wenn unsere Arme und Beine, sagt Helvétius, in Hufen endeten und wenn die Pferde Hände hätten, würden wir über die Felder galoppieren und die Pferde würden Städte bauen und Bücher und Gesetze schaffen.» Bis hin zu Maurice Maeterlinck und dessen denkenden Pferden reichte diese Spekulation, der Rivarol mit Blick auf die Revolution mit nachdrücklicher Ablehnung begegnete: «Wenn die Revolutionen die Besitzungen und Menschen verlagern, indem sie den Räuber im Palast des Reichen unterbringen, die Bürger dazu verurteilen, an der Tür ihrer eigenen Häuser zu betteln und den Barbaren die Heimstätte der untröstlichen Wissenschaften öffnen; [...] wenn, sage ich, solche Revolutionen die Vernunft bekümmern, das Recht verletzen und die Menschheit verzweifeln lassen, was wäre dann erst der Umsturz, den sich diese Philosophen vorstellen? Der Abstand zwischen Grobheit und Erziehung, Unwissenheit und Genie ist nichts im Vergleich zu dem, der Mensch und Tier trennt. Das Ärgernis der politischen Revolutionen ist vorübergehend: Die Zeit schliesst die Wunden der Nationen, und der Mensch macht das Übel wieder gut, das er dem Menschen angetan hat. Hier aber wäre die Unordnung nicht wieder auszugleichen: Nicht mehr die menschlichen Vereinbarungen, sondern die Gesetze der Natur wären auf den Kopf gestellt, und

man könnte weder an die Vernunft noch an die Nachwelt appellieren.»

Die ganze Verachtung des von den Ereignissen gepeinigten Revolutionsgegners Rivarol gehörte den geistigen Urhebern des Umsturzes: «Wenn die alten Philosophen nach dem höchsten Gut suchten, so haben die neuen nur nach der höchsten Macht gesucht.» Denn: «Sie nahmen an, in dieser Revolution könne man alles entstellen, ohne etwas zu zerstören, oder alles gefahrlos zerstören und die Menschheit aufs Spiel setzen, ohne ein Verbrechen zu begehen.»

Dass diese Intellektuellen zudem eine Menge Mitläufer wie einen Kometenschweif nach sich zogen, widerte ihn über die Massen an: «Von einer Menge anderer Philosophen möchte ich gar nicht reden, von Leuten, die bei



«Wir würden Tiere sein»: Französische Revolution.

diesen Themen wenig Ansehen geniessen, abenteuerliche Geister, die die Natur nicht behandeln mit dieser von Ehrerbietung verstärkten Inbrunst, sondern als indiskrete Männer, die nur Neuheit, Mode und Aufsehen suchen und den Gegenstand ihrer Verehrung allzu oft entehren.»

Wie alle Konservativen glaubte Rivarol an die Unveränderlichkeit des Menschenbilds – und wie Hobbes an den Kampf aller gegen alle: «Die Welt ist ein grosses Festmahl, zu dem die Natur alle Lebewesen einlädt, unter der Bedingung, dass sich die Tischgenossen gegenseitig auffressen: De morte vita datur.»

Als subjektiver Beobachter der Revolution ist Rivarol ein geist- und überraschungsreicher Zeuge. Als objektiver Analytiker von deren Ursachen erweist er sich als vorsätzlich blind: Die soziale Wirklichkeit, die ihn umgab, kannte er vom Wegsehen. «Die Menschen es-

sen Gras wie die Schafe und kommen um wie die Fliegen», hatte der Bischof von Chartres auf die Frage des Königs nach dem Zustand seines Reichs geantwortet. Für den Aufsteiger Rivarol war die Not-wendende Abwehr absolutistischer Willkürherrschaft nur der Aufruhr des Pöbels.

Streit mit Schweizer Verleger

In Frankreich gelten seine Gedanken und Einsprüche vielfach noch immer als anstössig. Dabei sind sie vor allem anstossgebend für ein dialektisches Denken einer Aufklärung, die auf Erfahrung gründete: «Die zivilisiertesten Nationen sind der Barbarei so nah wie das geschliffene Eisen dem Rost. Nationen wie Metalle glänzen nur an der Oberfläche.» Edmund Burke, der britische Bruder Rivarols im umsturzkritischen Geist, nannte ihn «den Tacitus der Revolution».

Dieses Urteil lässt sich nun im Deutschen dank eines voluminösen Auswahlbands von Rivarols Schriften, den der Übersetzer Ulrich Kunzmann herausgegeben hat, glänzend überprüfen. Die Ausgabe übertrifft alles, was gegenwärtig in Frankreich von Rivarol erhältlich ist. Was der Schweizer Essayist Max Rychner 1956, anlässlich einer von Ernst Jünger herausgegebenen Rivarol-Werkauswahl, schrieb, könnte endlich wahr werden: «Nun tritt dieser französische Klassiker, nach wenig beachtetem Beginn, seinen deutschen Weg an, unter Auspizien, wie sie kaum günstiger gedacht werden könnten!»

Die französischen Moralisten waren weniger moralische Wachhabende als vielmehr ebenso scharfäugige wie scharfzüngige Schilderer der Sitten. Und manche, wie Rivarol, waren zuweilen überzeitlich nützliche Beobachter: «Man muss scharf unterscheiden zwischen der arithmetischen und der politischen Mehrheit im Staat.»

Im Hamburger Exil hatte Rivarol mit dem Schweizer Verleger Fauche aus Neuenburg einen Vertrag über ein neues französisches Wörterbuch abgeschlossen: «In den Wörterbüchern gibt es abgebrauchte Wörter, die auf den grossen Schriftsteller warten, der ihnen ihre Energie zurückerstattet.» Aus dem Vorhaben wurde wenig, der säumige Autor zerstritt sich mit dem Verleger. Rivarol starb 1801 im Alter von nur 47 Jahren in Berlin, in sozial so kümmerlichen Verhältnissen, wie sie nur Exilanten gleichmütig, in der trügerischen Hoffnung auf Besserung, erdulden können. Tatsächlich hätte Rivarol wenig später in Ehren heimkehren können: Napoleon hatte als Masseverwalter der Revolution den geflüchteten Landsleuten ein grosszügiges Angebot der Rückkehr unterbreitet.

Antoine de Rivarol: Vom Menschen. Gedanken und Maximen, Portraits und Bonmots. Hg. u. übers. v. Ulrich Kunzmann. Matthes & Seitz. 500 S., Fr. 53.–

Top 10

Knorrs Liste		
1	The Patience Stone Regie: Atiq Rahimi	★★★ ☆
2	Before Midnight Regie: Richard Linklater	★★★ ☆
3	The Broken Circle Regie: Felix Van Groeningen	★★★ ☆
4	Iron Man 3 Regie: Shane Black	★★★ ☆
5	Side Effects Regie: Steven Soderbergh	★★★ ☆
6	Epic Regie: Chris Wedge	★★★ ☆
7	Hangover 3 Regie: Todd Phillips	★★★☆☆
8	Rosie Regie: Marcel Gisler	★★★ ☆☆
9	Star Trek into Darkness Regie: J. J. Abrams	★★★ ☆☆
10	Fast and Furious 6 Regie: Justin Lin	★★★☆☆

Kinozuschauer

16942
16942
10512
8044
5568
2967
2357
2011
1611
1379
1369

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

- 1(1) Django Unchained (Sony)
- 2 (-) The Last Stand (Impuls)
- 3 (-) Flight (Impuls)
- 4 (2) The Silver Linings Playbook (Ascot Elite)
- 5 (3) Der Hobbit (Warner)
- 6 (4) Lincoln (Fox)
- 7 (5) Jack Reacher (Rainbow)
- 8 (6) Gangster Squad (Warner)
- 9 (-) Halo 4: Forward unto Dawn (Impuls)
- 10 (-) Arbitrage (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Einmachglas für den Zeitgeist: «Olympus Has Fallen» mit Angela Bassett und Morgan Freeman.

Kino

Remmidemmi in heiligen Hallen

In «Olympus Has Fallen» kidnappen – sehr zeitgemäss – nordkoreanische Terroristen den US-Präsidenten. *Von Wolfram Knorr*

Tm Weissen Haus, Camelot, Olymp der freien Welt, haben nicht nur die Präsidenten mit ihrer imperialen Macht gespielt, auch die Grossmacht Hollywood hat schon immer gerne mitgespielt – als mahnende Stimme. Mal positioniert sie Verschwörer in unmittelbarer Nähe des Oval Office; mal dürfen Terroristen in den heiligen Hallen richtig Bambule machen und Meteoriten und Alien-Heere Remmidemmi. Das anhaltende Bedürfnis, im Sanktuarium der liberalen Welt die Sau rauszulassen, hat einen pädagogischen Sinn, ganz

Die Radaufilme ums Weisse Haus sind weniger Katastrophenfilme als vielmehr Schockparabeln.

im Geiste von John F. Kennedys legendärem Appell: «And so, my fellow Americans, ask not what your country can do for you – ask what you can do for your country.» Der wahre Ami, ein Westerner, wird zum pompös patriotischen Berserker, wenn das Imperium in Schutt und Asche gelegt zu werden droht.

Die Radaufilme ums Weisse Haus sind deshalb weniger Katastrophenfilme als vielmehr Schockparabeln. Gleich zwei kommen wieder mal ins Kino. Der eine, «Olympus Has Fallen», ist soeben gestartet, der andere, «White House Down» vom *master of disaster* Roland Emmerich, krawallt in einigen Wochen durch die Lichtspielhäuser. Auch wenn Emmerich verspricht, bei ihm komme die Bedrohung von innen, während sie in «Olympus Has Fallen» von aussen eindringe, sind die Unterschiede wurscht. In beiden Fällen geht es um nachlassende Wachsamkeit, Milde, erschlaffende patriotische Gesinnung. Sie gefährdet die Freiheit und öffnet den Gegnern Tür und Tor. In Antoine Fuquas «Olympus Has Fallen» ist das besonders bilderbuchhaft.

Mike Banning (Gerard Butler), Secret-Service-Chef und Kumpel von Präsident Asher (Aaron Eckhart), wird nach einem schrecklichen Unfall auf vereister Strasse, dem die First Lady zum Opfer fällt, strafversetzt und kriegt einen Bürojob verpasst. Und während der Tatmensch in Papieren blättert, empfängt Asher im Weissen Haus den Premier Südkoreas mit Entourage - und die hätte man besser überprüfen sollen! Ruck, zuck entpuppen die Begleitpersonen sich als nordkoreanische Terroristen, nehmen Asher und seine Minister als Geiseln, zerdeppern «Olympus» (Codename fürs Weisse Haus) und drohen mit dem Untergang. Da schlägt Bannings Stunde! In tiefer Nibelungentreue prescht er wie ein Husar im Alleingang ins Weisse Haus, lässt sich die bad guys wie mit dem Rechen eines Croupiers zu

sich hinschieben, ballert sie nieder – und rettet Asher und die Demokratie. Das martialische Narrenfest wird ein heiliges: Der Präsident tremoliert am Ende von Stolz und Wachsamkeit der tollen Nation.

Filme sind ideale Einmachgläser für den Zeitgeist; und wenn, gleich in zwei Filmen, die Supermacht im Innersten bedroht wird, dann ist das durchaus ein Reflex auf eine depressive Stimmung. Leider schlug sich die auch in der technischen Umsetzung nieder: Siebzig Millionen Dollar kostete «Olympus Has Fallen», was ja nicht wenig ist, aber für die CGI-Tricks ging man aus Kostengründen nach Bulgarien – und das sieht man, leider.

Weitere Premieren

The Big Wedding — Big an dieser Hochzeitsfete ist ausschliesslich die Besetzung, der Rest ist sagenhaft dünn. Erstaunlich, dass es Justin Zackham («Going Greek») gelungen ist, die beeindruckende Riege von Stars zu engagieren: Robert De Niro, Diane Keaton, Susan Sarandon, Robin Williams, Katherine Heigl, Amanda Seyfried etc. Wahrscheinlich hat er sie mit dem Versprechen gelockt, ohne grosse Regie-Eingriffe mal richtig dem Affen Zucker geben zu dürfen – was sie hemmungslos ausnutzen. Die Clique gaukelt sich, oft mit wildem Mimengeplärr, durch eine Hochzeits-Farce der Derbheiten



Sagenhaft dünn: «The Big Wedding».

(ohne die es heute offenbar nicht mehr geht) und irren Unwahrscheinlichkeiten. ★★☆☆☆

ALady in Paris — Die Estländerin Anne (Laine Mägi) bekommt das Angebot, sich in Paris um eine alte Estländerin zu kümmern. Da sie Frankreich liebt, nimmt sie es an und trifft auf eine grässlich arrogante Diva (Jeanne Moreau),



Wunderbare Tristesse-Dame: «A Lady in Paris».

die ihr das Leben schwermacht. Mägi als Anne erinnert an die wunderbaren Tristesse-Damen aus den Kaurismäki-Filmen. Das Spiel des Gegensatzes zwischen ihr und der blasierten Pariserin macht Spass und hat Charme. ★★★☆☆

After Earth — Vernichtend war die US-Kritik über M. Night Shyamalans SF-Opus mit Will Smith und seinem Sohn Jaden. Schon lange gilt Shyamalan, der einst als grosses Talent begann («The Sixth Sense»), in der Branche als Kassengift. Zu häufig sonderte er unverständliche Esoterik-Schwurbeleien ab wie etwa «The Village». Vielleicht war er deshalb ideal für den SF-Schmonzes, den Will Smith auch noch produzierte und der als Scientology-Propaganda gilt. Es hat was, wenn der Vater (Will Smith) seinen Sohn «auditi»-mässig in Selbstoptimierung als Überlebensstrategie schult, und das in fantastisch archaischer Landschaft. Es wäre übrigens nicht der erste Fall. Schon «Oblivion» mit Tom Cruise postulierte Scientology-Weisheiten.

Fragen Sie Knorr

Welchen Sinn und welche Bedeutung haben eigentlich Festival-Preise? Ich vergesse schnell, wer wo ausgezeichnet wurde. F. H., Zofingen



Da sind Sie nicht alleine, und das liegt nicht an einem porösen Gedächtnis, sondern an der inflationären Zahl von Festivals und den dazugehörigen Preisen. Grundsätzlich ist

dagegen nichts zu sagen. Auszeichnungen sind der Ausdruck von Wettbewerben, und die beleben nicht nur das Geschäft, sondern auch die Kreativität. Ausserdem sorgen sie auch für eine gewisse Exklusivität. Aber genau die hat im Laufe der vergangenen Jahrzehnte massiv abgenommen. Verleih und Kinos werben natürlich mit den Preisen, was ihr gutes Recht ist, aber ob sie noch von Nutzen sind, ist fraglich. Manche sehen sogar in den Auszeichnungen Kassengift, vor allem dann, wenn die Jurys elitäre Filme auszeichnen – um ihnen zu helfen. Meistens erreichen sie damit das Gegenteil.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Die Schweizer und ihre Probleme

Von Rico Bandle

ie Bodensee-«Tatorte» um die Kommissarin Klara Blum sind quasi ein Produkt zur Völkerverständigung zwischen Deutschland und der Schweiz. Die Folgen werden vom SWR und von SRF koproduziert, immer sind Ermittler aus beiden Ländern involviert. Die Zusammenarbeit läuft trotz gewissen Verständnisschwierigkeiten in der Regel hervorragend. Diesmal scheint alles anders. Bei der deutschen Kommissarin Blum kommen plötzlich antischweizerische Ressentiments auf: «Die Schweizer haben ein Problem», sagt sie. «Die Alpen, um sie herum nur Berge und was sich dahinter abspielt, möchte man lieber nicht wissen.»

Die Schweizer haben noch weitere Probleme in diesem «Tatort»: Eine Pharmafirma, die aus Profitgier Tests unterschlägt, die zeigen, dass ihr neues Leukämie-Medikament gefährlich ist. Und ein Nachrichtendienst, der die Pharmafirma bei ihren Machenschaften unterstützt. «Moral ist ein schlechter Ratgeber in unserem Geschäft. Es gibt kein Richtig oder Falsch. Es gibt nur unsere Interessen und die der anderen», sagt der Chef des Nachrichtendienstes, der sich in den Räumen dieser obskuren Pharmafirma bewegt, als sei das sein Zuhause. Dass der Name der Pharmafirma, Sanortis, an jenen eines realen Konzerns erinnert, dürfte kein Zufall sein.

Dieser «Tatort» will einmal mehr nicht bloss einen Mord, sondern das Weltübel aufdecken. Und einmal mehr geschieht dies dermassen plakativ, dass man sich zuweilen nicht in einem Krimi, sondern in einer Satire wähnt. Das gilt auch, wenn eine nymphomanische Leukämiepatientin auftaucht, die vorzugsweise Kommissare verführt. Ihre einzige Aufgabe ist es, etwas Erotik in das düstere Geschehen reinzubringen. Geschrieben hat das Drehbuch kein Schweizer, sondern der deutsche Stefan Dähnert. Vielleicht ist dies der Grund, weshalb nicht das gesamte Übel aus der Schweiz kommt, sondern auch ein deutscher Arzt kräftig mitverdient an dem dreckigen Spiel.

Immerhin: Wer der Mörder ist, ist am Schluss eher überraschend. Ein schwacher Trost nach zähen eineinhalb Stunden.

Tatort: Letzte Tage. Sonntag, 23. Juni, 20.05 Uhr, SRF 1 und 20.15 Uhr, ARD.

Blondinen und Zigarren

Eine Vernissage mit Gästen, die entweder jung und schön waren oder den Duft des Geldes verbreiteten. Von Hildegard Schwaninger



Exquisites Styling: finnische Künstlerin Kasurinen, Kuratorin Bscher.

ie Art Basel/Miami ist die Zeit, in der tolle Events stattfinden, für welche die interessantesten Gäste hervorgezaubert werden. Mit der Kunstmesse kommt weltmännisches Flair auch nach Zürich. Die Galerie Gmurzynska, erste Adresse am Paradeplatz, lud zur Vernissage «The Monumental Woods» des amerikanischen Künstlers Robert Indiana. Krystyna Gmurzynska, ihre Tochter Isabelle Bscher und Galerie-Partner Mathias Rastorfer begrüssten an der Vernissage eine exquisite Gästeschar. Evgenia Petrova, Direktorin des Russischen Museums in St. Petersburg, hielt die Eröffnungsrede. Zum anschliessenden intimen Diner im Restaurant «Metropol» waren etwa fünfzig Gäste geladen. Man schlenderte die paar Schritte von der Galerie zum Lokal, dort bekam man einen Caipirinha in die Hand gedrückt. Die Gäste standen auf dem Trottoir neben der alles dominierenden Baustelle, mittendrin sass Marc Rich, eine dicke Zigarre im Mund und die hübsche Blondine Lola Ruiz an der Seite (sieht mehr nach Betreuerin aus als nach Geliebter). Er war mit Verleger Jürg Marquard im Bentley vorgefahren. Ehrenpräsident der Roche-Holding Fritz Gerber und seine Frau Renate (Ehrensenatorin der Universität Salzburg) waren da, sowie zwei hoch elegante Ladys: Isa Gräfin von Hardenberg und (in einem blauen Kleid von Fontana Couture) Guna Nayar, die Mutter des deutsch-indischen Textilerben Arun Nayar, der kurzzeitig mit Liz Hurley verheiratet war.

Glücklicherweise wurden die Ehepaare, wie international üblich, bei Tisch getrennt gesetzt. Das garantiert eine bessere Stimmung und interessantere Gespräche. In Zürich hat sich die Unsitte eingebürgert, dass Ehepaare nebeneinander sitzen. Laut Knigge ein absolutes No-go, weil Partykiller. Nur junge Verliebte sollen nebeneinander sitzen, denn die können keine Sekunde voneinander lassen. Auch die Tischdekoration war clever überlegt. Riesige



Galeristin Gmurzynska, Isa Gräfin von Hardenberg.

Blumensträusse, aber in so hohe Vasen gesteckt, dass sie hoch über den Köpfen leuchteten und nicht die Sicht auf das Gegenüber verstellten.

Bunt die Gäste: Eskil Lam, der Sohn des Bildhauers Wilfredo Lam, und Andrew Klippel, der Sohn des Skulpteurs Robert Klippel, zwei grossgewachsene Herren, die den Nachlass ihrer Väter verwalten. Mittendrin eine junge Finnin, die durch exquisites Styling auffiel: die Künstlerin Mari Kasurinen lebt in Berlin, ist 28 und eine Pop-Artistin der Jetztzeit. Ihr Leitsatz: «I like art because it's pretty». Zwischen die Gäste, die entweder jung und schön waren oder den Duft des Geldes verbreiteten (selten beides zusammen), waren ein paar Kunstkenner eingestreut, freie Mitarbeiter der Galerie, welche Kluges zu Indianas Holzarbeiten zu sagen wussten (etwa, warum der gigantische Baumstamm auf einem Bild eigentlich ein Kreuz ist). So wurde verhindert, dass nur über Steueroptimierung, das bedrohte Bankgeheimnis und die Frage, warum in der Stadt Zürich so viele Autos mit SZ-Kennzeichen (Kanton Schwyz) unterwegs sind, diskutiert wurde.

Am nächsten Tag sah man sich wieder im Garten des Hotel «Baur au Lac», wo Gigi Kracht zu «Art in the Park» lud. Gigi Kracht, die Frau des Hotelbesitzers Andrea Kracht, hat dank drei Wochen Ayurveda in Kerala so viel abgenommen, dass sie wieder in Kleidergrösse 36 passt. Das zeigte sie beim Gmurzynska-Dinner in einem schwarzen Mini-Cocktailkleid (rückenfrei), bei «Art in the Park» trat sie als Gastgeberin in einem Hosenanzug aus korn-



Michel Rey, Gattin Viviane, Wilhelm Luxem.

blumenblauer Seide auf. Vom Künstler Robert Klippel, den sie ausstellt, haben die meisten Gäste noch nie etwas gehört. Ein junger Werber und Eventmanager, flott und eilig, fragte: «Ist der Künstler auch da?» Nein, der australische Bildhauer ist seit 2001 tot. Seine Arbeiten erinnern etwas an Jean Tinguely, aber ohne Bewegung, Interaktion und Geräusche. Im Garten des «Baur au Lac», mit Blick auf den Zürichsee, flanierten die Gäste, ein Glas Champagner in der Hand. Mittendrin der neue Hoteldirektor Wilhelm Luxem. Von seinem Vorgänger Michel Rey gibt es Neues zu berichten: Er ist jetzt im Verwaltungsrat bei Samih Sawiris (Orascom).

Im Internet

www.schwaningerpost.com

In der Mitte getroffen

Die Doktorandin Corina Merz, 26, und der Private Banker Steve Kamer, 29, sind ein berufstätiges Paar. Sie wissen um die Tücken dieser Beziehungsform.



«Keine Zauberformel»: Corina und Steve.

Corina: Ein häufiges Problem bei berufstätigen Paaren ist die mangelnde Zeit zu zweit, was seinerseits wieder viele Konsequenzen mit sich bringt. Beispielsweise zu seltene Diskussionen über das, was einem selber wichtig ist: Das kann zur Entfremdung führen, die in einer Trennung oder Scheidung endet, wie auch die wissenschaftliche Forschung zeigt. Die Uni Zürich bietet ein entsprechendes Stresspräventionsprogramm an, ich arbeite in diesem Bereich. Ein Stolperstein bei berufstätigen Paaren ist sicherlich der Stress, da beide mehreren Rollenanforderungen gerecht werden müssen. Ganz Hausfrau zu sein, kann auch ich mir nicht vorstellen. Falls wir einmal Kinder haben werden, wäre es mir wichtig, dass die Kinderbetreuung gemeinsam gemeistert wird, schliesslich sollten alle am Familienleben beteiligt sein.

Steve: Ich möchte Zeit mit der Familie und meinen Kindern verbringen können. Hausmann zu sein, wäre für mich durchaus vorstellbar. Allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Der Lebensstandard der Familie darf nicht darunter leiden, dass einer der Partner mit nicht monetär entlöhnter Arbeit zum Wohl der Familie beiträgt. Zudem ist es wichtig, dass der «Daheimgebliebene» sich mit seiner Rolle identifizieren kann.

Corina: Die wissenschaftliche Forschung zeigt, dass jedes Kind den Belastungsgrad berufstätiger Eltern signifikant erhöht. Die Frauen sollen neben Beruf, Mutterrolle und Haushaltführung auch weiterhin eine verführerische Geliebte und tolle Partnerin sein, was viele zwangsläufig an ihre Grenzen stossen lässt. Dabei ist es hier gerade besonders wichtig, dass die Erwartungen klar angesprochen werden, die beide Partner an sich selbst und an den anderen Partner stellen.

Steve: Ich glaube, die Frauen haben oftmals zu hohen Anforderungen an sich und die Partnerschaft. Im Gegenzug sind wir Männer diejenigen, welche sich zu schnell mit etwas begnügen. Optimalerweise würden sich beide irgendwo in der Mitte treffen.

Corina: Frauen machen sich über Partnerschaftsthemen eben oft mehr Gedanken, als es ihre Partner tun. Das kann prekär werden, wenn die Erwartungen, die an die Partnerschaft gestellt werden, unrealistisch sind, zum Beispiel in dem Sinn, dass man annimmt, der andere wisse auch ohne Worte, was man denkt und fühlt.

Steve: Weil wir von diesen Stolpersteinen wissen, sprechen wir jeden Tag über das, was am Arbeitsplatz passiert ist und was uns durch den Kopf geht. Das hilft, das Geschehene mit etwas Abstand und mehr Gelassenheit zu betrachten. Ausserdem unternehmen wir viel zusammen und sind häufig unterwegs. Das hilft, vom Stress im Job abzuschalten und auf andere Gedanken zu kommen. Eine ausgewogene Work-Life-Balance ist enorm wichtig. Wir sehen es beide so, dass die berufliche Karriere nicht unser Ein und Alles ist, sondern dass die Beziehung einen ebenbürtigen Stellenwert einnimmt.

Corina: Es gibt leider auch keine Zauberformel dafür, wie viele Stunden pro Woche Partner miteinander verbringen sollen, um glücklich zu bleiben. Ein kurzes Gespräch über gemeinsame Ziele kann sehr viel hochwertiger sein als drei Stunden gemeinsame Zeit vor dem Fernseher. Und: Für einen Blick, ein nettes Wort oder eine Berührung gibt es auch in einem hektischen Alltag immer Zeit.

Stressprävention in der Partnerschaft: www.paarlife.ch Protokoll: Franziska K. Müller

Thiel

C wie Cheerleader

Von Andreas Thiel — Markus Hungerbühler über Standpunkte.

Thiel: Herr Hungerbühler, Sie von der Wischiwaschi-Partei haben...

Hungerbühler: CVP! Die Partei heisst CVP.

Thiel: ... genau, Sie von der Wischiwaschi-Partei haben...

Hungerbühler: Ich bin von keiner Wischiwaschi-Partei.

Thiel: Sind Sie nicht von der FDP? Hungerbühler: Nein, ich bin von der CVP.

Thiel: Ach, von dieser Wischiwaschi-Partei

Hungerbühler: Meine Partei heisst CVP. Thiel: Wofür steht denn das C? Cynar? Curling? Cantadou?

Hungerbühler: Das C steht für «christlichsozial».

Thiel: Also, Herr Hungerbühler, Sie von der christlich-sozialen Wischiwaschi-Partei haben gesagt...

Hungerbühler: Meine Partei heisst CVP...

Thiel: Und Sie von der CVP empfehlen den Wählern also, eine linke Mehrheit im Stadtrat beizubehalten?

Hungerbühler: So wie Sie das sagen, klingt das ja total nach Wischiwaschi.

Thiel: Ich weiss. Aber kommen wir zur Sache. Eine bürgerliche Mehrheit käme Ihrer Wischiwaschi-Partei unpass?

Hungerbühler: Die CVP ist keine Wischiwaschi-Partei! Wir haben klare Standpunkte.

Thiel:...auf einem Geisterschiff im Treibsand der Meinungsumfragen, ich weiss.

Hungerbühler: Unsere Bundesrätin gibt klare Richtungen vor.

Thiel: Richtungswechsel sind keine Richtungen. Unsere Bundesrätinnen sind die hüpfenden und kreischenden Cheerleader-Girls der Politik und glauben, die Zuschauer kämen ihretwegen zum Spiel.

Hungerbühler: Auf jeden Fall ist die CVP keine Wischiwaschi-Partei.

Thiel: Und ihre christlich-soziale Cheerleader-Partei hüpft und tanzt also für eine linke Stadtregierung?

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller

Die grüne Fee

Von Peter Rüedi



Ctuart Pigott ist ein grosser Weinkenner und **J**ein guter Schreiber und einer, dem es Spass macht, gegen Tabus zu verstossen. Etwa, indem er im knallbunten Outfit an Veranstaltungen auftritt, für die sich andere mindestens ins Anthrazitgrau von Armani oder Zegna stürzen. Als ein germanophiler Brite an sich ein schräger Vogel (seine Bücher haben zwar Titel wie «Schöne neue Weinwelt» oder «Wein weit weg», aber seine Kolumne in der FAZ am Sonntag befasst sich vorwiegend mit deutschen Gewächsen), ist er immer darauf aus, des Kaisers neue Weine zu entlarven oder proletarische Trouvaillen zu preisen. Er lebt in Berlin, und zuweilen liebt er mit seiner Frau Ratespiele bei Blindverkostungen. Neue oder alte Welt? Frankreich oder Italien oder wie oder was?

Toscana oder Piemont? Langhe oder Nordpiemont? Ghemme oder Gattinara? So engt sich der Fokus ein von der Welt auf den Winkel.

In unseren globalen Zeiten gilt ja zuweilen das Lokale an und für sich schon als Tugend, ganz unabhängig von der Qualität im Glas. Hauptsache, der Wein kommt von nebenan. Zwar geht mir jeglicher heimatschützerische Furor ab, aber ganz kann ich landsmannschaftliche Sentimentalitäten auch nicht leugnen.

Erst recht, wenn ich vor meiner Türe auf eine Flasche stosse, von der ich weiss, dass sie im pigottschen Blind- und Ausschlussverfahren nie enttarnt würde. Ich meine den Sauvignon blanc von einer Parzelle in Novazzano TI, den Guido Brivio in Mendrisio im Stahltank vinifiziert. Nun bin ich ja eher ein Skeptiker von Weinen, die im Handel als «sexy» gelten (wie eben zurzeit der Sauvignon). Aber mit Umsicht gemacht, auf Diskretion bedacht, kann die Modetraube viel Vergnügen bereiten nicht nur in Weinen von der Loire oder aus Graves, Neuseeland oder der Steiermark, sondern, wie in diesem Fall, vom Fuss des Monte Generoso. Der «Ronco Bain» ist nicht nur sexy. Mit seiner brillanten gelbgrünen Frische (Agrumi, zumal rosa Grapefruit, frisches Gras, Stachelbeere, exotische Noten wie Mango) hält er auch seriösere Liaisons aus. Und: Der Liebhaber kann sich die leisten!

Guido Brivio: Ronco Bain Sauvignon bianco 2012. 12,5%. Ab Keller Fr. 16.90. www.shop.gialdi-brivio.ch

Die Besten

Erfrischend in Grell-pastell

Von Jürg Zbinden

1 — Das Unwahrscheinliche ist eingetreten – endlich hat sich die Sonne gezeigt. Damit ist das Dior-Thema «Summer Mix» keine leere Formel. Dior kombiniert leuchtende Farben in einer «Capsule Collection» aus Nagellacken und Creme Blushes, die als Duo aufgetragen werden können. Vier Dior Vernis, vier Diorblush Cheek Cremes: summa summarum sechzehn Kombinationsmöglichkeiten für Teint und Nägel, von Grell bis zu Pastell. Im aktuellen Sommertrend gelackte Nägel garantiert die Maison Dior ab 26. Juni in den Tönen Capeline 658, Créoles 678, Sunnies 448 und Tie & Dye 858 für etwa Fr. 37.— (empfohlener Verkaufspreis).



3 — Er ist der Schöpfer von «Un Jardin sur le Nil», «Un Jardin sur le Toit» und «Un Jardin après la Mousson»: Jean-Claude Ellena, «die Nase» der begehrten Luxusmarke Hermès. In den Namen seiner olfaktorischen Kreationen offenbart sich auch die Liebe des Meisters zum Garten. Mit «Eau de Mandarine Ambrée» und «Eau de Narcisse Bleu» gesellen sich zwei neue Colognes zur Kollektion der drei bisherigen. Jetzt sind die 100 ml fassenden Zerstäuber zu fünft. «Die Colognes stehen für unmittelbares Vergnügen und Wohlbefinden ... Ich wollte mit diesen Colognes keine Düfte kreieren, die man in Szene setzt, sondern Düfte, die man lebt klassisch, originell und bisweilen auch überraschend», sagt Monsieur Ellena. Erhältlich ab Mitte Juni in den Hermès-Boutiquen, in ausgewählten Parfümerien und Warenhäusern. Empfohlener Verkaufspreis: Fr. 137.-.







64



Auto

Die grüne Welle

Der Chevrolet Volt ist ein Fahrzeug, das sogar ein Nationalrat der Grünen testen kann. Von Bastien Girod und Basil Stücheli (Bild)

In den drei Tagen, in denen ich den Chevrolet Volt fuhr, war ich immer elektrisch unterwegs. Das Range-Extender-Konzept finde ich überzeugend, so hat man nie Angst, dass man mit leerer Batterie stehenbleibt. Ausserdem ist die Batterie auch nicht zu gross, was ökologisch ja wieder Unsinn wäre. Wenn ich die Anzeige richtig gelesen habe, war ich mit 10 Kilowattstunden auf 100 Kilometer unterwegs, das entspricht einem Liter Benzin und null Emissionen – ein sensationeller Wert.

Der Fahrkomfort ist sehr gut, die speziellen Anzeigen animieren einen, den Verbrauch

Chevrolet Volt

Leistung: 150 PS, Hubraum: 1398 ccm Höchstgeschwindigkeit: 160 km/h Preis: Fr. 50 490.–



möglichst tief zu halten, zum Beispiel durch die Einstellung der Klimaanlage. Autofahren in Zürich macht keinen Spass (*lacht*), aber das ist ja gut so. Wenn es Spass machen würde, hätten wir ein Problem mit dem Verkehr. Beim Suchen eines Parkplatzes ist mir aufgefallen, dass der Volt doch relativ lang ist, es gibt ökologisch sinnvolle Autos, die kompakter sind. Und für die Schwellen, die überall in Zürich zu überwinden sind, liegt der Wagen zu tief auf der Strasse. Aber die Schwellen sind sowieso eine Offroader-Belohnung. Eigentlich sollte man sie entfernen.

Beim Auto ist mir aufgefallen, dass durch das Design der Frontscheibe die Sicht an der Ampel nicht optimal ist. Man sieht die Lichtsignale nicht gut. In Amerika, wo sie mitten in der Kreuzung hängen, mag das gehen. Sonst finde ich die Optik gut, ich bekam Komplimente für den Wagen, weil er ja gar nicht aussehe wie ein Öko-Auto.

Für meinen Geschmack hat es fast zu viel Luxus an Bord: bei Rückfahrkamera, Navigationssystem, den elektrischen Fensterhebern oder so könnte man an Gewicht sparen. Mir würde es nichts ausmachen, die Fenster von Hand runterzukurbeln.

Hierarchie an der Steckdose

Das Aufladen an einer normalen Steckdose ging überall problemlos. Als ich ihn einmal an der ETH anschliessen wollte, war da schon ein anderes Fahrzeug, das ich vom Strom nehmen musste, weil nur eine Steckdose zur Verfügung stand. Der Besitzer kam dann in mein Büro, um zu reklamieren, schliesslich sei sein Wagen vollelektrisch, während der Volt noch einen Motor habe. An der Steckdose gilt also: vollelektrische vor Plug-in-Autos, was ja Sinn macht. Die Infrastruktur für solche Fahrzeuge ist bei uns im Vergleich etwa mit Kalifornien nicht sehr gut. In den USA müsste ich keinen Parkplatz suchen, an dem ich das Auto aufladen könnte. In Kalifornien gibt es sogar Spuren auf der Autobahn, die Elektrofahrzeuge privilegiert benutzen dürfen.

Grundsätzlich gibt es Aktivitäten, vor allem beruflicher Art, bei denen ein Auto Sinn macht. Und es gibt Leute, die so gern Auto fahren, das sie das auch weiterhin tun dürfen sollen. Aber dann bitte Elektrofahrzeuge, die mit Strom aus erneuerbaren Quellen betrieben werden.

Bastien Girod, 32, arbeitet als Umweltwissenschaftler an der ETH Zürich. Seit 2007 sitzt er für die Grünen im Nationalrat.

Aufgezeichnet von David Schnapp

Weltwoche Nr. 24.13 65



«Ich bin das teuerste Porträt»: Luciano Castelli, 62, Künstler.

MvH trifft

Luciano Castelli

Von Mark van Huisseling — Zur Art Basel ein Gespräch mit einem Schweizer Künstler, der fast sehr erfolgreich geworden wäre.

7ie sieht Ihr Tag aus?» – «Generell sieht der Tagesablauf so aus: am Morgen Büro und am Nachmittag, Abend schaffe ich. Aber oft habe ich nicht diese Regelmässigkeit; ich habe viel Arbeit im Büro. Und wenn ich am Malen bin, gibt es drei, vier Tage, an denen ich nur im Atelier bin. Je mehr ich am Malen bin, desto besser ist man eingemalt.» - «Woher kommen die Ideen, fliesst es einfach, wenn Sie vor einer Leinwand stehen?» - «Nehmen wir meine letzten Bilder, die «Revolving Paintings», die drehbaren Leinwände: Seit siebzehn Jahren beschäftigt mich dieses Thema. Dafür brauche ich dann, wenn ich zu malen beginne, eigentlich kein Konzept mehr, sondern kann aus dem Tag, dem Gefühl heraus arbeiten.» - «Kann man sagen, Sie füllen dann bloss ein Gefäss auf?» – «Nein, <auffüllen» ist nicht das richtige Wort, ich finde «bearbeiten» gut oder «weiterentwickeln>. Die <Revolving Paintings> habe ich während eines Tiefs erfunden. Es gibt immer Hochs und Tiefs; das war eine schwierige Zeit, bis plötzlich ein Funke kam ... Lernen tut man während des Falls.»

Luciano Castelli, 62, ist der vielleicht beste Schweizer Maler seiner Generation, dessen Weltkarriere nicht stattfand, «Der in Luzern geborene Künstler begann seine Laufbahn im Umfeld des Kurators Jean-Christoph Ammann. 1971 hatte er seine erste Einzelausstellung in Bern, 1972 nahm ihn Harald Szeemann in die Documenta 5 in Kassel auf. Seit dieser Zeit gehört Castelli zur internationalen Avantgarde, ist ein bedeutender Vertreter der Jungen Wilden in Berlin und ein wichtiger Erneuerer der Malerei. Seine Werke werden unter anderem im Museum of Modern Art in New York ausgestellt», steht im Begleitbrief der Einladung zur Ausstellung «Expressiv - Exzessiv», die kommenden Samstag im Kunsthaus Interlaken öffnet (bis 18. August). Von 1979 bis Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts lebte er in Berlin, von zirka 1990 bis 2009 in Paris, jetzt wohnt er in Zürich-Witikon (ist ein Nachbar Ihres Kolumnisten also).

«Ihre neue Ausstellung, in Interlaken, ist eine Gruppenausstellung von fünf Künstlern – von Ihnen und vier Toten, ist das ein komisches Gefühl?» - «Nur, dass Martin Disler nicht mehr lebt, er ist zu früh gestorben. [1949-1996, d. Red.]»-«Trotzdem, erinnert einen das nicht daran, dass einmal auf einem Plakat stehen wird: «Castelli» und in Klammern: «1951 bis ...»?» -«Dafür brauche ich kein Ausstellungsplakat, durch meine Arbeit bin ich schon mit dem Tod konfrontiert; als Künstler, der so lange Selbstporträts gemacht hat und sich mit allem von Geburt bis Tod genügend auseinandergesetzt hat, sowieso.» - «Wenn man grosse Künstler, im Sinn von erfolgreich, anschaut, dann sind das auch grosse Vermarkter - Koons, Hirst, Richter ... Wie gross sind Sie im Vermarkten?» - «Ein Zweimannbetrieb, meine Frau Alexandra und ich. Da kann nicht das Gleiche rauskommen, ich meine, es ist ein anderes Konzept. Aber wie soll ich es formulieren, dass es in einer Zeitung nicht wie Anti-Werbung daherkommt? Ich stelle keine Massenware oder Vervielfältigungen her. Darum brauche ich wenig Mitarbeiter. Es ist zum Beispiel so, dass ich alle Bilder selber male und niemanden um mich herum vertrage.»

«2009 sind Sie hierher gezogen, Paris-Zürich, geht das?» – «Ja, Sie, wenn Sie vierzig Jahre nur Grossstädte gesehen haben ... Ich hatte zwar auch ein Atelier in der Normandie. Doch ich liebe die Abwechslung und hatte Sehnsucht nach meinen Schweizer Freunden, nach der Heimat und dem Skifahren.» - «Vergangenes Jahr wurde ein Porträt, das Franz Gertsch von Ihnen gemalt hat, als Sie neunzehn waren, versteigert – für 2,3 Millionen Franken ...» – «Ja, das ist toll.» - «... schmeichelt Ihnen das oder sind Sie neidisch und denken, eigentlich hätte ein Werk von Ihnen für 2,3 Millionen verkauft werden sollen?» – «Weshalb sollte ich neidisch sein?» – «Weil Sie selber Maler sind, und nicht Model.» - «Ich bin stolz, einen Superkünstler inspiriert zu haben. Das Bild gefällt mir, und ich sage immer, ich bin das teuerste Porträt nach der Mona Lisa. Und es schmeichelt mir, dass meine Person dadurch Unsterblichkeit bekommt, obwohl ich da drauf eigentlich keinen Wert lege.» - «Wie hoch ist der Auktionsrekord für einen Castelli?» - «Letztes Jahr wurde bei Koller in Zürich ein Bild von mir für 60 000 versteigert, und es macht mich stolz, als lebender Künstler einen Wertzuwachs erzielt zu haben. Ich weiss noch, als ich achtzehn war und die ersten Bilder geschaffen hatte, ging ich in Luzern stolz durch die Strassen und dachte, ich müsste für so eine verrückte Arbeit eigentlich Cadillac fahren dürfen. Es war eine tolle Zeit.»

Luciano Castellis nächste Ausstellung:

«Expressiv – Exzessiv». Kunsthaus Interlaken, 16. Juni bis 18. August.

Sein Lieblingsrestaurant: «Mirama», 17 rue Saint Jacques, Paris, Telefon +33 1 43 54 71 77.

Bestimmen Sie, wer Ihr Unternehmen eines Tages weiterführt. UBS Unternehmens-

nachfolge.



Nachfolgeplanung ist unser Handwerk seit 1862.

Mit UBS Unternehmensnachfolge unterstützen wir Sie neu mit einer noch breiteren Palette von Werkzeugen und Dienstleistungen. Dazu zählt unter anderem die Bewertung Ihres Unternehmens oder die Hilfe bei der Nachfolgersuche – unabhängig von der Grösse Ihres Betriebs. Auf diese Weise vereinfachen wir Ihre Entscheidungsfindung wirksam. Nutzen Sie unsere langjährige Erfahrung und unser grosses Know-how für eine familieninterne oder externe Nachfolge. Wir freuen uns auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen.

Wir werden nicht ruhen

